Dokumentation

Dokumentation der Zusammenarbeit der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei Bielefeld von Januar 2012 bis September 2014

BÜRGERNÄHE

PIRATEN PARTEI Bielefeld

An Herrn

Bielefeld, den 07.09.2014

Oberbürgermeister Peter Clausen
Büro Oberbürgermeister
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Sehr geehrter Herr Clausen,

wie im gemeinsamen Gespräch mit Ihnen am 04.09.2014 vereinbart, erhalten Sie hier von uns die gewünschte Dokumentation mit den Nachweisen der Zusammenarbeit der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei Bielefeld seit Januar 2012 bis zum heutigen Tag.

Die Dokumentation belegt eindeutig und lückenlos, dass wir seit über zweieinhalb Jahren eng und intensiv mit grundsätzlicher politischer Übereinstimmung mit gleichgerichtetem Wirken zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit wurde in den vier Monaten seit der Kommunalwahl noch einmal verstärkt und wir treten seitdem praktisch ausschliesslich gemeinsam auf.

Hier ein paar Hinweise zur Dokumentation:

- In der Dokumentation finden Sie erst die Chronologie mit den entsprechenden Hinweisen zu den Belegen, die Sie im Anschluss danach finden.
- Die Belege 013 (Mails) und 014 (Kalender) bestehen aus Screenshots. Einige Passagen (insbesondere Personendaten) haben wir aus Datenschutzgründen geschwärzt. Bei den Mails können Sie anhand der Daten und der Betreffzeilen sicherlich leicht die Verknüpfung zu den angegeben Themen der Zusammenarbeit aus der Chronologie herleiten, sofern Sie dies für nötig halten. Da es sich hierbei nicht um eine polizeiliche Ermittlung handelt, haben wir darauf verzichtet, die einzelnen Mails in Gänze als Belege anzuführen, wir sind uns sicher, dass diese Auflistung mehr als ausreichend ist, sollte das Ihrer Meinung nach nicht der Fall sein, so bitten wir um einen Hinweis. Selbstverständlich gibt es weitere archivierte Mailaccount-In- und Outboxes und Kalendarien.
- Anhand der beiden kommunalen Wahlprogramme (Belege 015 und 016) erkennen Sie, dass nicht nur eine grundsätzliche politische Übereinstimmung besteht, sondern auch, dass es keinerlei konkurrierenden Positionen gibt. Lediglich die Themenschwerpunkte sind anders gewichtet. Ebenso ist aus den Wahlprogrammen ist auch sehr leicht abzuleiten, dass die gemeinsamen Diskussionen jeweils in diese eingeflossen sind.
- Diese Dokumentation ist auch in Gänze als PDF verfügbar. Wenn Sie diese benötigen, geben Sie uns bitte einen kurzen Hinweis, wir lassen Ihnen diese umgehend zukommen.

Mit dieser Dokumentation sollten wir ausreichend belegt haben, dass wir sämtliche Anforderungen an eine Gruppengründung erfüllen; jegliches denkbares Zeitintervall für den Nachweis der Zusammenarbeit wird von uns abgedeckt. Wir arbeiten seit über zweieinhalb Jahren mit grundsätzlicher politischer Übereinstimmung mit gleichgerichtetem Wirken zusammen und dieses manifestierte sich in vielerlei Formen, wie zum Beispiel Anträgen, Pressemitteilungen und verschiedenen anderen Formen.

Sollten Sie Rück- oder Detailfragen haben, so können Sie uns selbstverständlich jederzeit kontaktieren. Wir erwarten Ihren versprochenen Hinweis, wie viel Zeit Sie für die Prüfung benötigen, wie vereinbart bis zum Mittwoch, den 10.09.2014.

In jedem Fall bedanken wir uns im Voraus für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Gugat (Piratenpartei)
Christian Heißenberg (Wählergemeinschaft Bürgernähe)

Michael Gugat
05 21 – 5 43 65 68
0 15 77 – 6 34 25 02

Programmatische Kongruenz

Belege 015 und 016 - Wahlprogramme

Programmatische Kongruenz

Die programmatische Kongruenz entspricht den gemeinsamen politischen Zielen von der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei Bielefeld.

Wenn man die programmatische Aufstellung der Bürgernähe mit der Piratenpartei Bielefeld vergleicht, so ist eine hohe inhaltliche Kongruenz in allen Politikfeldern zu erkennen, lediglich die Schwerpunkte sind anders gesetzt. So ist zum Beispiel ein Schwerpunkt der Piratenpartei, dass sie sich inhaltlich sehr stark mit den Themen „Open Data / Open Government“ auseinandergesetzt hat und dieses auch programmatisch Niederschlag fand. Die Bürgernähe hat hierzu keine dezidierten Aussagen getroffen. Bei Aussagen zu konkreten städtebaulichen Projekten in den Stadtteilen ist die Bürgernähe viel konkreter, als die Piratenpartei.

Absolut kongruente Aussagen findet man zum Beispiel in den Bereichen **Demokratie und Bürgerbeteiligung**. Sowohl die Bürgernähe, als auch die Piratenpartei, sind

- gegen Videoüberwachung im öffentlichen Raum,
- für mehr Bürgerbeteiligung in den politischen Prozessen,
- für eine bessere Transparenz der Kommunalfinanzen,
- für ein Streaming der Ratssitzungen,
- für die Einrichtung eines Jugendparlamentes / Jugendstadtrates,
- für die Erhaltung und Förderung der selbstverwalteten Jugendzentren,
- gegen Kürzungen bei Jugendeinrichtungen

Im Bereich der **Stadtentwicklung/Verkehr/Mobilität** sind beide

- für ein freies WLAN
- für einen Stadtbahnausbau
- für eine Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs
- für die Barrierefreiheit im Verkehr
- für einen bezahlbaren (sozial gerechten) Wohnungsbau
- für eine soziale Durchmischung der Wohngebiete
- für die Förderung von Stadtteilzentren

Programmatische Übereinstimmungen finden wir im Bereich des **Umwelt- und Klimaschutzes** bei den Forderungen

- für ein Urban Gardening / Essbare Stadt
- für eine Ausweitung der Naturschutzgebiete
- für eine nachhaltige Wirtschaft
- gegen Atomkraft
- für einen Umstieg auf erneuerbare Energien
- für eine dezentrale Energiegewinnung
- für hohe und höchste Energiestandards bei öffentlichen Gebäuden

Beide sind im Bereich **Wirtschaft und Finanzen**

- für die Einrichtung eines Bürgerhaushaltes

- für eine Reform der Gemeindefinanzierung

Beim Thema **Schule/Inklusion/Bildung** sind Bürgernähe und Piratenpartei übereinstimmend

- für die Förderung der schulischen Inklusion
- für die Einrichtung bzw. Beibehaltung von Ganztags- und Gemeinschaftsschulen (speziell auch: Primusschule)

Es gibt keinerlei gegenteilige Programmpositionen. Lediglich im Bereich der Gewerbesteuerhebesätze haben beide unterschiedliche Ansätze mit allerdings gleichem Ziel.

In der folgenden Tabelle sind die Kongruenzen mit Quellenangaben (Seitenzahl) aufgeführt.

Vergleich der Programme der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei Bielefeld

Die Seitenangaben beziehen sich auf:

Wahlprogramm 2014 der Bürgernähe (Print)
Wahlprogramm 2014 der Piratenpartei Bielefeld (Print)

Thema: Demokratie und Bürgerbeteiligung	Piraten	Bürgernähe
Gegen Videoüberwachung	Seite 10	Seite 3
Bürgerbeteiligung	Seiten 6, 13	Seiten 4,13
Transparenz der komm.Finanzen	Seiten 12,13	Seite 4
Streaming der Ratssitzungen	Gemeinsamer Antrag (Beleg 008)	
Jugendparlament / -stadtrat	Seite 7	Seite 5
Selbstverwaltete Jugendzentren	Seite 21	Seite 6
Keine Kürzungen bei Jugendeinrichtungen	Seite 21	Seite 6

Thema: Stadtentwicklung und Verkehr / Mobilität	Piraten	Bürgernähe
Freies WLAN	Antrag (Beleg 006)	
Unterstützung Stadtbahnausbau	Seite 29	Seiten 8,9,10
Pro ÖPNV und Radverkehr	Seiten 29,30	Seiten 8,9,10
Barrierefreiheit im Verkehr	Seite 32	Seite 10
Bezahlbarer (sozial gerechter) Wohnungsbau	Seiten 31,32,34	Seite 11
Soziale Durchmischung in Wohngebieten	Seite 32	Seite 11
Förderung von Stadtteilzentren	Seite 33	Seite 10

Thema: Umwelt und Klimaschutz	Piraten	Bürgernähe
Urban Gardening / Essbare Stadt	Seite 35	Seite 12
Ausweitung Naturschutzgebiete	Seite 35	Seite 15
Nachhaltige Wirtschaft	Seite 36	Seite 15
Gegen Atomkraft	Seite 36	Seiten 7,8
Umstieg auf erneuerbare Energie	Seite 36	Seite 8
Dezentrale Energiegewinnung	Seite 36	Seite 8
Hohe Energiestandards bei städt. Gebäuden	Seiten 36,37	Seite 8

Thema: Wirtschaft/Finanzen	Piraten	Bürgernähe
Bürgerhaushalt	Seiten 2,4,12	Seiten 4,10
Reform Gemeindefinanzierung	Seite 4	Seite 3

Thema: Schule, Inklusion, Bildung	Piraten	Bürgernähe
Förderung der schulischen Inklusion	Seite 18	Seite 6
Ganztags-, Gemeinschaftsschulen (Primusschule)	Seite 19	Seite 6

Chronologie

Chronologische Auflistung der Zusammenarbeit mit Verweis auf die entsprechenden Belege in der Anlage

Nr	Datum	Thema	Belegnummer	Bemerkung
1	24.01.2012	Gemeinsames Gespräch zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses	014 (Kalender)	
2	17.02.2012	Einladung von Piraten an Bürgernähe zu einer gemeinsamen Stammtisch	013 (Mails)	
3	28.02.2012	Gemeinsam an Veranstaltung zum Thema "Wilhelmstrassenquartier" teilgenommen.	014 (Kalender)	
4	05.03.2012	Flankierende Pressemitteilung der Piraten zu Antrag "Partizipation" im Hauptausschuss durch Bürgernähe. Gemeinsame Absprache.	001 und 002 und 003	**Protokoll:** https://wiki.piratenpartei.de/2012-03-01_-_Protokoll_vom_Stammtisch_Bielefeld **Blog:** http://www.piraten-bielefeld.de/2012/03/05/bielefelder-piraten-fordern-teilhabe/ **Blog:** http://www.piraten-bielefeld.de/politik/kommunalpolitik/stadtentwicklung-und-verkehr/
5	13.03.2012	Gemeinsam von Piraten und Bürgernähe besuchte Veranstaltung zum Thema "Wilhelmstrassenquartier" in der Ravensberger Spinnerei.	014 (Kalender)	
6	14.03.2012	Veranstaltung "Charrette" in der Ravensberger Spinnerei, gemeinsame Nachbereitung durch Piraten und Bürgernähe	014 (Kalender), 013 (Mails)	
7	19.03.2012	Gemeinsame Absprache von Piraten und Bürgernähe zur Beschlussvorlage "Masterplan Innenstadt" in der Sitzung des Stadtentwicklungssausschuss am 20.03.2012	013 (Mails)	
8	23.05.2012	Gemeinsames Erarbeiten der Thematik "Wochenmarkt Kesselbrink" durch Piraten und Bürgernähe	013 (Mails)	
9	03.06.2012	Gemeinsame Erörterung durch Piraten und Bürgernähe zum Eckpunktepapier "Masterplan Innenstadt" der Bürgernähe	013 (Mails)	

Nr	Datum	Thema	Belegnummer	Bemerkung
10	25.06.2012	Gemeinsame Diskussion von Bürgernähe und Piraten zur PM "Verkehrskonzept Logistikzentrum Bielefeld" der Bürgernähe	013 (Mails)	
11	30.06.2012	Radtour "Nahtour" zum Thema "A33", Teilnahme Piraten nach Einladung durch die Bürgernähe vom 20.06.2012	014 (Kalender), 013 (Mails)	
12	01.07.2012	Gemeinsame Erörterung durch Piraten und Bürgernähe zur PM der Bürgernähe "Anker-Komplex"	013 (Mails)	
13	20.12.2012	Gemeinsam an Fortbildung/Vortrag Thema "Neues Kommunales Finanzmanagement" teilgenommen. Einladung von Piraten an Bürgernähe vom 10.11.2012	013 (Mails)	
14	21.03.2013	Gemeinsam besuchte Veranstaltung zum Thema "Masterplan Innenstadt" in der Ravensberger Spinnerei.	014 (Kalender)	
15	03.06.2013	Gemeinsamer Besuch einer Infoveranstaltung (Busfahrt entlang der geplanten Linie 5) zum Thema Stadtbahnausbau. Vorbereitung/Nachbereitung.	014 (Kalender)	
16	04.07.2013	Gemeinsame Teilnahme von Piraten und Bürgernähe am Fahrradkorso mit anschliessender Diskussion des VCD (kommunalpolitische Radtour).	014 (Kalender)	
17	06.07.2013	Gemeinsame Erarbeitung eines Antrags zum Thema "Freies WLAN"	Beleg 004	**Blog 04.07.2013 WLAN** http://www.piraten-bielefeld.de/2013/07/04/die-piraten-bielefeld-fordern-ein-freies-wlan-fur-den-kesselbrink/
18	14.08.2013	Vernetzung mit den Petitionsausschuss-Mitgliedern der Fraktion der Piratenpartei im Landtag NRW	014 (Kalender)	

Nr	Datum	Thema	Belegnummer	Bemerkung
19	11.09.2013	Pressemitteilung der Bürgernähe, dass die Piraten-Forderung "Freies WLAN" unterstützt wird	Beleg 005	
20	19.09.2013	Einbringung des gemeinsam erarbeiteten Antrages "Freies WLAN" in den Hauptausschuss.	Beleg 006	
21	30.09.2013	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit (Gruppe/Fraktion) nach Kommunalwahl 2014. Hilfe durch Piraten bei Einrichtung eines Twitteraccounts für die Bürgernähe.	014 (Kalender)	**Twitteraccount:** https://twitter.com/Buergernaehe
22	03.10.2013	Gemeinsamer Stammtisch Piraten/Bürgernähe. Sondierung gemeinsamer Bürgermeisterkandidat zur Kommunalwahl 2014. Angebot gegenseitige Wahlkampfhilfe (Bsp.: Lastenfahrrad).	Beleg 012	**Protokoll:** http://wiki.piratenpartei.de/2013-10-03_-_Protokoll_vom_Stammtisch_Bielefeld
23	29.10.2013	Erörterung gemeinsamer Oberbürgermeisterkandidat zur Kommunalwahl 2014	013 (Mails)	
24	30.10.2013	Gemeinsame Teilnahme an Fortbildung/Vortrag Thema "Stadtbahnausbau".	014 (Kalender)	
25	13.11.2013	Gemeinsam von Piraten und Bürgernähe besuchter Infoabend zum Thema "Stadtbahnausbau" in der Ravensberger Spinnerei. Vorbereitung/Nachbereitung.	014 (Kalender)	
26	15.11.2013	Gemeinsam von Piraten und Bürgernähe besuchter Vortrag zum Thema "Mobilität und Wertewandel" in der Ravensberger Spinnerei. Vorbereitung/Nachbereitung.	014 (Kalender)	
27	12.01.2014	Flankierende Pressemitteilung der Piraten zu PM "Stadtwerkeaffäre" von Bürgernähe. Gemeinsame Absprache.	Beleg 007	**Blog:** http://www.piraten-bielefeld.de/2014/01/12/krankessystem-die-stadtwerke-affaere/

Nr	Datum	Thema	Belegnummer	Bemerkung
28	29.01.2014	Gemeinsame Absprache des geplanten Antrages der Bürgernähe zum Thema "Partizipation Stadtbahnausbau" im Hauptausschuss am 06.02.2014	013 (Mails)	
29	01.02.2014	Gemeinsam von Bürgernähe und Piraten besuchtes Bürgerforum "Stadtbahnausbau". Vorbereitung/Nachbereitung.	014 (Kalender)	
30	17.03.2014	Absprache/Erörterung der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag "Freies WLAN" vom 19.09.2013 zwischen Bürgernähe, Piraten Bielefeld und Piratenfraktion im Landtag NRW	013 (Mails)	
31	18.03.2014	Gemeinsame Vor- und Nachbereitung des Wahlkampftermines bei der NW durch Bürgernähe und Piraten.	014 (Kalender)	
32	09.04.2014	Gemeinsame Fortbildung/Vortrag Thema "Open Government".	013 (Mails)	
33	26.04.2014	Gemeinsames Treffen von Kandidaten von Bürgernähe und Piraten im Rahmen des Wahlkampfes	014 (Kalender)	
34	12.05.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit (Gruppe/Fraktion) nach Kommunalwahl 2014	014 (Kalender)	
35	14.05.2014	Vernetzungs- und Informationsaustausch zum Thema "L712N" zwischen Bürgernähe, Piraten Bielefeld, Landtagsfraktion Piraten NRW	013 (Mails)	
36	15.05.2014	Piraten mahnen Radio Bielefeld an, die Programme von Bürgernähe und Piraten zu verlinken. Gemeinsame Absprache	013 (Mails)	

Nr	Datum	Thema	Belegnummer	Bemerkung
37	24.05.2012	Vernetzungs- und Informationstreffen zum Thema "L712N" zwischen Bürgernähe, Piraten Bielefeld, Landtagsfraktion Piraten NRW	014 (Kalender)	
38	27.05.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe	014 (Kalender)	
39	29.05.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe	014 (Kalender)	
40	04.06.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe	014 (Kalender)	
41	17.06.2014	Gemeinsam besuchter Fahrradkorso mit anschliessender Diskussion des VCD. Vorbereitung/Nachbereitung.	014 (Kalender)	
42	18.06.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe	014 (Kalender)	
43	22.06.2014	Gemeinsame Antragsvorbereitung zum "Thema AKW Grohnde"	013 (Mails)	
44	22.06.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe	014 (Kalender)	
45	26.06.2014	Gemeinsam Vorbereitung der Stadtratssitzung	014 (Kalender)	
46	03.07.2014	Gemeinsamer Stammtisch Piraten/Bürgernähe. Sondierung Gruppenbildung etc.	Beleg 018	**Protokoll:** http://wiki.piratenpartei.de/2014-07-03_-_Protokoll_vom_Stammtisch_Bielefeld
47	07.07.2014	Gemeinsames Treffen Bürgernähe/PIRATEN mit FDP zum Thema "Antrag Rats-TV". Vorbereitung/Nachbereitung.	Beleg 008	**Blog:** http://www.piraten-bielefeld.de/2014/07/31/gemeinsamer-antrag-rats-tv-von-buergernaehe-fdp-piratenpartei/

Nr	Datum	Thema	Belegnummer	Bemerkung
48	08.07.2014	Absprache/Erörterung zum Thema "Primusschule" durch die Mandatsträger von Piraten und Bürgernähe (Verantwortlich R.Linde)	013 (Mails)	
49	08.07.2014	Sondierung Ausschussbesetzungen	013 (Mails)	
50	12.08.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe.	014 (Kalender)	
51	17.08.2014	Gemeinsame Erörterung des Themas "Bahnhof Hillegossen" durch Bürgernähe und Piraten	013 (Mails)	
52	19.08.2014	Gemeinsame Antragsvorbereitung zum "Thema AKW Grohnde"	013 (Mails)	
53	20.08.2014	Gemeinsame Erörterung des Projektes "Ticket-Teilen" (gemeinsam mit VCD)	013 (Mails)	
54	21.08.2014	Sondierung Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe	013 (Mails)	
55	21.08.2014	Gemeinsame Erörterung des Thema "B66"	013 (Mails)	
56	23.08.2014	Gemeinsame Erörterung des Themas "Besteuerung von Wettbüros"	013 (Mails)	
57	24.08.2014	Gemeinsame Pressemitteilung von Bürgernähe/PIRATEN zur Auflösung des Amtes für Integration durch Oberbürgermeister Peter Clausen.	Beleg 009	Blog: http://www.piraten-bielefeld.de/2014/08/24/piraten-und-buergernaehe-kritisieren-aufloesung-des-amtes-fuer-integration/
58	25.08.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe.	014 (Kalender)	
59	28.08.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe.	014 (Kalender)	

Nr	Datum	Thema	Belegnummer	Bemerkung
60	29.08.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe. Mitteilung an Oberbürgemeister Peter Clausen.	014 (Kalender) und Beleg 017	
61	01.09.2014	Sondierungsgespräch Bürgernähe/Piraten zu möglicher Zusammenarbeit als Ratsgruppe.	014 (Kalender)	
62	03.09.2014	Konstituierende Sitzung der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN	Beleg 010 und 011	Belege Statut und Protokoll
63	04.09.2014	Gemeinsames Gespräch mit Oberbürgermeister Peter Clausen und Frau Schröter (Rechtsamt Stadt Bielefeld) zur Gründung der Ratsgruppe.	014 (Kalender)	
64	05.09.2014	Gemeinsame Ausarbeitung der von Oberbürgermeister Peter Clausen geforderten Nachweise zur Zusammenarbeit im Rahmen der Ratsgruppengründung	014 (Kalender)	
65	06.09.2014	Gemeinsame Ausarbeitung der von Oberbürgermeister Peter Clausen geforderten Nachweise zur Zusammenarbeit im Rahmen der Ratsgruppengründung	014 (Kalender)	
66	07.09.2014	Gemeinsame Ausarbeitung der von Oberbürgermeister Peter Clausen geforderten Nachweise zur Zusammenarbeit im Rahmen der Ratsgruppengründung	014 (Kalender)	
67	08.09.2014	Gruppensitzung	014 (Kalender)	

Belege 001-018

.

- 001: Protokoll vom 01.03.2012
- 002: Blog vom 05.03.2012
- 003: Blog vom 18.03.2012
- 004: Blog vom 04.07.2013
- 005: PM Bürgernähe WLAN 07/2013
- 006: Anfrage/Antrag WLAN 09/2013
- 007: Blog 12.01.2014
- 008: Antrag Rats TV 07/2013
- 009: PM „Amt f. Integration“ 24.08.2014
- 010: Statut der Ratsgruppe „Bürgernähe/Piraten“
- 011: Protokoll der konstituierenden Gruppensitzung
- 012: Protokoll vom 03.10.2013
- 013: Auswahl Mails (Screenshots)
- 014: Auswahl Kalender (Screenshots)
- 015: Kommunales Wahlprogramm 2014 Piratenpartei
- 016: Kommunales Wahlprogramm 2014 Bürgernähe
- 017: Vorabinfo/Brief an Oberbürgermeister Peter Clausen
- 018: Protokoll vom 03.07.2014

Beleg 001

Protokoll 01.03.2012

2012-03-01 - Protokoll vom Stammtisch Bielefeld

Wechseln zu: Navigation, Suche

HINWEIS: Ergänzen fehlender Verweise oder näherer Ausführungen zu den Berichten gern gesehen

Inhaltsverzeichnis

- 1 Formalitäten
- 2 Tagesordnung
  - 2.1 Anwesenheit & Protokollant
  - 2.2 Vorbemerkung
  - 2.3 E-Mails / Post
  - 2.4 Geschehnisse und Termine
  - 2.5 Kreisverbandsgründung
  - 2.6 Arbeitsgruppen
    - 2.6.1 Eine vereinfachte Domain
    - 2.6.2 Beteiligungsmöglichkeiten der Piraten
  - 2.7 Verschiedenes
    - 2.7.1 Aftershow-Party Big Brother Awards
    - 2.7.2 Religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz
  - 2.8 Allgemeine Organisation

Formalitäten

- Stammtischtreffen der Bielefelder Piraten
- Ort: Tangente, Mühlenstrasse 2, 33607 Bielefeld.
- Datum und Zeit: Donnerstag, 01.03.2012, 20:00 Uhr
- Versammlungsleiter ist **Christoph**
- Der Stammtisch beginnt um 20:15 mit einer kurzen Vorstellungsrunde.
- Hinweis! Die Versammlung wir zu Probezwecken für die MV OWL gestreamt. Es ist keine öffentliche Verbreitung, sondern dient nur zum Test unseres Equipments.

Tagesordnung

Anwesenheit & Protokollant

Protokoll führt **Carsten/Balli**
Anwesend: 29 Personen, darunter ca. 20 Piraten

Vorbemerkung

- Begrüßung der Anwesenden, Vorstellungsrunde
- Um häufige Störungen zu vermeiden, werden Sammelbestellungen beim Wirt gemacht.

E-Mails / Post

Geschehnisse und Termine

- 15.2.2012 - STOPPT ACTA Demo in Bielefeld - Nachlese
  - 800 (laut Polizei) - 1000 Teilnehmer (laut Orga), es wurde mit dieser Teilnehmerzahl gerechnet - die Demo war wieder ein Erfolg
  - Es gab ein Lob durch die Polzei für die Organisation und den Ablauf der Demo
  - Klarstellung: Die Anmeldung erfolgte durch die ACTA-Organisationsgruppe, an der auch Piraten beteiligt sind
- Vortrag Acta in der CSS
  - Wurde vor weniger Schülern als erwartet durchgeführt
  - Sitzungstermine des Rates der Stadt Bielefeld: (Komplettliste + Orte: [1])
    - Do, 01.03. 17.00 Uhr Rat der Stadt
    - Di, 06.03. 17.00 Uhr Sozial- und Gesundheitsausschuss
    - Mi, 07.03. 16:00 Uhr Jugendhilfeausschuß
    - Di, 13.03. 17.00 Uhr Ausschuss f. Umwelt und Klimaschutz
    - Di, 20.03. 16.00 Uhr Finanz- und Personalausschuss
    - Di, 20.03. 16.00 Uhr Schul- und Sportausschuss
    - Di, 20.03. 16.00 Uhr Stadtentwicklungsausschuss
    - Do, 22.03. 17.00 Uhr Haupt- und Beteiligungsausschuss
    - Do, 29.03. 17.00 Uhr Rat der Stadt
  - Einladung "Großdemo zur Urananreicherungsanlage Gronau" - 11.03.12
  - Gründung der AG Wahlen NRW 07.03. (Mumble) und 10.03.12 (Essen)

Kreisverbandsgründung

- großer Stamm von aktiven gibt Sicherheit für die KV-Gründung
- 25.3.2012 ist Gründungsversammlung, Orga-Treffen findet/n (i.d.R.?) vor dem Stammtisch statt
- Ablauf:
  - Beginn 10 Uhr, Ende 16 Uhr, dann Vorstandssitzung, ab 18 Uhr Presseveranstaltung, Veröffentlichungen
  - Alex macht Fotos

Arbeitsgruppen

- AG kommunale Transparenz:
  - Nächstes Treffen ist am 05.03.
  - Fragwürdig ist u.A. der Umzug der Stadtbibliothek in das "Amerikahaus".
  - Weiterhin wir das Streaming von Rats- und Hauptauschußsitzung gefordert.
  - Der Einsatz der Abgeordnetenwatch in Bielefeld wurde erläutert.
  - Eine grundsätzliche Neugestaltung der Webpräsenz der Stadt Bielefeld wird ebenso gefordert.
- AG Bildung, Kinder Jugend:
  - Erstes Treffen für den 14.03. geplant.
- AG Wirtschaft und Finanzen:
  - leider noch nichts. Einladung an alle Wirtschaftsinteressierten
- AG Technik:

- AG Stadtentwicklung und Verkehr: Themenvorstellung
    - Das Wilhelmstraßenquartier (noch nicht beschlossen) soll in einem Lenkungsausschuß in Verbindung mit dem Masterplan für Bielefeld besprochen werden. Hier fehlt uns, lt Michael die nötige Transparenz der Stadtverwaltung. Hierzu wollen wir die "Bürgernähe" unterstützen, die einen Antrag auf mehr Bürgerbeteiligung beantragt hatten. Das "ECE-Center" scheint nicht abzuwenden zu sein. Eine Presseerklärung soll zur Unterstützung durch Christoph und Michael erstellt und veröffentlicht werden.
- AG Umwelt & Energie:
    - Hinweis von Frank, dass die Biomülltransporte zu lang und unrentabel sind.
    - Photovoltarik sei Bundessache, aber man solle die Ansiedlung von Solarparks in Bielefeld unterstützen.
    - Energiekonzept der Stadtwerke wurde angesprochen.
    - Nutzung von Solarenergie auf Bielefelds Dächern wurde angesprochen. Man solle aber auch die Dachbegrünung nicht vergessen.
- AG Arbeit, Soziales, Kultur: Treffen am 7.3. geplant. Die AG möchte sich auch um Integration kümmern. Hier vor allem von Jugendlichen im 1. und 2. Bildungsmarkt.

Eine vereinfachte Domain

Da es offenbar Menschen gibt denen piratenpartei-bielefeld zu lang ist um sie sich zu merken sollte man überlegen diesen entgegen zu kommen und zu schauen ob man beispielsweise die domain ppbi.de oder piraten-bi.de haben möchte. Diese würde ich (Isabaellchen) dann auch sponsorn. Es wurde sich per Meinungsbild entschieden, eine Kurzdomain einzurichten. Diese ist auch vorteilhaft bei Twittereinträgen. Isabelle wird sich darum kümmern, allerdings erst nach Gründung des KV, wegen der Kosten, die dann der KV übernehmen soll.

Beteiligungsmöglichkeiten der Piraten

Da es offenbar die Auffassung gibt, es gäbe wichtige Parteifunktionäre in der Piratenpartei die alles denken und lenken würden, möchte ich hier einmal darauf hinweisen was für Möglichkeiten ein jeder hat um selbst an der gestaltung der Piratenpartei teilzunehmen. Die Piratenpartei ist zu fast 100% Basisdemokratisch und darum sollte es nicht daran scheitern das man denkt man selbst sei nicht befugt eine Veränderung anzuregen. Denn das gegenteil ist der Fall, man selbst ist dafür verantwortlich das sich etwas ändert. Diesbezüglich sollen zukünftig Schulungen für Neupiraten durchgeführt werden. Die Technische Gruppe nimmt sich in Verbindung mit der SG Bildung dem Thema an. Ein Angebot von Hackerspace-bielefeld.de deren Räumlichkeiten zu nutzen wird geprüft.

Verschiedenes

Aftershow-Party Big Brother Awards

- Am 13.4.2012 finden wieder die Big Brother Awards in Bielefeld statt.
- Es kommen wahrscheinlich wieder viele Piraten aus ganz NRW, vielleicht sogar Bundesgebiet
- Hierfür sollten wir eine After-Show Party veranstalten!

- Eine Gruppe aus Andreas, Antonio, Alex und Balli hat sich dafür gegründet. Der Raum in der Tangente wurde reserviert.

Religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz

- Es wurde darauf hingewiesen, dass es Diskriminierung am Arbeitsplatz vor Allem bei kirchlichen Trägern gibt. Dagegen sollten wir etwas tun und die Organisation unterstützen.

Siehe hierzu TO: Gestern (29.02) begann die Kampagne "Gegen reli¬giöse Diskriminierung am Arbeitsplatz". Dazu rufen der IBKA (Internationaler Bund der Konfessionsfreien und Atheisten e.V.) und die gbs (Giordano Bruno Stiftung) gemein¬sam auf. (Auch bei ver.di läuft seit letztem Jahr ein vergleichbares Projekt.)

Es geht im Wesentlichen darum, dass auch in den mit öffentlichen Mitteln finanzierten kirchlichen Einrichtungen die Grundrechte, insbesondere Religions- und Weltanschauungsfreiheit, das Betriebsverfassungsrecht, Streikrecht, Antidiskriminierungsbestimmungen usw. gelten müssen - wie sie z.B. auch bei der AWO gelten. Dies ist a) ein Thema unseres Grundsatzprogramms (Trennung von Staat und Kirche) und betrifft b) Bielefeld insofern besonders, da wir hier mit den von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel einen großen diakonischen Arbeitgeber (größte diakonische Einrichtung in Europa, rund 13900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) haben.

Unser Bielefelder Standpunkt? PM? Thema für AG Soziales, Arbeit & Kultur? In die AG verschoben.

Allgemeine Organisation

- Der nächste Stammtisch findet am 15.03.2012 um 20.00 Uhr in der Tangente statt.
- ca 23.00 Uhr Protkollende, danach freie Diskussion

Kategorie:

- Protokoll vom Stammtisch Bielefeld

Navigationsmenü

- Frankenfeld
- Diskussion
- Einstellungen
- Beobachtungsliste
- Beiträge
- Abmelden

- Seite
- Diskussion

- Lesen
- Bearbeiten
- Versionsgeschichte

- Beobachten

- Hauptseite (Wiki)
- Bibliothek
- Kategorien
- Portale
- Liste aller Seiten
- Zufällige Seite

Mitmachen im Wiki

- Anleitung
- Aktuelle Themen
- Letzte Änderungen
- Neue Seiten

Piratenpartei

Landesverbände

Werkzeuge

- Diese Seite wurde zuletzt am 13. März 2012 um 20:04 Uhr geändert.
- Diese Seite wurde bisher 273-mal abgerufen.

- Datenschutz
- Über Piratenwiki
- Impressum

-

Beleg 002

Flankierende PM „Partizipation“

5.
03.
2012

KRITIK AN DEN ENTSCHEIDUNGEN IM HAUPT- UND BETEILIGUNGSAUSSCHUSSES ZUM THEMA PARTIZIPATION DER BÜRGER

Die Bielefelder Fraktionen der CDU, SPD, Grünen, FDP und BfB haben es in der Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschuss vom 1. März 2012 verpasst, den Weg für eine echte Bürgerbeteiligung bei Projekten von öffentlichem Interesse zu ebnen. Stattdessen haben die Fraktionen ein weiteres Mal nur eine minimale Absichtserklärung, die Bürger an den politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen, verabschiedet. Michael Gugat von den Bielefelder Piraten: "Die meisten Parteien in Bielefeld scheinen nicht gewillt, echte Partizipation der Bürger in der Politk umzusetzen, anders ist nicht zu erklären, warum der berechtigte Antrag der Wählergemeinschaft Bürgernähe zurückgewiesen und durch einen schwammigen Beschluss ersetzt wurde". Die Bürgernähe forderte unter anderem einen besseren Zugang der Bürger zu Informationen, sowie die Berücksichtigung von politischen Initiativen.

"Insbesondere die von der Wählergemeinschaft Bürgernähe geforderte Entscheidungsmöglichkeit für die Bürger, bei unvorhergesehenen Kostensteigerungen bei der Planung von Großprojekten, ob sie das Projekt noch bezahlen wollen, findet unsere volle Unterstützung", so Christoph Tacke (Piratenpartei Bielefeld). Die Bielefelder Piraten unterstützen den Antrag der Bürgernähe und fordern den Stadtrat auf, sich endlich eindeutig für mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen und für die Teilhabe der Bevölkerung an Verwaltungsentscheidungen einzusetzen.

Gerade in Bezug auf die aktuellen Diskussionen zu Großprojekten in der Stadt Bielefeld, wie zum Beispiel bei der Planung an der Wilhelmstraße, ist Transparenz und Teilhabe nötig.

Veröffentlicht am 5. März 2012 von Claudia Wend unter Pressemitteilungen und tagged Ausschüsse, Stadt Bielefeld, Teilhabe, Transparenz.

Beleg 003

Blog AK Stadtentwicklung Unterstützung Bürgernähe 18.03.2012

Die *AG Stadtentwicklung und Verkehr* hat vorläufig zwei Themenblöcke auf ihre Agenda gesetzt:

- **moBiel 2030**
  - Verlängerung diverser Linien
  - Neue Linie 5
- **Shoppingcenter in Bielefeld**
  - Wilhelmstraßenquartier
  - Masterplan Innenstadt
  - ECE Center Galeria Kaufhof

Zum Thema **Wilhelmstraßenquartier** haben die *AG Stadtentwicklung & Verkehr* und die *AG Kommunale Transparenz* eine Presseerklärung herausgegeben, um einen Antrag der **Wählergemeinschaft 'Bürgernähe'** im Stadtrat flankierend zu unterstützen.

Weiteres Vorgehen: Tieferes Einlesen in die Thematik, Informationseinholung, Diskussion, Erarbeitung von Positionspapieren und Anträgen hierzu auf dem Kreistag (Gründungsversammlung). Zum Thema Masterplan möchten wir uns insbesondere mit dem Prinzip "Charrette" vertraut machen.

HINTERLASSE EINE ANTWORT

Beleg 004

Blog „Freies WLAN“

DIE PIRATEN BIELEFELD FORDERN EIN FREIES WLAN FÜR DEN KESSEL-BRINK

4. 07. 2013

Die PIRATEN Bielefeld fordern ein freies WLAN für den Kesselbrink

Pilotprojekt soll die Attraktivität des Kesselbrinks noch erhöhen

Die PIRATEN Bielefeld freuen sich über die gelungene Wiederbelebung des Kesselbrinks. Wir Piraten wollen die Attraktivität des Platzes noch weiter erhöhen, um so die Aufenthaltsqualität noch weiter zu verbessern, die Akzeptanz des Platzes zukunftsfester zu machen und insgesamt die Lebensqualität der Bielefelder und unserer Gäste im öffentlichen Raum zu steigern. Daher fordern wir die Einführung eines freien WLANs im öffentlichen Raum, welches den ungehinderten Zugang zum Internet ermöglicht. Ein Pilotprojekt soll auf dem Kesselbrink gestartet werden.

Optimal wäre dies in Form einer Freifunk-Initiative, die von der Stadt und ihren Betrieben gefördert wird. Alternativ wäre es auch möglich, das WLAN von einer Tochter der Stadtwerke (BiTel) betreiben zu lassen. [1]
Lars Büsing, Bundestagskandidat der Bielefelder Piraten dazu:

"Der Zugang zu diesem WLAN sollte für jeden (Einwohner, Touristen, Studenten, Schüler usw.) kostenlos und einfach möglich sein. Dadurch erreicht man nicht nur eine erhöhte Attraktivität für Touristen, sondern ermöglicht digitale Freiheit und Teilhabe der Bevölkerung in einem dicht besiedelten und von Bielefeldern und Gästen gut besuchten Gebiet."

Die PIRATEN Bielefeld fordern ein freies WLAN für den Kesselbrink
Pilotprojekt soll die Attraktivität des Kesselbrinks noch erhöhen

Die PIRATEN Bielefeld freuen sich über die gelungene Wiederbelebung des Kesselbrinks. Wir Piraten wollen die Attraktivität des Platzes noch weiter erhöhen, um so die Aufenthaltsqualität noch weiter zu verbessern, die Akzeptanz des Platzes zukunftsfester zu machen und insgesamt die Lebensqualität der Bielefelder und unserer Gäste im öffentlichen Raum zu steigern. Daher fordern wir die Einführung eines freien WLANs im öffentlichen Raum, welches den ungehinderten Zugang zum Internet ermöglicht. Ein Pilotprojekt soll auf dem Kesselbrink gestartet werden.

Optimal wäre dies in Form einer Freifunk-Initiative, die von der Stadt und ihren Betrieben gefördert wird. Alternativ wäre es auch möglich, das WLAN von einer Tochter der Stadtwerke (BiTel) betreiben zu lassen. [1]
Lars Büsing, Bundestagskandidat der Bielefelder Piraten dazu:

“Der Zugang zu diesem WLAN sollte für jeden (Einwohner, Touristen, Studenten, Schüler usw.) kostenlos und einfach möglich sein. Dadurch erreicht man nicht nur eine erhöhte Attraktivität für Touristen, sondern ermöglicht digitale Freiheit und Teilhabe der Bevölkerung in einem dicht besiedelten und von Bielefeldern und Gästen gut besuchten Gebiet.”

Vergleichbare Projekte gibt es bereits in vielen anderen Städten – etwa in Berlin, Potsdam und München. In Berlin steht das öffentliche Internet bereits an rund 60 Stellen zur Verfügung, warum nicht auch bald bei uns hier in Bielefeld?! [2,3,4]

Die sogenannte Störerhaftung ist derzeit noch eine rechtliche Herausforderung. Ein Anbieter eines Internetzugangs haftet auch für den Missbrauch der Nutzer, zum Beispiel bei illegalen Downloads. Im Bundesrat stellten die Länder Berlin und Hamburg bereits im vergangenen Herbst einen Antrag, mit dem Ziel, das Haftungsrisiko für Betreiber zu beschränken. Ein Pilotprojekt würde dazu beitragen, mehr Aufmerksamkeit auf das wichtige Thema “Störerhaftung” zu lenken.

Der Landtag in Nordrhein-Westfalen hörte am vergangenen Mittwoch Experten zu diesem Thema. Das Urteil der Sachverständigen ist eindeutig: Die Störerhaftung, wie sie heute besteht, muss dringend reformiert werden.

„Nach Ansicht der Experten verursacht das derzeitige Prinzip der Störerhaftung erhebliche Rechtsunsicherheit. Jeder, der ein offenes WLAN anbieten möchte – etwa Hotels, Kommunen oder Bildungseinrichtungen – muss befürchten, Opfer der Abmahnindustrie im Internet zu werden“, fasst Daniel Schwerd, Netzpolitischer Sprecher der Piratenfraktion im Landtag NRW, die Ergebnisse der Anhörung im Landtag zum Piraten-Antrag „Abschaffung der Störerhaftung“ zusammen.

Schwerd erklärt weiter:„Im Ausland kann man an jeder Ecke per WLAN im Internet surfen. Bei uns traut sich niemand, seinen Anschluss freizugeben. Dieser Zustand ist schädlich für die Wirtschaft und verschärft die digitale Spaltung der Gesellschaft. Das Potenzial offener WLANs, einen einfachen und kostenlosen Zugang zum Internet zu ermöglichen, wird in Deutschland nicht ansatzweise ausgeschöpft.” [5]

[1] Freifunk Bielefeld
[2] Bericht Berlin
[3] Konzept Berlin
[4] München
[5] Expertenanhörung im Landtag

Ergänzende Erklärung:

Digitale Endgeräte, wie etwa Smartphones und Tablet-PCs,sind aus dem Alltag der meisten Bürger nicht mehr wegzudenken. Auch die Touristen in Bielefeld sind vermehrt mit solchen internetfähigen Mobilgeräten unterwegs sein. Bei ausländischen Besuchern ist zudem ein Problem bei den Roaming-Gebühren zu sehen. Die erhöhte Verwendung dieser Endgeräte wird weitere Sendemasten der Mobilfunkbetreiber nötig machen, die das Bild der Stadt nachhaltig beeinträchtigen könnten.

Digitale Endgeräte fördern durch ihr Kartenmaterial und durch ihre Internetfähigkeit die Möglichkeiten der Touristen zur unabhängigen Erkundung der Stadt. Diesen Tourismus wollen wir Piraten fördern, da unserer Meinung nach Touristen, die die Stadt auf eigene Faust erkunden, bereit sind, mehr Zeit – und Geld – in Bielefeld auszugeben.

Hierzu könnte man Nutzern des WLANs, basierend auf der offiziellen App der Stadt Bielefeld, eine Startseite anbieten mit einer Karte der Sehenswürdigkeiten, Geschäfte und gastronomischen Angeboten – basierend auf dem freien Kartenangebot “Open Street Map”. An den touristischen Highlights könnten für Endgeräte lesbare Links (sogenannte QR-Codes) angebracht sein, die eingescannt auf textuelle und audiovisuelle Inhalte leiten, welche weitere Informationen über den aktuellen Aufenthaltsort bereitstellen. So erhalten die Touristen einen digitalen Tourismusführer und ein einmaliges Erlebnis. Dies ist bereits seitens der Stadt für die Sparrenburg angedacht. Bei guter Aufbereitung kann man die Touristen durch die

gegebenen Informationen gezielt durch die Stadt steuern, ohne dass man ihnen die Freiheiten zur eigenen Erkundung nimmt.

Neben der Tourismusführung könnte dieses Touristenportal zur gezielten Förderung der auf dem Tagestourismus aufbauenden Geschäfte genutzt werden. Wenn das Portal – durch Verwendung offener Daten – zeigt, wo es die nächste Eisdiele, das nächste Café oder das nächste Steak gibt, werden Touristen das Angebot nutzen. Hier sind natürlich auch die lokalen Geschäfte gefragt, die entsprechenden Daten mit zu pflegen, um den Touristen ein möglichst gutes Gesamterlebnis zu bieten.

Die Verfügbarkeit des Internets im öffentlichen Raum ermöglicht auch denen Teilhabe an der digitalen Welt, die sich keine teuren Verträge oder Geräte mit eigenem Internetzugang leisten können oder deren Datenvolumen am Ende eines Monats womöglich ausgereizt ist. Das bedeutet somit auch einen Gewinn an Chancengleichheit und vor allem -gerechtigkeit.

Veröffentlicht am 4. Juli 2013 von Michael Gugat unter Allgemein, Bundestagswahl 2013, Piratenpartei Bielefeld, Politik, Pressemitteilungen.
Permanenter Link zu diesem Artikel.

Beleg 005

Flankierende PM „WLAN“

Pressemitteilung

Freies W-LAN für den Kesselbrink

BÜRGERNÄHE unterstützt den Vorschlag der Piraten-Partei Bielefeld

Die PIRATEN-Partei Bielefeld fordert ein freies WLAN für den Kesselbrink. Dieses Pilotprojekt soll die Attraktivität des Kesselbrinks noch erhöhen. BÜRGERNÄHE unterstützt diese Initiative der PIRATEN-Partei Bielefeld und startet im Hauptausschuss eine diesbezügliche Initiative (siehe Anlage).

In zahlreichen Städten entsehen kostenlose Funknetze durch private und kommunale Initiativen. Nicht ohne Grund: Die Kommunen wollen attraktiver für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und vor allem auch Touristen werden. Die Provider sehen WLAN als notwendige Unterstützung zur Mobilversorgung.

Erst kürzlich hat die Deutsche Telekom Hamburg zur “WLAN-Stadt” ernannt, am gleichen Tag weiht der Düsseldorfer Oberbürgermeister den ersten Hotspot auf der Königsallee ein. Schon länger existieren die offenen Internetzugangspunkte in Berlin und Potsdam.

Auch kleinere Städte machen nun mit: Im baden-württembergischen Pforzheim haben sich lokale Unternehmer und Verwaltung zusammengetan, um die Innenstadt mit kostenlosem Netz zu versorgen, und Pforzheim als IT-Standort zu fördern und stärken. Über 30 Hotspots haben die Pforzheimer bereits in der Innenstadt aufgestellt. Nach und nach sollen immer mehr öffentliche Gebäude mit Internet ausgestattet werden. Jeder soll sich einloggen können.

Das W-LAN auf dem Kesselbrink könnte von den städtischen Eigenbetrieben sowie Bielefeld-Marketing, gesponsert durch Bielefelder Unternehmen gefördert werden. Alternativ könnte das WLAN von BiTel auch allein betrieben werden.

Auch in Bielefeld sind Touristen vermehrt mit internetfähigen Mobilgeräten unterwegs. Durch die kostenlose Nutzung der städtischen Internetangebote wird die Erkundung der Stadt und ihren Sehenswürdigkeiten, kulturellen Veranstaltungen, Geschäften und gastronomischen Betrieben erleichtert. Durch ein kostenlos zugängliches Internet auf dem Kesselbrink wird der Kesselbrink nicht nur für

Touristen attraktiver. Die digitale Freiheit und Teilhabe der Bevölkerung in einem dicht besiedelten und von Bielefeldern und Gästen gut besuchten Gebiet wird verbessert.

Die Verfügbarkeit des Internets im öffentlichen Raum verbessert auch den Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern, die sich keine teuren Verträge oder Geräte mit eigenem Internetzugang leisten, können die Teilhabe an der digitalen Welt.

Martin Schmelz

Beleg 006

Anfrage/Antrag „WLAN“

BÜRGERNÄHE

Im Rat der Stadt Bielefeld

Büro im alten Rathaus

Niederwall 25

33602 Bielefeld

Initiativen für Bielefeld!

BÜRGERNÄHE

An den Vorsitzenden des

Haupt- und Beteiligungsausschusses

Herrn Oberbürgermeister

Pit Clausen

Anfrage für die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 19. 09. 2013

den 7. September 2014

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

Für die kommende Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses bitten wir die folgende Anfrage zu beantworten:

Wie kann aus Sicht der Verwaltung ein freier W-LAN-Zugang auf dem Kesselbrink angeboten werden?

Begründung:

Die PIRATEN-Partei Bielefeld fordert ein freies WLAN für den Kesselbrink. Dieses Pilotprojekt soll die Attraktivität des Kesselbrinks noch erhöhen. BÜRGERNÄHE unterstützt diese Initiative der PIRATEN-Partei Bielefeld.

Die Einführung eines freien WLANs im öffentlichen Raum ermöglicht den ungehinderten Zugang zum Internet, insbesondere auch für Touristen.

Eine Form könnte eine Freifunk-Initiative sein, welche von den städtischen Eigenbetrieben sowie Bielefeld-Marketing gefördert wird. Alternativ könnte das WLAN von BiTel allein betrieben werden.

Durch ein kostenlos zugängliches Internet auf dem Kesselbrink wird nicht nur eine erhöhte Attraktivität für Touristen erreicht. Darüber hinaus wird die digitale Freiheit und Teilhabe der Bevölkerung in einem dicht besiedelten und von Bielefeldern und Gästen gut besuchten Gebiet verbessert. Touristen in Bielefeld sind vermehrt mit internetfähigen Mobilgeräten unterwegs. Durch die Nutzung der städtischen Internetangebote wird die Erkundung der Stadt und ihren Sehenswürdigkeiten, kulturellen Angeboten, Geschäften und gastronomischen Betrieben erleichtert.

Auch in anderen Städten gibt es bereits vergleichbare Projekte.

Die Verfügbarkeit des Internets im öffentlichen Raum verbessert auch den Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern, die sich keine teuren Verträge oder Geräte mit eigenem Internetzugang leisten, können die Teilhabe an der digitalen Welt. Das bedeutet auch aus Sicht von BÜRGERNÄHE einen Gewinn an Chancengleichheit und vor allem Chancengerechtigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Schmelz

Beleg 007

Flankierende PM „Stadtwerke“

12. 01. 2014

#KrankesSystem – Die "Stadtwerke-Affäre"

Zur Empörung über die Gehaltshöhe des Betriebsratsvorsitzenden der Stadtwerke

Die Piratenpartei Bielefeld nimmt mit Verwunderung zur Kenntnis, dass nur die Höhe des Gehaltes des Betriebsratsvorsitzenden der Stadtwerke für Aufsehen sorgt, da dieses unserer Meinung nach nicht den Kern des Problems trifft. Seit jeher ist bekannt, dass die Besetzung der Spitzenposten in städtischen Betrieben nach Parteibuch erfolgt, wie es auch hier der Fall zu sein scheint. Die Höhe der jeweiligen Gehälter ist dabei ein nachrangiges Problem.

Alle größeren Parteien in Bielefeld, sei es die SPD, die Grünen oder auch die CDU, die sich hier als großer Mahner und Aufklärer geriert, was wir für schlicht lächerlich halten, teilen seit Jahrzehnten die Führungsposten in städtischen Eigenbetrieben unter sich auf. Die Stadtwerke "gehören" der SPD, die BGW den Grünen und in der Sparkasse hat sich die CDU festgesetzt.

Parteien sollen sich um Politik kümmern und nicht um die Versorgung ihrer Mitglieder durch Filz, Seilschaften und Amigo-Gehabe. "Dieses strukturell kranke System muss dringend aufgebrochen und diese Affäre zum Anlass genommen werden, die parteipolitischen Verflechtungen in städtischen und stadtnahen Betrieben offensiv aufzudecken.", fordert Bernd Scholand von den Bielefelder Piraten.

Grundsätzlich ist es kein Problem, wenn Führungskräfte auch Mitglied einer Partei sind, auch ist es keineswegs ein Problem, wenn fähige Mitarbeiter anständig bezahlt werden. Wenn jedoch auch nur das leiseste Geschmäckle zu erkennen ist, sollte transparent gemacht werden, warum welche leitende Führungskraft welche Position inne hat. Die Bürgernähe forderte, dass sich die Bewerber für eine solche Position grundsätzlich der Öffentlichkeit stellen sollen – diese Forderung nach Transparenz teilen wir uneingeschränkt, da hier wesentliche politische Fragen des Allgemeinwohls hinsichtlich zum Beispiel finanzieller, umwelttechnischer oder auch städtebaulich-sozialer Art betroffen sind.

- Westfalen-Blatt: Stadtwerke belohnen Betriebsrat mit Bonus
- Neue Westfälische: Spitzengehalt für Betriebsratschef

Veröffentlicht am 12. Januar 2014 von Michael Gugat unter Allgemein, Piratenpartei Bielefeld, Politik, Pressemitteilungen.
Permanenter Link zu diesem Artikel.

Beleg 008

Gemeinsamer Antrag „Rats TV“

GEMEINSAMER ANTRAG RATS-TV VON BÜRGERNÄHE – FDP – PIRATENPARTEI

31. 07. 2014

Pressemitteilung von Michael Gugat (Piratenpartei), Christian Heißenberg (Bürgernähe), Jasmin Wahl-Schwentker (FDP) und Jan Maik Schlifter (FDP)

Rats-TV – Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Rat der Stadt Bielefeld

Piratenpartei, Bürgernähe und die FDP setzen sich dezidiert dafür ein, den kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im Rat der Stadt Bielefeld fortan transparenter zu gestalten. Gerade in Zeiten schwacher Wahlbeteiligungen sowie der Politik- und Staatsverdrossenheit sollen die Bielefelderinnen und Bielefelder die Möglichkeit erhalten, Arbeit und Engagement der gewählten Volksvertreter direkter und damit besser zu verfolgen. So sollen zukünftig alle öffentlichen Ratssitzungen live im Internet übertragen werden. Die Öffentlichkeit könne auf diese Weise die Wortbeiträge „quasi an jedem Ort der Welt" ungefiltert und unkommentiert miterleben, diese reflektieren und diskutieren. Die Bielefelder werden befähigt, das Verhalten der Fraktionen, Gruppen und Ratsmitglieder zu bewerten und hieraus die politischen Konsequenzen zu ziehen.

„Die Zeit sei" – so die Antragssteller – „mit Beginn dieser Wahlperiode reif, zumal die Rechtsprechung Live-Übertragungen mittlerweile nun auch rechtlich für unbedenklich halte. Dementsprechend haben Michael Gugat, Christian Heißenberg, Jasmin Wahl-Schwentker und Jan Maik Schlifter bereits für die nächste Ratssitzung im September einen gemeinsamen Antrag zum Rats-TV gestellt. Sie sind sich sicher, dass der Antrag eine breite Unterstützung im Stadtrat bekommen wird. „Dass Transparenz und Bürgerbeteiligung die Basis für eine gesunde Demokratie sind, haben mittlerweile alle verinnerlicht."

BÜRGERNÄHE

FDP DAS MODERNE BIELEFELD

PIRATEN PARTEI Bielefeld

Bielefeld, den 31.07.2014

Pressemitteilung von Michael Gugat (Piratenpartei), Christian Heißenberg (Bürgernähe), Jasmin Wahl-Schwentker (FDP) und Jan Maik Schlifter (FDP)

Rats-TV – Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Rat der Stadt Bielefeld

Piratenpartei, Bürgernähe und die FDP setzen sich dezidiert dafür ein, den kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im Rat der Stadt Bielefeld fortan transparenter zu gestalten. Gerade in Zeiten schwacher Wahlbeteiligungen sowie der Politik- und Staatsverdrossenheit sollen die Bielefelderinnen und Bielefelder die Möglichkeit erhalten, Arbeit und Engagement der gewählten Volksvertreter direkter und damit besser zu verfolgen. So sollen zukünftig alle öffentlichen Ratssitzungen live im Internet übertragen werden. Die Öffentlichkeit könne auf diese Weise die Wortbeiträge „quasi an jedem Ort der Welt“ ungefiltert und unkommentiert miterleben, diese reflektieren und diskutieren. Die Bielefelder werden befähigt, das Verhalten der Fraktionen, Gruppen und Ratsmitglieder zu bewerten und hieraus die politischen Konsequenzen zu ziehen.

„Die Zeit sei“ – so die Antragssteller – „mit Beginn dieser Wahlperiode reif, zumal die Rechtsprechung Live-Übertragungen mittlerweile nun auch rechtlich für unbedenklich halte. Dementsprechend haben Michael Gugat, Christian Heißenberg, Jasmin Wahl-Schwentker und Jan Maik Schlifter bereits für die nächste Ratssitzung im September einen gemeinsamen Antrag zum Rats-TV gestellt. Sie sind sich sicher, dass der Antrag eine breite Unterstützung im Stadtrat bekommen wird. „Dass Transparenz und Bürgerbeteiligung die Basis für eine gesunde Demokratie sind, haben mittlerweile alle verinnerlicht.”

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,

zur Ratssitzung am 18.09.2014 stellen wir folgenden Antrag

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der k

Der Rat möge beschließen:

A) Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zu
Rates der Stadt Bielefeld zukünftig als Livestream (Audio u
an prominenter Stelle zur Verfügung zu stellen.
Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für ein Rats-T
zu erarbeiten und dem Rat zur Beratung und Entscheid
und laufenden Kosten darzustellen.

Bei der Konzepterstellung sollen unter anderem folgende As

1. Der Livestream soll von den Nutzerinnen und Nutzern lei

2. Die digitalen Aufnahmen sollen im Ratsinformationssyste
ziert, dauerhaft und barrierefrei zur Verfügung zu stehen.

3. Zur Umsetzung des Projekts soll als Grundlage eine frei
den. Mindestanforderungen sind Aufzeichnung, Verwaltu
ches Hinzufügen von weiteren Informationen. Neben der B
große Barrierefreiheit des Mediums erreicht werden. Da
ner Transkription und der Einblendung eines (Gebärden-

Die Diskrepanz entsteht in aller Regel nicht aufgrund der
Konfliktbearbeitung und deren Vermittlung durch die "Politi
schen werden Konflikte oft von der Politik "im Verborgene
ziert.

Um diesem Eindruck entgegenzuwirken, bietet sich für di
technischen Möglichkeiten an.

Der Rat der Stadt als das zentrale Beratungs- und Beschl
weiten Teilen öffentlich und an einem Werktag. Die Öffentli
einer der wichtigsten Grundsätze unserer demokratisch ver

Der Termin, die begrenzte Anzahl an Sitzplätzen für Zus
chen Menschen in Bielefeld unmöglich, Sitzungen zu besu
bildungsprozess mit zu verfolgen. Niederschriften der Sitzu
gung, zudem gehen aus ihnen zwar die Ergebnisse hervor
und Meinungsbildungsprozess nicht in vollem Umfang darg
die Medienberichterstattung über die Sitzungen des Rate
und gefiltert zu verfolgen.

Durch die Öffentlichkeit der Sitzung soll allen Einwohnern d
wählten Volksvertreterinnen und -vertreter zu verfolgen. D
verfolgen, soll das allgemeine Interesse an der kommunalen
Die Bielefelder werden befähigt, das Verhalten der Fraktio
und hieraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Zude
der Kontrolle der Ratsmitglieder.

Die vielen Zuhörerinnen und Zuhörer bei Ratssitzungen ze
felder und der Öffentlichkeit an den Vorgängen und Proze
tes werden in der Öffentlichkeit reflektiert und diskutiert.
Wir begreifen dieses Interesse als Chance, noch mehr Tran
der Stadt Bielefeld zu bringen. Dazu bieten die elektronis
eine Liveübertragung der Ratssitzung besteht die Möglich
dem Ort der Welt ungefiltert und unkommentiert mitzuerleb
eine große Chance, mehr Transparenz in Politik und auch d

Veröffentlicht am 31. Juli 2014 von Michael Gugat unter Allgemein, Kommunalpolitik, Piratenpartei Bielefeld, Politik, Pressemitteilungen.
Permanenter Link zu diesem Artikel.

Beleg 009

Gemeinsame PM „Auflösung Amt für Integration“

PIRATEN UND BÜRGERNÄHE KRITISIEREN AUFLÖSUNG DES AMTES FÜR INTEGRATION

24. 08. 2014

Piraten und Bürgernähe kritisieren die von OB Clausen "heimlich, still und leise" angeordnete Auflösung des Amtes für Integration.

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in Vertretung aller Bielefelder Bürgerinnen und Bürger in 2010 der „Integration als eine der zentralen Zukunftsaufgaben eine hohe kommunalpolitische Bedeutung beigemessen" und per Ratsbeschluss festgeschrieben.

Dass der Oberbürgermeister diesen Ratsbeschluss nun als obsolet ansieht und das Integrationsamt abwickelt, ist mit dem nicht nachlassendem Beratungs- und Unterstützungsbedarf nach der Meinung von Bürgernähe und Piraten eine falsche Entscheidung. "Eine einsame Entscheidung des Oberbürgermeisters war technisch, sachlich und inhaltlich schlicht unnötig. Man kann über alles reden, muss das aber auch tun.", so Michael Gugat von den Piraten. "Vor einer solchen Maßnahme fordern wir für den Stadtrat eine gründliche Bestandsaufnahme, sowie, falls erforderlich, eine integrationsfördernde Anpassung der Verwaltungsstrukturen anstatt eines rein kostensenkenden Abbaus, der unser Integrationskonzept nur verwässert", meint Christian Heißenberg von der Bürgernähe.

Gemeinsame Pressemitteilung von Michael Gugat (Piratenpartei) und Christian Heißenberg (Bürgernähe)

Veröffentlicht am 24. August 2014 von Michael Gugat unter Allgemein, Kommunalpolitik, Pressemitteilungen.

Permanenter Link zu diesem Artikel.

Beleg 010

Statut der Ratsgruppe „Bürgernähe/Piraten“

Statut der Gruppe Bürgernähe/PIRATEN/
im Rat der Stadt Bielefeld (Wahlperiode 2014 bis 2020)

Präambel

Die Ratsmitglieder Michael Gugat (PIRATEN) und Christian Heißenberg (Bürgernähe) versammelten sich am 03.09.2014 und beschlossen einstimmig folgendes Statut.

§ 1 Gründung und Ziele

(1) Die aus den Wahlvorschlägen der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei(Kreisverband Bielefeld) gewählten Ratsmitglieder bilden nach § 56 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens die "Gruppe Bürgernähe/PIRATEN" (nachfolgend Gruppe genannt).

(2) Ziele der Gruppenarbeit sind die Entwicklung, Förderung und Umsetzung einer Kommunalpolitik für die Stadt Bielefeld auf den programmatischen Grundlagen der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei. Leitmotive des gemeinsamen politischen Handelns ist die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Bielefelder Kommunalpolitik und Transparenz.

(3) Ratsmitglieder sowie sachkundige Bürger und Einwohner sollen ihr Abstimmungsverhalten nachvollziehbar darstellen.

§ 2 Mitglieder der Gruppe

(1) Die Ratsmitglieder der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei in Bielefeld werden als Mitglieder der Gruppe aufgenommen.

(2) Weitere Mitglieder werden nur bei Einstimmigkeit unter den Gruppenmitgliedern aufgenommen.

(3) Bei Einstimmigkeit unter den Gruppenmitgliedern können Hospitanten nach § 56 (4) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens aufgenommen werden.

(4) Der Ausschluss von Gruppenmitgliedern und Hospitanten bedarf der Einstimmigkeit unter den Ratsmitgliedern

§ 3 Organe

Organe der Gruppe sind
1. die Gruppensitzung,
2. die Sitzung des Gruppenteams.

§ 4 Sitzungen

(1) Die Gruppenmitglieder laden zu Sitzungen ein.

(2) Die Teilnahme an Sitzungen ist für Mitglieder Pflicht. Ein Fehlen ist möglichst frühzeitig zu melden oder spätestens unmittelbar nach der Sitzung dem Gruppensprecher zu begründen.

(3) Sitzungen können online stattfinden.

(4) Der Gruppensprecher oder eine beauftragte Person kann Sitzungen als Umlaufbeschlüsse online initiieren.

(5) Der Gruppensprecher oder eine beauftragte Person leitet eine Sitzung.

(6) Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich und es werden Ergebnisprotokolle erstellt. Protokolle werden von der Protokollführung und der Sitzungsleitung genehmigt. Öffentliche Protokolle werden zeitnah und maschinenlesbar veröffentlicht. Nicht-öffentliche Sitzungen sind zu begründen. Personalangelegenheiten der Gruppenmitarbeiter sind in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln.

(7) Auf Antrag eines Mitgliedes sind einzelne Äußerungen wörtlich in das Protokoll aufzunehmen. Persönliche Erklärungen sind schriftlich der Protokollführung einzureichen.

(8) Erst wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist, besteht eine Beschlussfähigkeit.

(9) Bei den Sitzungen haben die Mitglieder ein gleiches Stimm- und Rederecht. Gäste haben grundsätzlich ein Rederecht, es kann ihnen von der Sitzungsleitung begründet entzogen werden.

(10) Wahlen erfolgen grundsätzlich offen, es sei denn mindestens ein Mitglied möchte geheim wählen. Abstimmungen werden grundsätzlich offen mit Stimmenmehrheit gefasst. Wahlen und Abstimmungen erfolgen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern in diesem Statut nichts anderes geregelt ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen als nicht abgegebene Stimmen, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

(11) Die Gruppe, sachkundige Bürger und Einwohner sowie das Gruppenteam können Beschlussempfehlungen für die Entscheidungen im Rat und in seinen weiteren Gremien geben. Es wird angestrebt, alle Entscheidungen und Konflikte nach dem Konsensprinzip zu regeln.

§ 5 Gruppensitzung

(1) Die Gruppensitzung ist das oberste Beschlussgremium der Gruppe.

(2) Am Montag vor der Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld wird grundsätzlich eine Gruppensitzung abgehalten. Gruppensitzungen sollen mindestens einmal im Monat stattfinden. Die Einladung erfolgt per E-Mail durch die Gruppenmitglieder.

(3) Neben den Mitgliedern der Gruppe werden das Gruppenteam, die jeweiligen Vorstände der Wählergruppe Bürgernähe und des Kreisverbands der PIRATEN sowie weitere Personen, themenspezifisch zu bestimmten Sachfragen passend, eingeladen. Ausschließlich die Ratsmitglieder sind stimmberechtigt.

(4) Sachkundige Bürger und Einwohner werden, unabhängig von einer Parteimitgliedschaft, nur bei Einstimmigkeit unter den Gruppenmitgliedern bestimmt. Sachkundige Bürger und Einwohner können mit einem Mehrheitsbeschluss aller Gruppenmitglieder entlassen werden. Die Gruppe entscheidet im Konsens über die Besetzung in den städtischen und sonstigen Gremien.

(5) Die Gruppe kann nach einem Mehrheitsbeschluss im Rahmen des vorhandenen Finanzbudgets zur Erledigung der laufenden Geschäfte Mitarbeiter einstellen. Die Aufgaben der Mitarbeiter werden in einer Stellenbeschreibung festgelegt. Die Mitglieder der Gruppe können Mitarbeiter entlassen, dabei besteht nur gegenüber der Gruppe eine Begründungspflicht.

(6) Die Gruppe entscheidet über die Verwendung der Gruppengelder und erstellt jährlich einen Haushalt. Zwei von der Gruppe bestimmte Personen prüfen die Einnahmen und Ausgaben der Gruppe. Der Bericht über die Kassenprüfung erfolgt in der jährlichen Sitzung zur Beratung des Gruppenhaushaltes.

§ 6 Gruppensprecher

(1) Zwischen der letzten Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld vor der Sommerpause und der jährlichen Sitzung, in der die Verwaltung einen Haushaltsentwurf in den politischen Prozess einbringt, wird nach Aussprache ein Gruppensprecher und eine Stellvertretung per Mehrheitsbeschluss unter den Gruppenmitgliedern gewählt.

(2) Zu den Aufgaben des Gruppensprechers gehören insbesondere:
a) Vertretung der Gruppe nach innen und außen,
b) Koordinierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
c) Vorbereitung der Gruppensitzung,
d) Wahrnehmung beziehungsweise Delegation von Repräsentationsterminen (soweit die Einladung nicht einem Mitglied des Gruppenteam klar zuzuordnen ist),
e) Teilnahme an interfraktionellen Sitzungen,
f) Finanzbeschlüsse bis 100 €.

§ 7 Sitzung des Gruppenteams

(1) Mitglieder des Gruppenteams sind alle Mitglieder der Gruppe, der in Ausschüssen entsendeten sachkundigen Bürger und Einwohner, die weiteren Mandatsträger der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei, die entsendeten Vertreter in interfraktionellen Arbeitskreisen sowie die Mitarbeiter der Gruppe.

(2) Sitzungen des Gruppenteams sollen mindestens einmal im Monat stattfinden.

(3) Aktuelle Beschlussvorlagen in den städtischen Gremien sollen diskutiert werden.

§ 8 Sachkundige Bürger und Einwohner

(1) Die sachkundigen Bürger und Einwohner beraten und unterstützen die Gruppe in der politischen Arbeit im Rat der Stadt Bielefeld.

(2) Sie beraten Anträge und Positionen für die Vorberatung in den Ausschüssen und zur Abstimmung der Gruppe im Rat.

(3) Sie wirken mit bei vertiefenden Diskussionen wichtiger politischer Sachthemen und politischer Arbeitsschwerpunkte.

(4) Sie berichten in der Gruppensitzung zu wichtigen Punkten aus den Ausschüssen.

§ 9 Arbeitskreise

(1) Zur Koordination und Vorbereitung von Fachausschüssen, der Ratsarbeit und zur Beratung von besonderen Sachfragen kann die Gruppe Arbeitskreise einrichten.

(2) In den Arbeitskreisen erarbeitete Anträge und Anfragen zu politischen Themen werden der Gruppe zur Beratung oder Beschlussfassung vorgelegt, bei Eilbedürftigkeit den Gruppenmitgliedern.

§ 10 Auflösung

Die Gruppe gilt als aufgelöst, wenn sie weniger als zwei Mitglieder hat.

§ 11 Änderungen des Statuts

(1) Die Gruppe beschließt dieses Statut für die Dauer der Wahlperiode in ihrer konstituierenden Sitzung im Konsens.

(2) Änderungen des Statuts können nur durch Einstimmigkeit unter den Gruppenmitgliedern herbeigeführt werden.

§ 12 Inkrafttreten

Dieses Statut tritt mit der Unterzeichnung durch die beiden Mitglieder der Gruppe in Kraft.

Michael Gugat (Piratenpartei) Christian Heißenberg (Wählergemeinschaft Bürgernähe)

Beleg 011

Protokoll der konstituierenden Gruppensitzung

Protokoll zur Gründung einer neuen Ratsgruppe im Rat der Stadt Bielefeld

Ort: Nahariyasaal im Alten Rathaus Bielefeld
Datum: 03.09.2014
Beginn: 20:00 Uhr
Ende: 20:17 Uhr
Verteiler: Rats- und Parteimitglieder der PIRATEN und der Wählergemeinschaft Bürgernähe sowie öffentliche Ankündigung
Protokollführer: Lars Büsing
Versammlungsleitung: Michael Gugat
Anwesende: Christian Heißenberg, Michael Gugat sowie 11 Gäste

Thema 1: Gründung einer Gruppe
Die Ratsmitglieder Christian Heißenberg (Bürgernähe) und Michael Gugat (PIRATEN) diskutieren die Gründung einer Gruppe. Die Ratsmitglieder von Bürgernähe und PIRATEN beschließen, ab sofort eine Gruppe im Rat der Stadt Bielefeld nach § 56 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens zu bilden.

Thema 2: Statut einer Gruppe
Ein Entwurf eines Gruppenstatuts wird erläutert und diskutiert. Die beiden Ratsmitglieder Christian Heißenberg von Bürgernähe und Michael Gugat von PIRATEN beschließen das Statut aus dem Anhang. Die neue Gruppe trägt den Namen: Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN.

Thema 3: Gruppensprecher
Die Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN wählt Christian Heißenberg zum Gruppensprecher und Michael Gugat zum stellvertretenden Gruppensprecher. Der Gruppensprecher und seine Stellvertretung sind berechtigt für die Gruppe Anträge zu stellen oder sonstige Erklärungen im Rat abzugeben. Die Gruppensprecher vereinbaren gegenüber dem Oberbürgermeister die Gründung der Ratsgruppe zu erklären.

Thema 4: Geschäftsführung
Die Gruppe beschließt, dass Michael Gugat vorläufig die Geschäftsführung für die Gruppe ausüben soll. Eine endgültige Entscheidung wird getroffen, sobald alle relevanten Umstände (Finanzen, Aufgaben) bekannt sind.

Thema 5: Geschäftsstelle
Die Gruppe wird mit dem Büro des Rates über die Möglichkeit sprechen, einen Gruppenraum im Alten Rathaus beziehen zu können.

Thema 6: Sachkundige Bürger und Einwohner
Die Gruppe beabsichtigt bis spätestens zum 18.09.2014 alle Sachkundigen Bürger und Einwohner der Gruppe Bürgernähe/PIRATEN der Verwaltung der Stadt Bielefeld zu benennen.

Thema 7: Sonstiges
Es werden keine sonstigen Themen zur Sprache gebracht.

Thema 8: Nächster Termin
Die nächste Gruppensitzung findet am 8. September um 17 Uhr statt. Es wird vorgeschlagen, grundsätzliche montags die Gruppensitzungen abzuhalten.

gez. Michael Gugat (Versammlungsleitung)

gez. Lars Büsing (Protokollführung)

gez. Christian Heißenberg (Gruppensprecher)

Beleg 012

Protokoll vom 03.10.2013

2013-10-03 - Protokoll vom Stammtisch Bielefeld

Wechseln zu: Navigation, Suche

Inhaltsverzeichnis

- 1 Protokoll Mitgliederversammlung und Stammtisch vom 03.10.2013
  - 1.1 Formalfoo
  - 1.2 Mitgliederversammlung
  - 1.3 Sonstiger Antrag Nr. FA001
    - 1.3.1 Antragstitel:
    - 1.3.2 Antragsteller:
    - 1.3.3 Antragstext:
    - 1.3.4 Begründung:
    - 1.3.5 Link zur Diskussion
  - 1.4 Sonstiger Antrag Nr. FA002
    - 1.4.1 Antragstitel:
    - 1.4.2 Antragsteller:
    - 1.4.3 Antragstext:
    - 1.4.4 Begründung:
    - 1.4.5 Link zur Diskussion
  - 1.5 Sonstiger Antrag Nr. FA003
    - 1.5.1 Antragstitel:
    - 1.5.2 Antragsteller:
    - 1.5.3 Antragstext:
    - 1.5.4 Begründung:
    - 1.5.5 Link zur Diskussion
  - 1.6 Grosser Stammtisch
    - 1.6.1 Gäste fragen - Piraten antworten
    - 1.6.2 Themen
      - 1.6.2.1 Moderierter Stammtisch/Workshop [Michael]
      - 1.6.2.2 Vortrag Imker [Michael]
      - 1.6.2.3 Aufstellungsversammlung Kommunalwahl 2014 [Antonio]
    - 1.6.3 Sonstiges
  - 1.7 Nächster Stammtisch

Protokoll Mitgliederversammlung und Stammtisch vom 03.10.2013

DATUM: 03.10.2013 ab 20:00 Uhr in der Tangente, Mühlenstrasse 2, 33607 Bielefeld

Formalfoo

- Eröffnung: 20:15
- Versammlungsleitung: Uwe
- Protokollant: Bernd
- Akkreditierungspirat: Lars
- Anwesend: 11 Piraten, 4 Gäste
- Beschlussfähig: ja
- Überprüfung/Frage ob Anträge vorliegen: ja
- Ablauf der MV gemäss Satzung/GO des KV Bielefeld

Mitgliederversammlung

- Vor dem ersten Antrag bittet Michael um eine Schweigeminute, für die von ihm zuvor beschriebenen Unglücke, Todesfälle und Probleme der Flüchtlinge. Es wird eine Minute überwiegend stehend geschwiegen. Anne Helm, Themenbeauftragte für Asyl und Migration der Piratenpartei Deutschland zum Tod der Flüchtlinge

- Frage Vers.-Ltg: Liegen weitere Anträge vor?
- Antwort: ja
- Lars stellt den Antrag Nr. FA003 (Nachwahl Beisitzer) und liefert den Text nach.

Sonstiger Antrag Nr. FA001

Antragstitel:

Finanzantrag "Lastenfahrrad"

Antragsteller:

Michael

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung möge folgendes Ausgabenbudget beschließen:

Anschaffung eines Lastenfahrrades Der Vorstand wird ermächtigt, für eine Summe von bis zu 1.000,--€ ein Lastenfahrrad, eine Rikscha oder ein vergleichbares Gefährt zu erwerben, welches für den Einsatz als mobiler Infostand geeignet und gedacht ist.

Begründung:

In der Praxis hat sich der Einsatz von Rikscha oder Lastenfahrrad bewährt. Um Leihkosten zu vermeiden empfiehlt sich ein Kauf.

Link zur Diskussion

http://wiki.piratenpartei.de/2013-09-19_-_Protokoll_vom_Stammtisch_Bielefeld#Anschaffung_Lastenfahrrad

Diskussion

- Balli: findet 1000 Euro für ein zwar werbewirksames Fahrrad unangemessen. Möchte den Etat von 2014 jetzt noch nicht verplanen. Gibt zu bedenken, dass wir für 1000 Euro 10x den Doppeldeckerbus bekommen können. Bittet darum den Antrag zu verschieben, zumal kein zeitlicher Druck besteht.
- Michael: das Fahrrad kann auch verliehen werden.
- Vers.-Ltg: Bitte um Meinungsbild: Wer ist bereit 50,- € für das Fahrrad zu spenden? Ergebnis: überw. positiv
- Michael: erklärt noch einmal, dass das Thema ausgiebig in der ML und im Vorstand beraten und warum ein Betrag bis 1000 € festgelegt wurde.

Abstimmung

- Dafür: 9
- Dagegen: 2
- Enthaltung: -
- Ergebnis: angenommen

Sonstiger Antrag Nr. FA002

Antragstitel:

"Transparenz"

Antragsteller:

Benutzer:Wanderer

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die Piratenpartei Kreisverband Bielefeld veröffentlicht zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch ab Januar 2014, auf der Internetseite des Kreisverbandes ihren Mitglieder- und Kontostand. Die Daten werden vierteljährlich aktualisiert.

Begründung:

Transparenz ist, neben Beteiligung, der wichtigste Markenkern der Piratenpartei. Um glaubwürdig zu sein, gehen wir selbst mit gutem Beispiel voran.

Link zur Diskussion

{{{Diskussionslink}}}

Diskussion

- Lars: Ist das notwendig? Sowohl die Anzahl der Mitglieder als auch der Kontostand sind im Trello einsehbar.
- Uwe: Wer ist die Zielgruppe? Antwort: jeder
- Lars: Die Beauftragten für ÖA sind zuständig und können jederzeit veröffentlichen
- GO-Antrag auf Schießung der Rednerliste. Ergebnis: abgelehnt
- Nina: soll auf die erste Seite
- Lars: ist alles online

Abstimmung

- Dafür: 11
- Dagegen: -
- Enthaltung: -
- Ergebnis: angenommen

Sonstiger Antrag Nr. FA003

Antragstitel:

"Nachwahl Beisitzer"

Antragsteller:

Lars

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Mitgliederversammlung zum Zwecke einer Nachwahl des vakanten Beisitzerpostens anzusetzen und durchzuführen.

Begründung:

Lt. Satzung entscheidet die MV über die Nachwahl bei Austritt. Es gibt keine Frist.

Link zur Diskussion

{{{Diskussionslink}}}

Diskussion

Frage: Wann wäre die nächste reguläre Wahl? Antwort: im April

Abstimmung

- Dafür: 11
- Dagegen: -
- Enthaltung: -
- Ergebnis: angenommen

Grosser Stammtisch

Gäste fragen - Piraten antworten

- 2 Gäste von der Bürgernähe: Haben eine Rikscha die sie uns leihweise zur Verfügung stellen würden. Kostenlos!

Des Weiteren beschreiben sie, wie der Antrag zum "WLAN auf dem Kesselbrink" eingebracht wurde. Es findet ein Austausch von eMail und Tel-Nr. statt. Weitere Zusammenarbeit ist von beiden Seiten gewünscht.

Themen

Moderierter Stammtisch/Workshop [Michael]

- Über die Mailingliste haben wir bereits darüber diskutiert: Damit wir herausfinden, was für tolle Ideen und Energien in diesem Kreisverband existieren und um diese zu kanalisieren, bietet es sich an, einen moderierten Workshop zu machen. Externer Moderator möglich. Kosten: Fahrtkosten.
    - [Diskussion, Meinungsbild. Dauer: ca. 10 Minuten]

Diskussion

- Michael beschreibt den Themenpunkt
- Rüdiger: Warum externen Moderator?
- Michael: Damit das prof. abläuft und Antonio und ich daran teilnehmen können.
- Uwe: Was ist das Ziel?
- Michael: Die Zielführung ist Teil der Geschichte. Es soll geklärt werden, wo wollen wir mit unserem KV hin.
- Lars: Grundsätzlich also, wie geht es hier weiter, Kommunalpolitisch? Frage: Wie lang und wie umfangreich wird das?
- Michael: Alles im Rahmen eines Stammtisches, etwa 3 Std. Das kann jedoch weiter geführt werden. Es geht erst einmal um Technik nicht Thematik.
- Lars: Ich möchte Vorarbeitszeit
- Antonio: Es ist eine Findung zur Findung = Workshop
- Uwe: Warum brauchen wir einen Workshop?
- Michael: Es gibt bei uns zu viele Themen, Zum Beispiel Bundesthemen, die aber im Kommunalen bzw. KV nichts zu suchen haben.

- Uwe: Was kommt dabei raus? Mehr Freiwillige bestimmt nicht.
- Pablo: Vielleicht gibt es Leute die noch nicht so recht wissen was sie machen können und sollen. Die könnten es dort erfahren.
- Nina: Es macht Spaß und sorgt für Kanalisierungen
- Balli: Ein TdpA ist ähnlich und hat nichts gebracht
- Gast aus Bürgernähe: Ist sinnvoll um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen

Rüdiger fragt um ein Meinungsbild zu dem Thema: undeutlich

Vortrag Imker [Michael]

- Über die Petitionsausschußtour von Michele und Grumpy, bekam ich Kontakt zu dem Imker Pernotzky http://shop.regenbogenhof.de/. Dieser ist auch in Verbänden aktiv und könnte einen Vortrag über die Wichtigkeit der Bienen für die Ökologie halten.
    - [Diskussion, Meinungsbild. Dauer: ca. 10 Minuten]

- Kurze Diskussion, dann Meinungsbild: überw. negativ

Aufstellungsversammlung Kommunalwahl 2014 [Antonio]

- Am 25.Mai 2014 sind in NRW Kommunal- (und Europa)wahlen. Für uns Piraten in Bielefeld heißt das in 33 Ratsbezirken für den Stadtrat und in 10 Stadtteilen für die Bezirksvertretungen Kandidaten zu nominieren. M.E. sollten wir dies frühzeitig tun. Mein Vorschlag hierzu: Januar 2014. Hierzu würde ich gerne ein Meinungsbild einholen.
    - [Diskussion, Meinungsbild. Dauer: ca. 10 Minuten]

- Ohne Diskussion, Meinungsbild: überw. positiv

Sonstiges

- Termine
    - OWLMV (Mitgliederversammlung der Piraten im Regierungsbezirk Detmold) 2013.2
        - Sonntag, **6.10.2013 um 13Uhr**, im Brückenhaus Löhne, Schützenstraße 17, 32584 Löhne. Vorläufige TO: http://piratenpad.de/p/OWLMV132
    - Am nächsten Montag, **07.10.2013**, 19.00 Uhr, wird es in der VHS eine Lesung des Buches „Mutterkorn“ geben. Info: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/02/23/mutterkorn-aus-dem-leben-eines-jungen-punks-und-seines-alltags-in-bayern_11590 . Anschließend gibt es eine Diskussion. Der Eintritt ist frei.
    - **Mittwoch, 16.10.2013**. Besuch des Landtages NRW. Teilnahme kostenlos https://blog.piratenpartei-nrw.de/lippe/2013/09/besuch-im-landtag-am-16-10-2013/
    - Samstag/Sonntag, **19./20.10.**: Landesparteitag NRW 2013.2 in Bottrop http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Landesparteitag_2013.2

- Die Termine wurden verlesen. Ohne Kommentar und Diskussion.

Schließung des Stammtisches um 21:35 Uhr

Nächster Stammtisch

- Nächster Termin 17. Oktober 2013, 20 Uhr, Tangente
- Zuständiger für den nächsten Stammtisch (Anwesenheit ab 19.30 Uhr): niemand
- Akkreditierungspirat für die nächste Mitgliederversammlung: Ralf oder Lars

Protokoll erstellt von Bernd Scholand 21:50, 4. Okt. 2013 (CEST)

Kategorie:

- Tagesordnung zum Stammtisch Bielefeld

Beleg 013

Auszug eines kleinen Teils der Kommunikation per Mail zwischen Bürgernähe und Piraten. Diverse Teile aus Datenschutzgründen geschwärzt.

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

[redacted]	Re: FW: PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	BI AK ...	02.07.2012
[redacted]	Re: FW: PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	BI AK ...	02.07.2012
[redacted]	FW: PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	Gesen...	02.07.2012
[redacted]	FW: SteA und Rat: Verkauf des Ankerkomplexes	Gesen...	02.07.2012
[redacted]	SteA und Rat: Verkauf des Ankerkomplexes	BI AK ...	01.07.2012
[redacted]	PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	BI AK ...	01.07.2012
[redacted]	FW: Einladung zur Radttour / Nahtour am 30. Juni 2012	Gesen...	26.06.2012
[redacted]	FW: Pressemitteilung	Gesen...	25.06.2012
[redacted]	Pressemitteilung	BI AK ...	25.06.2012
[redacted] OLIT...	WG: Pressemitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung	BI AK ...	25.06.2012
[redacted]	RE: Einladung zur Radttour / Nahtour am 30. Juni 2012	Gesen...	25.06.2012
[redacted]	Einladung zur Radttour / Nahtour am 30. Juni 2012	BI AK ...	20.06.2012
[redacted]	Masterplan BI- Innenstadt	BI AK ...	03.06.2012
[redacted]	2. von 4 Mails FW: Kesselbrink Wochenmarkt	Gesen...	23.05.2012
[redacted]	Fw: Kesselbrink Wochenmarkt	BI AK ...	23.05.2012
[redacted]	AW: Ihr Vortrag in Bielefeld bei der Veranstaltung "Wir müssen reden"	BI AK ...	21.03.2012
[redacted]	Fw: STEA Beschlussvorlage Masterplan	BI AK ...	19.03.2012
[redacted]	AW: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	06.03.2012
[redacted]	Re: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	06.03.2012
[redacted]	Re: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	06.03.2012
[redacted]	Re: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	05.03.2012
[redacted]	Re: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	05.03.2012
[redacted]	Re: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	05.03.2012
[redacted]	Re: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	05.03.2012
[redacted]	Re: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	05.03.2012
[redacted]	Aw: Piratige Presseerklärung zu eurem Antrag	Piraten	05.03.2012
[redacted]	Piratige Grüße an die Bürgernähe	Gesen...	17.02.2012

Gehe zu

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

[redacted]	RE: Pressemitteilung der Piratenpartei Bielefeld	Gesen...	26.06.2013
[redacted]	Pressemitteilung der Piratenpartei Bielefeld	Piraten	26.06.2013
[redacted]	PM Postkartenaktion	Gesen...	26.06.2013
[redacted]	PM zur Postkartenaktion	Gesen...	04.06.2013
[redacted]	Re: Bebauungsplan Wilhelmstraße	Piraten	31.05.2013
[redacted]	Vortrag NKF	Gesen...	11.01.2013
[redacted]	Einladung	Gesen...	10.11.2012
[redacted]	Re: FW: PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	BI AK ...	02.07.2012
[redacted]	Re: FW: PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	BI AK ...	02.07.2012
[redacted]	Re: FW: PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	BI AK ...	02.07.2012
[redacted]	FW: PE: Verkauf des Anker-Komplexes: Gute soziale Durchmischung fördern	Gesen...	02.07.2012
[redacted]	FW: SteA und Rat: Verkauf des Ankerkomplexes	Gesen...	02.07.2012

[redacted]	Petitionsausschuß	Gesen...	14.08.2013
[redacted]	Petitionen	Entwür...	02.08.2013
[redacted]	RE: Presseverteiler gefunden	Gesen...	26.07.2013
[redacted]	Re: Presseverteiler gefunden	Piraten	26.07.2013
[redacted]	RE: Presseverteiler gefunden	Gesen...	26.07.2013
[redacted]	Re: Presseverteiler gefunden	Piraten	26.07.2013
[redacted]	RE: Presseverteiler gefunden	Gesen...	26.07.2013
[redacted]	AW: Freies WLAN	Piraten	06.07.2013
[redacted]	Freies WLAN	Gesen...	04.07.2013
[redacted]	Pressemitteilung zum Stadtbahnausbau	Gesen...	26.06.2013
[redacted]	Re: Pressemitteilung der Piratenpartei Bielefeld	Piraten	26.06.2013
[redacted]	RE: Pressemitteilung der Piratenpartei Bielefeld	Gesen...	26.06.2013
[redacted]	Re: Pressemitteilung der Piratenpartei Bielefeld	Piraten	26.06.2013
[redacted]	RE: Pressemitteilung der Piratenpartei Bielefeld	Gesen...	26.06.2013

Gehe zu

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

[redacted]	RE: [Crew-BI] Oberbürgermeisterkandidat/in - Eure Meinung	Gesen...	02.11.2013
[redacted]	RE: [Crew-BI] Oberbürgermeisterkandidat/in - Eure Meinung	Gesen...	30.10.2013
[redacted]	Re: [Crew-BI] Protokoll Hauptausschuss wg. WLAN	Piraten	04.10.2013
[redacted]	[Crew-BI] Protokoll Hauptausschuss wg. WLAN	Piraten	04.10.2013
[redacted]	Protokoll Hauptausschuss wg. WLAN	Gesen...	04.10.2013
[redacted]	[Crew-BI] Protokoll Hauptausschus wg. WLAN	Piraten	04.10.2013
[redacted]	Protokoll Hauptausschus wg. WLAN	Gesen...	04.10.2013
[redacted]	[Transparenz] Bericht von 2 Terminen gestern	Gesen...	01.10.2013
[redacted]	Unser WLAN Antrag im Hauptausschuss	Gesen...	20.09.2013
[redacted]	RE: wb-bericht zur kenntnisnahme!!	Gesen...	16.09.2013
[redacted]	AW: WG: BÜRGERNÄHE: Freies W-LAN für den Kesselbrink / Beschluss auf der B...	Piraten	12.09.2013
[redacted]	RE: WG: BÜRGERNÄHE: Freies W-LAN für den Kesselbrink / Beschluss auf der BN...	Gesen...	11.09.2013
[redacted]	WG: BÜRGERNÄHE: Freies W-LAN für den Kesselbrink / Beschluss auf der BN-Di...	Piraten	11.09.2013

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

[redacted]	Blogpost zu Pit Clausen	Gesen...	25.04.2014
[redacted]	Mittwoch: Vortrag von Anke-Domscheit-Berg	Gesen...	07.04.2014
[redacted]	Re: FW: 00-Informationsvorlage.doc	Komm...	20.03.2014
[redacted]	AW: 00-Informationsvorlage.doc	Komm...	18.03.2014
[redacted]	RE: 00-Informationsvorlage.doc	Gesen...	17.03.2014
[redacted]	FW: 00-Informationsvorlage.doc	Gesen...	17.03.2014
[redacted]	00-Informationsvorlage.doc	Komm...	17.03.2014
[redacted]	Re: Stadtbahnabstimmung: Hier fehlt es an Transparenz und Beteiligung	Komm...	29.01.2014
[redacted]	RE: [Crew-BI] Oberbürgermeisterkandidat/in - Eure Meinung	Gesen...	02.11.2013

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

Treffen Bürgernähe-Piraten Di, 12.08.	Gesen...	07.08.2014
FW: [AK-Kommunalpolitik] Fwd: [Meinerzhagen] Stadtrat Meinerzhagen / Fraktio...	Gesen...	11.07.2014
Re: WG: Ausschussbesetzungen / Gruppen im Rat	Gesen...	08.07.2014
Fwd: WG: Ausschussbesetzungen / Gruppen im Rat	Gesen...	08.07.2014
WG: M. Gugat - Diverse Fragen	AAA R...	07.07.2014
WG: M. Gugat - Diverse Fragen	AAA R...	04.07.2014
WG: Ankündigung eines vom MSW moderierten Gesprächs zum Thema PRIMUS ...	AAA R... !	02.07.2014
FW: [NRW Info] Pressemitteilung der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen: Merkwü...	Gesen...	24.06.2014
RE: Ratssitzung Grohnde	Gesen...	22.06.2014
RE: Aw: Termin Bürgernähe-Piraten	Gesen...	22.06.2014
RE: Aw: Termin Bürgernähe-Piraten	Gesen...	22.06.2014
Termin Bürgernähe-Piraten	Gesen...	18.06.2014
RE: Aw: Bürgernähe/Piraten - Gruppenbildung	Gesen...	16.06.2014
FW: Aw: Bürgernähe/Piraten - Gruppenbildung	Gesen...	16.06.2014
Aw: Bürgernähe/Piraten - Gruppenbildung	AAA R...	16.06.2014
Re: Bürgernähe/Piraten - Gruppenbildung	AAA R...	10.06.2014
FW: Bürgernähe/Piraten - Gruppenbildung	Gesen...	10.06.2014
Bürgernähe/Piraten - Gruppenbildung	Gesen...	10.06.2014
Unsere Gruppengründung	Gesen...	29.05.2014
Re: Heute: Treffen mit der Bürgernähe	Komm...	12.05.2014
RE: Heute: Treffen mit der Bürgernähe	Gesen...	12.05.2014
Re: Heute: Treffen mit der Bürgernähe	Komm...	12.05.2014
RE: Heute: Treffen mit der Bürgernähe	Gesen...	12.05.2014
Re: Heute: Treffen mit der Bürgernähe	Piraten	12.05.2014
Heute: Treffen mit der Bürgernähe	Gesen...	12.05.2014
RE: Aw: Video von euch	Gesen...	27.04.2014
RE: AW: Video von euch	Gesen...	27.04.2014
Video von euch	Gesen...	27.04.2014
Informelles Treffen Bürgernähe - Piratenpartei	Gesen...	26.04.2014

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

Vorschlag für gemeinsame Anfrage als Anlage	AAA R...	19.08.2014
Bilder Hillegossen Bahnhof	AAA R...	17.08.2014
RE: Aw: Re: AW: Treffen Bürgernähe-Piraten Di, 12.08.	Gesen...	13.08.2014
Re: AW: Treffen Bürgernähe-Piraten Di, 12.08.	Gesen...	12.08.2014
Re: Aw: RE: AW: Treffen Bürgernähe-Piraten Di, 12.08.	Gesen...	08.08.2014
RE: AW: Treffen Bürgernähe-Piraten Di, 12.08.	Gesen...	07.08.2014
Di, 12.08.	Gesen...	07.08.2014

Diese Nachricht als ungelesen markieren

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

[redacted]	[redacted]	[redacted]
Aw: AW: AW: Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Postei...	28.08.2014
AW: AW: Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Postei...	28.08.2014
RE: AW: Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Gesen...	28.08.2014
AW: Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Postei...	28.08.2014
Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Gesen...	27.08.2014
RE: Aw: RE: AW: Wettbürosteuer	Gesen...	24.08.2014
Aw: RE: AW: Wettbürosteuer	AAA R...	24.08.2014
Aw: RE: Entwurf: PE zur Auflösung des Bielefelder Amtes für Integration	AAA R...	24.08.2014
RE: AW: Wettbürosteuer	Gesen...	24.08.2014
AW: Wettbürosteuer	AAA R...	24.08.2014
Wettbürosteuer	Gesen...	23.08.2014
Re: Hillegossen wieder an das Schienennetz anschließen	AAA R...	23.08.2014
Weiterl.: Antw.: Entwurf: PE zur Auflösung des Bielefelder Amtes für Integration	AAA R...	23.08.2014
RE: Entwurf: PE zur Auflösung des Bielefelder Amtes für Integration	Gesen...	23.08.2014
Entwurf: PE zur Auflösung des Bielefelder Amtes für Integration	AAA R...	23.08.2014
Leserbrief	AAA R...	21.08.2014
[redacted]	AAA R...	21.08.2014
[redacted]	AAA R...	21.08.2014
[redacted]	AAA R...	21.08.2014
Aw: RE: Vorschlag für gemeinsame Anfrage als Anlage	AAA R...	20.08.2014
Ticket-Teilen	Gesen...	20.08.2014
RE: Vorschlag für gemeinsame Anfrage als Anlage	Gesen...	19.08.2014
FW: Leserbrief	Gesen...	19.08.2014
[AK Kommunalpolitik BI] FW: Vorschlag für gemeinsame Anfrage als Anlage	AAA R...	19.08.2014
FW: Vorschlag für gemeinsame Anfrage als Anlage	Gesen...	19.08.2014
Hillegossen wieder an das Schienennetz anschließen	AAA R...	19.08.2014
Vorschlag für gemeinsame Anfrage als Anlage	AAA R...	19.08.2014
Bilder Hillegossen Bahnhof	AAA R...	17.08.2014
RE: Aw: Re: AW: Treffen Bürgernähe-Piraten Di. 12.08.	Gesen...	13.08.2014

Filtern nach: Ordner Kategorie Anlagen Datum

[redacted]	[redacted]	[redacted]
RE: AW: Seeräuber/ BN	Gesen...	05.09.2014
AW: Seeräuber/ BN	Postei...	05.09.2014
RE: Aw: Blogbeitrag und diverse Fragen	Gesen...	05.09.2014
Aw: Blogbeitrag und diverse Fragen	Postei...	05.09.2014
Aw: Blogbeitrag und diverse Fragen	Postei...	05.09.2014
Blogbeitrag und diverse Fragen	Gesen...	05.09.2014
Aw: AW: AW: Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Postei...	28.08.2014
AW: AW: Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Postei...	28.08.2014
RE: AW: Ergänzender Brief zur Gruppenbildung	Gesen...	28.08.2014

Beleg 014: Kalender

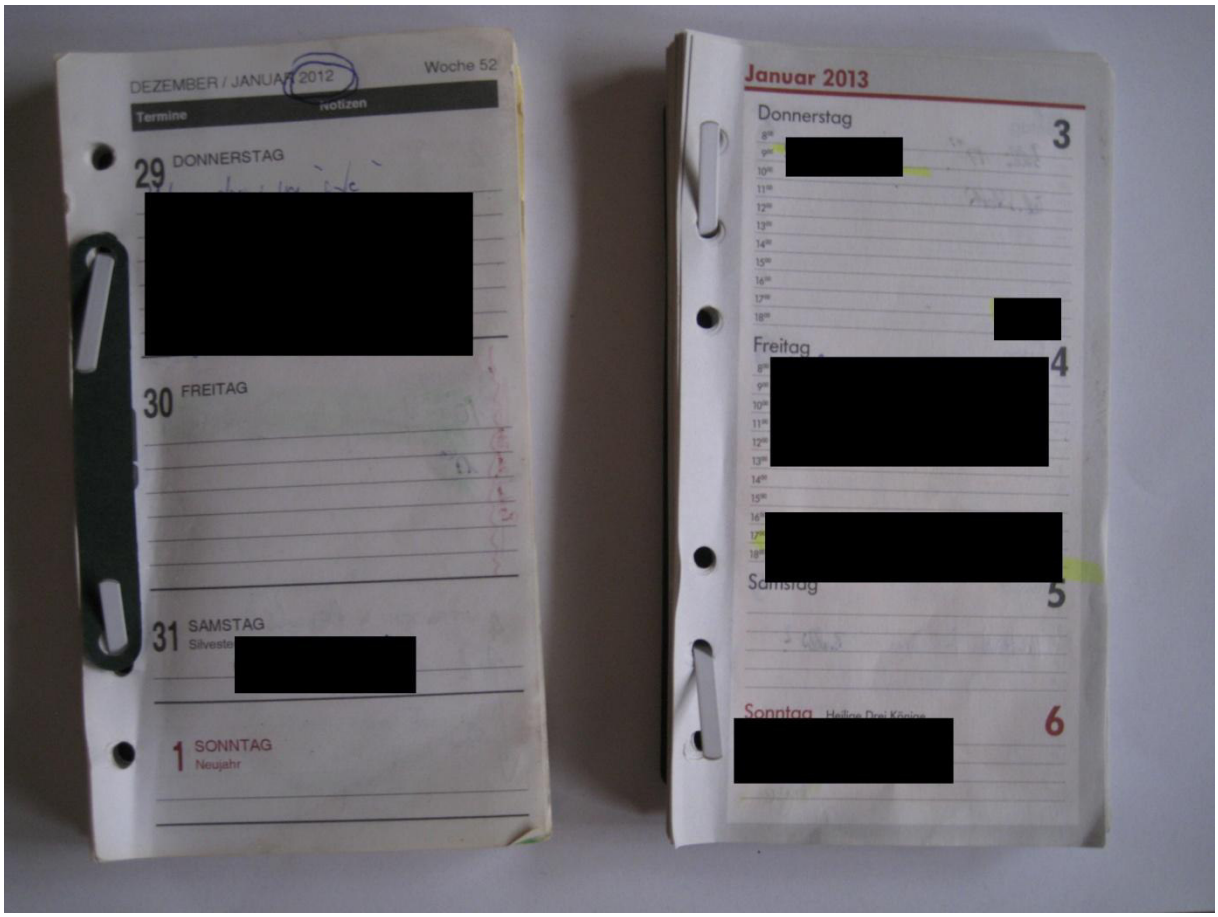
Foto von einem Teil der vorhandenen physischen Kalender. Screenshot von einem Teil der Online Kalender. Teilweise aus Datenschutzgründen geschwärzt.

Datei Bearbeiten Ansicht Chronik Lesezeichen Extras Hilfe

[redacted]

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
18	19 1 mehr	20	21 1 mehr	22	23	24
[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	[redacted]	
25	26	27	28	29	30 3 mehr	31
[redacted] Treffen Bürgernähe 20:00	[redacted]	[redacted]	Bezirksvertretung ... 17:00 Treffen Bürgernähe 19:00	[redacted] Christian Bahnhof 19:00	[redacted]	[redacted]
01	02 2 mehr	03	04 1 mehr	05 1 mehr	06	07
[redacted] Treffen [redacted] Bürger... 20:00	[redacted]	[redacted] Gruppenbildung 20:00	Lars Protokollüberg... 12:00 Treffen mit Christian 15:00 OB Clausen Termin... 15:30	[redacted]	[redacted]	[redacted]
08	09	10	11	12	13	14
[redacted] Gruppensitzung 17:00				[redacted]		
15	16	[redacted]	18	19	20	21

[redacted]


DEZEMBER / JANUAR 2012
Woche 52
Termine
Notizen
29 DONNERSTAG
30 FREITAG
31 SAMSTAG
1 SONNTAG
Neujahr
Januar 2013
Donnerstag
3
Freitag
4
Samstag
5
Sonntag
6

Beleg 015

Kommunales Wahlprogramm 2014 der Piratenpartei Bielefeld

Kommunales Wahlprogramm der Piratenpartei Bielefeld

Stand: 25.04.2014

KAPITEL 1

Vorwort

Michael Gugat, Ralf Neumann, Rüdiger Linde, Lars Büsing, Katja Stüttner

Wir haben nicht auf jede Frage eine Antwort. Wir wissen weder genau, wie man in den nächsten Jahren den Haushalt der Stadt saniert, noch was man genau unternehmen müsste, um mehr Wirtschaft anzusiedeln und auch nicht, ob das dann auch wirklich der richtige Weg für unsere Stadt ist. Wir sind nicht die mit den einfachen Lösungen, denn seien wir mal ehrlich: Einfache Lösungen für komplexe Probleme gibt es meistens nicht. Aber eines wissen wir genau: So wie jetzt kann es in unserer Stadt nicht weitergehen.

• Wir versprechen, dass wir keine Personen in den Stadtrat schicken, die nur an weiteren Jobs in der Verwaltung oder in den städtischen Betrieben interessiert sind.

• Wir versprechen, dass wir uns dafür einsetzen, die Verflechtungen und Seilschaften in unserer Stadt an die Öffentlichkeit zu bringen.

• Wir versprechen, uns dafür einzusetzen, dass die Stadt Bielefeld transparenter für ihre Bewohner wird und nicht die Bewohner transparenter für die Stadt

• Wir versprechen, uns dafür einzusetzen, dass die Bewohner mehr Mitbestimmungsrechte an den Entscheidungen in unserer Stadt bekommen.

• Wir versprechen, uns dafür einzusetzen, dass wir eine Stadt bekommen, in der man gerne lebt, weil sie sich auf die Zukunft vorbereitet und nicht nur kurzfristige Schadensbegrenzung betreibt.

Wir bitten um Deine Stimme, damit wir zeigen können, dass wir diese Versprechen ernst meinen.

Wir sind realistisch genug zu wissen, dass wir keine Mehrheit im Rat erhalten werden.

Aber wir glauben, dass es Zeit wird, Politik mit den Bielefeldern für die Bielefelder zu machen und wir würden gerne gemeinsam mit Dir damit anfangen. Mit diesem umfangreichen Wahlprogramm 2014 bitten wir Dich um Deine Stimme bei der Kommunalwahl. Bei den folgenden Wahlen kannst Du uns dann an unseren Versprechen messen.

Und bis dahin machen wir nichts kaputt – versprochen.

PIRATEN WÄHLEN

KAPITEL 3

Demokratie, Transparenz und Inneres

Open Data in Bielefeld

Die Umsetzung von OpenData und OpenAccess muss durch die Stadt zügig vorangetrieben werden – diese soll sämtliche mit Steuergeldern finanzierte Daten maschinenlesbar über das Internet anbieten. Ausgenommen sind Daten, welche die Persönlichkeitsrechte Einzelner betreffen. Ebenso müssen Forschungsergebnisse, die vollständig oder teilweise durch Steuergelder finanziert wurden, nach einem festgelegten Zeitraum frei verfügbar gemacht werden.

Die betreffenden Daten müssen dabei

- in einem freien und maschinenlesbaren Format vorliegen,
- ohne Einschränkung wie einer finanziellen Gegenleistung oder einer vorhergehenden Registrierung erhältlich sein
- und unter einer freien Lizenz, die eine Weiterverarbeitung und Weiterverbreitung gestattet, veröffentlicht werden.

Streaming der Ratssitzungen

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, die Sitzungen des Stadtrats sowie mindestens des Haupt- und Beteiligungsausschusses der Stadt Bielefeld als Live-Stream und als OnDemand-Video für die Bürger zur Verfügung zu stellen. Die Beteiligung der Bürger an der politischen Arbeit der Abgeordneten und der Ratsmitglieder beginnt mit der Information über die Tätigkeiten als Volksvertreter. Jedem sollte es möglich sein, unabhängig von Ort und Zeit, politische Entschlüsse und Ent-

scheidungen in Bielefeld nachvollziehen zu können. Audio- und Videostreams schaffen die dafür erforderliche Transparenz und Offenheit.

Im Sinne von Demokratie und Bürgerbeteiligung sollte die Stadt Bielefeld auch in der Informationspolitik auf der Höhe der Zeit sein. Auf diese Weise wollen wir das Interesse der Bielefelder Bürger an der Politik fördern und begleiten, und die Basis unserer Demokratie stärken. Die Protokolle und Tischvorlagen sind zusammen mit den Aufzeichnungen zeitnah nach oder bereits während der Sitzung zu veröffentlichen. Der Datenschutz von Besuchern der Sitzung kann durch einfache Maßnahmen gewahrt werden.

Politische Teilhabe

Die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, sich an den Sitzungen Ihres Stadtrates, in den Ausschüssen, Bezirksvertretungen und Arbeitskreisen aktiv zu beteiligen (z.B. durch Fragestunden zu Beginn). Die betreffenden Geschäftsordnungen müssen entsprechend angepasst werden. Als moderne Mitwirkungsmöglichkeit sollen die Einwohner über das Internet die Gelegenheit bekommen, sich über kommunale Angelegenheiten einfach zu informieren und sich durch Fragen und Anmerkungen einbringen zu können.

Frühe Bürgerbeteiligung

Wir fordern seitens der Verwaltungen die aktive Bürgereinbindung bereits vor dem Beginn der Planungen, damit Vorschläge der Einwohner noch berücksichtigt werden können.

Besonders bei öffentlichen Bauvorhaben wird die breite Öffentlichkeit oft erst wenige Wochen vor Ablauf der Einspruchsfrist im Planfeststellungsverfahren mehr oder weniger umfassend informiert.

Du entscheidest mit – Bürgerbegehren erleichtern

Selbst bei umstrittenen Projekten wird die Möglichkeit von Bürgerbegehren und -entscheiden nur selten genutzt.

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich bei der Piratenfraktion im Landtag NRW dafür ein, die Hürden für Bürgerentscheide zu senken. Wir fordern, dass die Zuläs-

sigkeitsprüfung für das Bürgerbegehren durch den Rat vor dem Sammeln der Unterschriften erfolgt.

Auch der Stadtrat selbst soll bei wesentlichen Projekten zum Mittel des Ratsbegehrens greifen. Nach Offenlegung aller vorhandenen Informationen sollen die Bürger damit aktiv und verbindlich mitbestimmen.

Jugendparlament/Jugendrat/Jugendbeirat

Die Piratenpartei Bielefeld sieht große Potentiale in kommunalen Jugendparlamenten: Sie können helfen, bereits bei Jugendlichen ein Verständnis von Demokratie zu fördern. Daher fordern wir die Schaffung eines Jugendparlaments, welches die Interessen der Kinder und Jugendlichen repräsentiert und über bestehende Probleme und aktuelle politische Themen beraten soll. Vertreter der Jugendparlamente sollen ein Teilnahme- und Rederecht an allen Ratssitzungen, Ausschusssitzungen und Arbeitskreissitzungen erhalten

Kommunales Wahlrecht für Bürger aus Nicht-EU-Staaten

Die Piratenpartei Bielefeld engagiert sich für ein kommunales Wahlrecht, für alle ausländischen Staatsbürger, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir streben gemeinsam mit der Piratenfraktion im Landtag NRW an, dass sich das Bundesland NRW im Bundesrat um eine dahingehende Änderung des Grundgesetzes bemüht.

Liquid Bielefeld

Die PIRATEN Bielefeld setzen sich für die Förderung von Liquid Democracy ein und wollen durch die Einführung eines Beteiligungssystems nach dem Vorbild von LiquidFriesland den Bielefelder Bürgern die Möglichkeit eröffnen, Anträge an den Stadtrat zu stellen sowie bei Entscheidungen Ihr Votum abzugeben.

Transparenz – Die Basis für Mitbestimmung

Die Bielefelder Piratenpartei strebt die zeitnahe, vollständige und für alle Bürger leicht zugängliche Veröffentlichung von Informationen an, die zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung förderlich sind. Mit den Informationen über

anstehende Entscheidungen müssen sich die Bürger ein eigenes Bild über die jeweilige Sachlage machen können. Der Datenschutz betroffener Dritter ist hierbei zwingend zu beachten. Zudem müssen die Wege der Entscheidungsfindung klar kommuniziert werden. Der Status von Anfragen und Anträgen soll jederzeit öffentlich ersichtlich sein.

Offene Verwaltung

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass alle Einwohner das Recht auf Einsicht in die Verwaltungsvorgänge und getroffenen Entscheidungen des Rates erhalten. Diese dürfen auch nicht hinter vorgeblichen Geschäftsgeheimnissen verborgen werden – was Rat und Verwaltung tun, geht alle Bürger an. Wir fordern den barrierefreien Zugang, auch in maschinenlesbarer Form. Die Kommunen sollen selbst aktiv eine Kultur der offenen Verwaltung vorleben.

Nichtöffentliche Sitzungen minimieren

Die Piratenpartei Bielefeld sieht die Notwendigkeit, auch nichtöffentliche Sitzungen abzuhalten. Allerdings ist der Ausschluss der Öffentlichkeit jeweils nachvollziehbar zu begründen und auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren.

Nichtöffentliche Sitzungsteile sind zudem ausschließlich an das Ende einer Sitzung zu legen. Darüberhinaus fordern wir, dass jeweils geprüft wird, ob eine nachträgliche Offenlegung der Ratssitzungen möglich ist.

Parlameter – Transparenz im Stadtrat

Wir setzen uns dafür ein, dass das Abstimmungsverhalten Ratsmitglieder bei namentlichen Abstimmungen zentral veröffentlicht wird. Die Bürger können so feststellen, wie einzelne Politiker in der Vergangenheit entschieden haben. Der Entscheidungsprozess für Wähler wird dadurch massiv vereinfacht und transparenter gestaltet.

Zugang zum Rathaus und Bürgerbüros

Die Öffnungszeiten der Rathäuser und Bürgerbüros sollen besser an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst werden

Dokumente der Stadt Bielefeld

Formulare für Anträge müssen auch außerhalb der Öffnungszeiten, maschinenlesbar und barrierefrei verfügbar sein, damit sie auch postalisch oder online eingereicht werden können. Verordnungen der Stadt sollten ebenfalls auf diesem Weg zur Verfügung gestellt werden.

Einsatz von freier Software und offenen Datenformaten

Wir fordern die konsequente Nutzung von freier Software in der Verwaltung. Die Nutzung solcher Programme reduziert die Anschaffungs- und Betriebskosten. OpenSource-Software ist durch ihre Quellcodeoffenlegung völlig transparent. Sicherheitsrisiken können dadurch stark vermindert werden. Auch eine Anpassung an eigene Bedürfnisse ist möglich. Durch die freie Verfügbarkeit können diese Anpassungen auch von anderen Kommunen ohne Lizenzkosten genutzt werden, was zu weiteren Einsparungen führt.

Meldedaten nur nach Zustimmung herausgeben

Einwohnermeldeämter können Daten an verschiedenste Einrichtungen gegen Geld weitergeben. Wir fordern, dass die Kommune dies freiwillig unterlässt. Bis zu einer Änderung des Meldegesetzes sollte die Kommune die Einwohner mittels eines Opt-Out-Verfahrens aktiv auf die Möglichkeit des Widerspruchs hinweisen.

Stärkung der örtlichen Verwaltung

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich dafür ein, dass die lokalen Bürgerberatungen beibehalten werden. Eine Schließung wäre ein hoher Qualitätsverlust für die Menschen vor Ort, insbesondere für die, die auf eine lokale Verwaltung angewiesen sind. Sollte es aus Kostengründen nicht möglich sein, die Bürgerberatungen zu erhalten, sollen alternativ “rollende Verwaltungsbüros” eingerichtet werden.

Überwachungsschutz in der öffentlichen Verwaltung

Der NSA-Skandal, aufgedeckt durch Edward Snowden, nimmt tagtäglich immer größere Ausmaße an. Dadurch lässt sich nicht ausschließen, dass auch die öffentliche Verwaltung der Stadt betroffen ist. Wir setzen uns dafür ein, dass dort wo möglich, Verschlüsselungsmaßnahmen überprüft und umgesetzt werden, um die

Datensicherheit zu erhöhen. Außerdem soll die Verwaltung auf mögliche Datenlecks untersucht und diese sehr kurzfristig behoben werden.

Kein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen

Wir setzen uns für Versammlungsfreiheit und eine vielfältige und freie Nutzung des öffentlichen Raums ein. Wir lehnen Regelungen ab, die diese unnötig einschränken. Aus diesem Grund stellen wir uns gegen Verbote die, ohne konkrete Gefährdung, den Konsum von alkoholischen Getränken auf öffentlichen Plätzen untersagen. Statt Bevormundung fordern wir bereits im Vorfeld eine verantwortungsbewusste Aufklärungsarbeit zu leisten.

Kameraüberwachung im öffentlichen Raum minimieren

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass Kameraüberwachung im öffentlichen Raum nur in dringenden Fällen und zeitbegrenzt eingesetzt werden darf. Dies ist dann der Fall wenn im Überwachungsbereich bereits mehrfach schwerwiegende Straftaten verzeichnet wurden. Dabei darf dann auch nur ein enger Bereich überwacht werden. Diese Aufnahmen dürfen nur mit richterlichem Beschluss ausgewertet werden. Andernfalls müssen diese Daten nach spätestens 72 Stunden gelöscht werden.

Kommunikation der Notfallpläne

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass alle Notfallpläne und Katastrophenschutzpläne barrierefrei und maschinenlesbar der Öffentlichkeit regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Bei der Neuplanung und Überarbeitung der Pläne sollen die Einwohner mit einbezogen werden.

Sicherheit und Ordnung

Wir fordern, dass die streifendienstlichen Tätigkeiten der Polizei auch weiterhin durch diese erfolgen. Den Einsatz von privaten Hilfskräften lehnen wir ab. Maßnahmen des Ordnungsamtes sollen nicht durch private Unternehmen durchgeführt werden. Öffentliche Räume, die privaten Unternehmen (z.B. Deutsche Bahn AG) gehören, können selbstverständlich auch weiterhin von privaten Sicherheitsunternehmen geschützt werden.

Kennzeichnungspflicht der Polizei

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass Polizisten, die in Bielefeld eingesetzt werden, zu jeder Zeit durch Kennzeichnungen, eindeutig identifiziert werden können.

Mittel für Rettungsdienste

Die Rettungsdienste innerhalb der Stadt Bielefeld sind seit Jahren unterfinanziert. Eine Arbeit mit neuen technischen Gerätschaften, die Sicherheit sowohl für Einsatzkräfte als auch für alle Beteiligten verbessern würde, bleiben den Rettungskräften somit oftmals verwehrt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Stadt ihre Mittel für Rettungskräfte erhöht. Desweiteren setzen wir uns dafür ein, dass die Einwohner Bielefelds stärker in Erste-Hilfe-Maßnahmen und Brandschutz ausgebildet werden.

Keine Diskriminierung

Wir wenden uns entschieden gegen die Diskriminierung sogenannter sozialer Randgruppen. Wir sehen alle Menschen als gleichberechtigte Bürger unserer Stadt an, die Anspruch darauf haben, im öffentlichen Raum aufzutreten und sich wie alle Bürger frei zu entfalten. Wir setzen uns für niederschwellige Angebote ein, um alle Menschen dabei zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben gemäß ihrer eigenen Vorstellungen zu führen.

PIRATEN WÄHLEN

Wirtschaft und Finanzen

Strukturpolitik

Die Bielefelder Piraten setzen sich für eine nachhaltige Stärkung der Stadt Bielefeld als dynamischen Wirtschaftsstandort ein. Neben herkömmlichen Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung, wie der Ausweisung attraktiver Ansiedlungsgebiete zur Förderung von Unternehmensinvestitionen, muss sich die Strukturpolitik der Stadt Bielefeld neuen Wegen öffnen. Dazu gehören die ortsunabhängige Arbeit, dezentrale Produktion und der freie Austausch von Wissen. Die Piratenpartei Bielefeld lehnt direkte Subventionen in Form von Zahlungen oder Vergünstigungen an Unternehmen und Wirtschaftende ab, die keinen Verpflichtungscharakter in Form einer Gegenleistung entstehen lassen.

Haushaltspolitik

Die desolate Haushaltslage der Stadt Bielefeld erfordert es, dass alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Bei den notwendigen Einsparungen muss jedoch in jedem Fall auf soziale Verträglichkeit geachtet werden. Kürzungen auf Kosten von Familien, Kindern oder sozial benachteiligten Bürgern zur Erreichung kurzfristiger Haushaltsziele sind nicht nur ungerecht, sondern langfristig auch kontraproduktiv und kostspielig. Um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Haushaltsplanung mitzuwirken und die Verwendung öffentlicher Gelder zu beeinflussen, setzen wir uns für die Einführung eines Bürgerhaushaltes in der Stadt Bielefeld ein.

Transparenz in der Haushaltspolitik

Der Haushaltsplan der Stadt Bielefeld soll – umfassend und in Bezug auf die jeweiligen Fachbereiche – in verständlicher Sprache und visuell aufbereitet den Bürgern regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Die Bürger sollen sich jederzeit über die Einnahmen- und Ausgabensituation, Investitionen sowie die Anzahl der Mitarbeiter der Stadt und städtischen Unternehmen sowie aller sonstigen städtischen Beteiligungsgesellschaften inklusive sämtlicher Tochtergesellschaften informieren können.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert zudem die Umsetzung des Open Data Prinzips auch in Bezug auf die Veröffentlichung des Haushaltsplans der Stadt Bielefeld. Die Haushaltsdaten sollen demnach aufgeschlüsselt auch in digitaler Form vorliegen, so dass diese durch eine offene Schnittstelle maschinenlesbar abrufbar sind.

Der aktuelle Schuldenstand soll regelmäßig auf der Internetseite der Stadt Bielefeld bekannt gegeben werden.

Transparenz in der Wirtschaftspolitik

Eine Einsichtnahme in Verträge der öffentlichen Hand ist aus Sicht der Piratenpartei ein grundsätzliches Recht des Bürgers. Die Verwendung der Haushaltsgelder muss für jeden nachvollziehbar und überprüfbar sein. Ausschreibungskriterien sind – insbesondere auch im Internet – zu veröffentlichen, so dass der Bürger den Entscheidungsprozess begleiten kann. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Angebote nach Schließung der Angebotsphase wäre wünschenswert. Die öffentliche Auftragsvergabe und durch Steuermittel geförderte Projekte und Organisationen sind in einer zentralen Datenbank zu speichern und auf einem Online-Portal zu veröffentlichen.

Bürgerbeteiligung

Die Piratenpartei setzt sich für Bürgerentscheide ein. Vor allem bei Investitionen, welche die Stadt mit einem erheblichen finanziellem Risiko belasten oder sie maßgeblich beeinflussen in Bezug auf ihre ökologischen und infrastrukturellen Ressourcen. Diese Investitionen brauchen nach Meinung der Piratenpartei Biele-

feld eine direkte Legitimation durch die betroffenen Bürger. Auch bei Entscheidungen zu Einsparungen und Kürzungen sollten die Bürger von Anfang an stärker beteiligt werden.

Fokus auf Zukunftstechnologien und Bildung

Wirtschaftlicher Erfolg in der Informationsgesellschaft ist zunehmend von Wissen und Informationen sowie deren Erschließung abhängig. Daher fordert die Piratenpartei Bielefeld eine Strukturpolitik, die zukunftsträchtige Technologieunternehmen fördert und einen finanziell entsprechend ausgestatteten Bildungsbereich als integralen Bestandteil kommunaler Wirtschaftsförderung begreift.

Förderung von Selbständigkeit

Selbständiges Unternehmertum ist eine wichtige Voraussetzung für eine kreative und eigenverantwortlich handelnde Gesellschaft. Wir sehen auch in kleinen, noch nicht etablierten Unternehmen Treiber von Innovation und qualitativem Wachstum. Der Weg in die Selbstständigkeit muss soweit wie möglich frei von bürokratischen und finanziellen Hürden sein. Menschen, die diesen Weg für sich wählen, müssen von der Stadt informiert, unterstützt und gefördert werden.

Öffentlich-private Partnerschaften ablehnen

Die Bielefelder Piratenpartei lehnt öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) ab, da sich herausgestellt hat, dass diese den Kommunen mehr Nachteile als Vorteile bringen. Stattdessen fordern wir, dass wenn es zu entsprechenden Kooperationen zwischen der Stadt und privaten Unternehmen kommt, die entsprechenden Verträge veröffentlicht werden müssen und erkennbar ist, dass sich für die Stadt langfristige Vorteile ergeben.

Regionalwirtschaft

Die Piratenpartei Bielefeld spricht sich für eine stärkere Unterstützung und Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, insbesondere im Lebensmittelbereich, aus.

Im produzierenden Gewerbe verkürzt die geographische Nähe zwischen Erzeuger, Händler und Konsument die Transportwege und kann so helfen, Kosten und Ressourcenverbrauch zu senken. Herkunft und Herstellung von Produkten werden

leichter nachvollziehbar, was mehr Transparenz für den Verbraucher und letztlich auch eine höhere Qualität der Produkte ermöglicht.

Regionale Wertschöpfungsketten stärken zudem die heimische Wirtschaft, insbesondere die kleinen und mittelständischen Betriebe vor Ort, sichern Arbeitsplätze und schaffen eine Kapitalbindung an die Region. Konkrete Maßnahmen zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und der regionalen Wertschöpfung können z.B. die vollständige Umstellung der Schulversorgung auf regionale Produkte und die Einführung eines regionalen Qualitätssiegels in Zusammenarbeit mit den beteiligten Verbänden und Betrieben sein.

Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten darf jedoch nicht zu einer dauerhaften Subventionierung einzelner Branchen oder Betriebe führen.

Absenkung der Gewerbesteuerhebesätze

Die Piratenpartei Bielefeld fordert die Stadt Bielefeld auf, den Gewerbesteuerhebesatz so schnell wie möglich auf das Niveau der benachbarten Kommunen zu senken.

Bielefeld hat sich in den letzten Jahren oft für eine Erhöhung des Hebesatzes entschieden. Diesen Erhöhungen folgten dann in unschöner Regelmäßigkeit sinkende Gewerbesteuereinnahmen. Auch die letzte Erhöhung zum 1. Januar 2013 war wieder mit sinkenden Einnahmen verbunden.

Die Verwaltung vergleicht den Hebesatz in Bielefeld immer wieder mit dem Hebesatz anderer Städte ähnlicher Größe in NRW. Dabei wird dann jedesmal ermittelt, dass der Bielefelder Hebelsatz doch nur durchschnittlich hoch wäre. Die Bielefelder Firmen vergleichen dagegen den Hebesatz in Bielefeld nicht mit dem Hebesatz in entfernten Städten im Ruhrgebiet, sondern mit dem Hebesatz in den Nachbargemeinden. Wenn man hier die Sätze vergleicht, liegt Bielefeld weit über allen Nachbarn.

Eine Anpassung des Hebesatzes an die Hebesätze der benachbarten Kommunen würde helfen Unternehmen in Bielefeld zu halten und Neugründungen be-

günstigen. Die derzeitige Vorgehensweise mit den laufenden Erhöhungen führt, wie bei den letzten Versuchen zu sehen war, nicht zu höheren Einnahmen

Reform der Gemeindefinanzierung

Die Stadt Bielefeld wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Reform der Gemeindefinanzierung einzusetzen. Die Haushaltsituation vieler Städte und Gemeinden in Deutschland und in NRW zeigt, dass die derzeitigen Regelungen zur Gemeindefinanzierung nicht geeignet sind, den Anstieg der Schulden zu stoppen. Bielefeld ist nur ein Beispiel unter vielen für die gerade in den letzten Jahren beschleunigte Aufzehrung kommunaler Rücklagen. Das Eigenkapital Bielefelds ist innerhalb weniger Jahre um fast 50% geschrumpft, und wird ohne grundlegende Änderungen in absehbarer Zeit auf Null sinken – bei Unternehmen ist dies im Allgemeinen mit einer Insolvenz gleich zu setzen.

Eine der Hauptfinanzierungsquellen der Städte und Gemeinden ist die Gewerbesteuer. Diese ist jedoch aufgrund ihrer Natur stark von der Konjunktur abhängig und führt in wirtschaftlich schwächeren Jahren regelmäßig zu einem Einbruch der Haushaltseinnahmen und einem Defizit im Haushalt. Eine verlässliche Planung ist auf dieser Basis nicht möglich.

Dem gegenüber stehen hohe Transferzahlungen von Bund und Ländern an die Städte und Gemeinden. Einen Großteil seiner Einnahmen erzielt die Stadt Bielefeld daher aus Steuereinnahmen, die ihm von Bund und Land zugewiesen werden, was wiederum zu starken Abhängigkeiten führt. Eine Selbstbestimmung der Kommunen ist vor diesem Hintergrund nur in sehr beschränktem Ausmaß möglich.

Um die Haushaltssituation der Kommunen nachhaltig zu verbessern und mittel- und langfristige Haushaltsplanungen zu ermöglichen, ist daher eine grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzierung, bei deren Ausarbeitung auch bestehende Dogmen der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen in Frage gestellt werden müssen, anzustreben.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Bielefelder Piratenpartei fordert die Überprüfung der Einführung eines kommunalen Bedingungslosen Grundeinkommens.

KAPITEL 5

Soziales, Bildung, Kultur, Religion, Sport, Kinder, Jugend, Geflüchtete, Drogen

Aussetzung der Hartz 4 Sanktionen

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass die Stadt Bielefeld die Mitarbeiter der Jobcenter anweist, keine Sanktionen gegen ALG II Empfänger mehr zu verhängen.

Kürzungen des Existenzminimums sind als Verstoß gegen die Menschenrechte zu werten und setzen Menschen, die sich bereits in einer Notsituation befinden, weiter unter Druck. Statt Unterstützung anzubieten und Hilfe zu leisten, werden die Jobcenter durch das Aussprechen von Sanktionen zu Wasserträgern einer menschenfeindlichen Ideologie. Um ihre Bürger vor den Auswirkungen einer fragwürdigen und das Grundgesetz ad absurdum führenden Gesetzgebung zu schützen, muss die Stadt die Anwendung der entsprechenden Gesetze verhindern. Dies erfordert Bereitschaft zu zivilem Widerstand auf kommunaler bzw. städtischer Ebene.

Inklusive Bildung in Bielefeld

Die Piratenpartei fordert einen regionalen Inklusionsplan der gesamtgesellschaftlich in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen (Schülern, Eltern, Arbeitgeber, Verwaltung etc.) entwickelt wird. Wir sind für einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung.

Inklusive Schulen

Alle Schulformen sollen an dem inklusiven Prozess beteiligt werden. Damit die äußeren Rahmenbedingungen den Erfordernissen aller Schüler gerecht werden können, müssen die Schulgebäude zielgerichtet und barrierefrei umgebaut werden.

Förderschulen

Da es ein Recht aber keine Pflicht auf inklusive Bildung gibt, fordern wir die stetige qualitative Verbesserung derjenigen Förderschulen, die die Inklusion an den Schulen begleiten.

Schullandschaft

Die Piratenpartei fordert, jedem Schüler in Bielefeld die Möglichkeit zu geben, eine wohnortnahe, weiterführende Schule zu besuchen, die ihm die Chance bietet, das Abitur ohne einen Schulwechsel zu erreichen.

Von den weiterführenden Regelschulformen sind insbesondere die Schulen des dreigliedrigen Schulsystems wenig geeignet, den Anforderungen einer modernen Gesellschaft, insbesondere der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, gerecht zu werden. Daher fordert die Piratenpartei Bielefeld den Ausbau von Gesamtschulen in Bielefeld, da diese Schulform der Vorstellung der Piraten einer Schule, die den Schülern ermöglicht, ihre Schullaufbahn selbst zu gestalten, am nächsten kommt.

Mittelfristig fordern wir auch für die Regelschulen die Umsetzung neuer Lernkonzepte, wie sie z.B. an der Laborschule und den Primusschulen praktiziert werden.

Primusschule für Bielefeld

Die Piratenpartei Bielefeld unterstützt die “Initiative Primus-Schule im Ostmannturmviertel” in ihrem Bestreben, im Rahmen des Modellversuchs Primusschule eine solche ab 2015 in der heutigen Josefschule und der Lutherschule einzurichten.

In den Primus-Schulen sollen viele der schulischen Konzepte umgesetzt werden, die auch von der Piratenpartei NRW gefordert und in der Bielefelder Laborschule bereits seit Jahrzehnten erfolgreich angewendet werden, wie z.B. das jahrgangsübergreifende Lernen und der Verzicht auf Ziffernoten. Wir begrüßen es daher, dass sich Eltern und Lehrer gemeinsam mit verschiedenen Organisationen für diese Bereicherung der Schullandschaft in Bielefeld engagieren und fordern von

der Stadt, die Bewerbung für die Beteiligung am Modellversuch Primusschule aktiv zu unterstützen.

Ausbau der Schulsozialarbeit

Wir fordern die Ausweitung der Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit unterstützt das lehrende Personal bei vielfältigen Aufgaben. Beratungsarbeit, Eltern- und Netzwerkarbeit nehmen einen erheblichen Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeit ein.

Medienausstattung

Die Medienausstattung an allen städtischen Schulen ist oft veraltet und entspricht nicht mehr dem Standard. Wir fordern eine deutliche Anhebung der Mittel für die technische Schulausstattung. Der freie Zugang zu technischen Lern- und Lehrmedien wie Computer, Whiteboards, Foto- und Filmausstattung und neuen Kommunikationsmedien (Internet), sichert eine Bildungsgerechtigkeit und verhindert informationstheoretischen Analphabetismus.

Wir erwarten einen zügigen Aufbau von W-LAN-Netzen an Berufsschulen und Berufskollegs und einen ungefilterten Zugang zum Internet für das Lehrpersonal.

Durch die Umstellung auf freie Lehr- und Lernmaterialien sowie freie Software ließe sich nicht nur Geld einsparen, sondern es könnte auch das Prinzip der OER (Open Educational Resources) gefördert werden.

Frühkindliche Bildung in Kitas und Kindergärten

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich für eine Verbesserung der räumlichen und personellen Ausstattung der Kindertagesstätten ein und fordert einen weiteren Ausbau der Plätze.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert einen kostenfreien Besuch von städtischen Kindergärten, Kinderkrippen und anderen Kindertagesstätten sowie eine kostenlose Verpflegung dort. Kann die Stadt keine entsprechenden Plätze zur Verfügung stellen, hat sie umgehend für eine ortsnahe Betreuung zu sorgen, z.B. durch Tagesmütter.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich für eine effektive und gut ausgestattete offene Kinder- und Jugendarbeit ein. Kürzungen in diesem bereits mit zu knappen Mitteln ausgestatteten Bereich sind nicht hinnehmbar.

Jugendschutz für neue Medien

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass Familien Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden, um Ihre Kinder bei einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien zu unterstützen. Der Jugendschutz soll nicht durch Verbote oder technische Hürden erfolgen, sondern durch das Erlangen von Kompetenz und Erfahrung.

Förderung von Elternkompetenzen

Die Piratenpartei Bielefeld möchte die Elternkompetenzen stärken. Dazu fordern wir, dass Eltern mit finanziellen Anreizen motiviert werden, entsprechende Kurse zu besuchen. Desweiteren fordern wir mehr finanzielle Unterstützung für Elternberatungsstellen.

Förderung autonomer Jugendzentren

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass autonome Jugendprojekte, insbesondere selbstverwaltete Jugendzentren, gefördert und bewahrt werden.

Mehr Raum für Kultur

Die finanzielle Kulturförderung soll sich weniger auf die traditionelle Hochkultur beschränken, sondern verstärkt kleineren Projekten, Festivals, Subkulturen und jungen Künstlern zukommen. Wir, die Piratenpartei Bielefeld, haben einen breiteren Kulturbegriff und setzen uns dafür entsprechend ein. Wir wollen weg vom Kulturkonsum, hin zu einer mitgestalteten Kultur.

Gewaltschutz

Die Piratenpartei Bielefeld fordert einen besseren Schutz von Menschen vor häuslicher Gewalt. Um dies zu erreichen, muss das Gewaltschutzgesetz sowie das Polizeigesetz NRW § 34a konsequent umgesetzt werden.

Beschwerdestellen für sexuelle Belästigung

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich für die Einrichtung von Beschwerdestellen für sexuelle Belästigungen, Mobbing und Diskriminierung ein. Diese sollen für Schulen und öffentliche Einrichtungen vor Ort zuständig sein und können von jedem Menschen in Anspruch genommen werden.

Seniorenpolitik

Wir fordern ein zukunftsfähiges Konzept, um dem demographischen Wandel gerecht zu werden. Hierbei wollen wir die Einwohner, Vereine und sonstigen zivilgesellschaftlichen Initiativen an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligen.

Barrierefreiheit

Bei allen öffentlichen Gebäuden, Plätzen und Gehwegen ist bei Sanierungen auf die Barrierefreiheit zu achten. Auch die kommunalen Kommunikationswege wie z.B. Webseiten sind barrierefrei zu gestalten.

Breitensportangebote stärker ausbauen und fördern

Bei städtischen Sport- und Freizeitangeboten wird seit vielen Jahren massiv gespart; Die Breitensportangebote in unserer Stadt werden immer stärker mit wirtschaftlichen Interessen verbunden. Leidtragende sind nicht nur die kleineren Vereine und Vereine, die in Stadtteilen angesiedelt sind, in denen die Armut immer größer wird (s. Gentrifizierung), sondern auch jeder Mensch in unserer Stadt. Das Breitensportangebot einer modernen, zukunftsorientierten und attraktiven Stadt ist eines der wichtigsten Freizeitangebote für alle Menschen, die in unserer Stadt leben. Sport fördert nicht nur das gesellschaftliche Miteinander und soziale Kontakte, sondern trägt auch sehr stark zur Integration und Gesundheit bei. Hierbei ist es für die Piratenpartei Bielefeld wichtig, dass allen Menschen, die in unserer Stadt leben, der Zugang zu allen Sportvereinen, die dem Stadtsportbund angeschlossen sind, gewährt wird. Dies jedoch ohne Ausnahme und diskriminierungsfrei – denn wenn Freizeit- und Breitensportangebote nur noch von wirtschaftlichen Interessen abhängig gemacht werden, wird die Spaltung unserer Gesellschaft noch schneller vorangetrieben, als sie es jetzt schon ist.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert:

- Weitere Beitragserhöhungen bei städtischen Sporteinrichtungen zu verhindern oder zu reduzieren (wie z.B. Mitgliedsbeiträge, Eintrittspreise, Mieten für Hallen etc.)
- Den Ausbau von Behinderten- und Seniorensportangeboten, "Rund-um-die-Uhr-Angebote" (auch an Wochenenden, Feiertagen und nachts)
- Die stärkere Förderung von Fan-Projekten / Gruppen, die gegen Gewalt und Rassismus sind
- Die regelmäßige Überprüfung der Trainingsmöglichkeiten, wie z.B. Plätze, Hallen, Turngeräte etc. und bei Bedarf Anpassung auf den neuesten Stand. (Auch bei Turnhallen/Schulen)
- Die aktive Unterstützung der Arbeit gegen sexualisierte Gewalt, Gewaltanwendung, Diskriminierung, Homophobie, Rassismus im Sport
- Die aktive Unterstützung der Arbeit gegen leistungssteigernde Medikamente o.ä. bei sportlichen Wettkämpfen (= Vorteilsnahme und Betrug)
- Die aktive Unterstützung der Arbeit gegen Manipulation bei sportlichen Wettkämpfen (Bestechung / Sportwetten etc.)
- Die Offenlegung der Zahlungsströme von der Stadt an die Vereine und auch von den Vereinen an die Stadt (Transparenz)
- Die Öffnung der kommunalen Sportanlagen für vereinsungebundene Sportler
- Den Ausbau der Infrastruktur insbesondere im Hinblick auf den Schul-, Freizeit- und Breitensport

Weltanschauliche und religiöse Neutralität

Bielefeld – eine moderne, pluralistische, lebenswerte Stadt für alle Menschen

In Bielefeld leben Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Kultur sowie verschiedener Religionen und Weltanschauungen zusammen. Grundlage für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben ist die konsequente Trennung

von Staat und Religion und die strikte Neutralität des Staates und damit auch der Kommunen gegenüber den verschiedenen Weltanschauungen und Religionen.

Das Grundgesetz garantiert die Freiheit der Religion. Diese Freiheit bedeutet nicht nur die Freiheit, die eigene Religion selbst zu wählen und auszuüben, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung und das Recht, frei von einem Glauben zu leben. Im Interesse einer pluralistischen Gesellschaft ist es auch Aufgabe der Stadt Bielefeld, diese Religionsfreiheit zu garantieren.

Die PIRATENPARTEI Bielefeld fordert daher:

- Ein neutrales öffentliches Bildungswesen,
- das sicher stellt, dass alle Kinder unabhängig von Glaube und Herkunft ein Aufnahmerecht im nächstgelegenen Kindergarten und an der nächstgelegenen Schule bekommen (Initiative "Kurze Beine – Kurze Wege"),
- dass Kinder und Jugendliche an allen (überwiegend) öffentlich finanzierten Einrichtungen keine besondere religiöse oder weltanschauliche Prägung erhalten und keinen Religionsunterricht in einem Bekenntnis besuchen müssen, dem sie nicht angehören.
- die weltanschauliche und religiöse Neutralität in allen kommunalen Einrichtungen und Räumen, das heißt
- keine religiösen Symbole in diesen,
- keine "Einsegnung" dieser bei Neuerrichtung etc.,
- Gestaltung von kommunalen Feiern ohne religiöse Bezüge,
- Streichung von Verhaltensvorschriften (z.B. an Feiertagen), die der Allgemeinheit aufgrund religiöser Auffassungen auferlegt werden,
- bei Eidesformeln soll es Eidablegenden frei stehen, dem Eid eine persönlich gewählte religiöse Bekräftigung anzuhängen, im Übrigen soll ein Eid aber neutral formuliert sein.
- Die Förderung neutraler sozialer Einrichtungen.

- Die christlichen Bevölkerungsanteile in Deutschland nehmen immer stärker ab. Inzwischen sind schon ca. 38% der Bevölkerung konfessionell ungebunden. Diesem ist insbesondere auch bei sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern oder Altenheimen Rechnung zu tragen.

- Keine religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz und keine religiösen Sonderarbeitsrechte (Initiative "GerDiA")

- Antidiskriminierungsbestimmungen müssen auch in religiösen Einrichtungen gelten, wenn diese (überwiegend) öffentlich finanziert werden. In diesen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser etc.) soll allein die fachliche Qualifikation Hauptkriterium bei der Besetzung von Stellen und Leitungspositionen sein (insbesondere auch, da sonst ein großer Anteil der Bielefelderinnen und Bielefelder von diesen Arbeitsplätzen ausgeschlossen sind, da aufgrund der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland religiöse Träger den größten Teil der Arbeitsplätze im sozialen Bereich anbieten),

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesen Einrichtungen (wie z.B. denen der Caritas oder Diakonie) müssen alle grundgesetzlich garantierten Arbeitnehmerrechte gewährt werden (Betriebsrat, Streikrecht, ordentliche Tarifverträge, Religionsfreiheit, selbstbestimmte Lebensführung usw.).

Refugees Welcome – Geflüchtete Willkommen

• Willkommenskultur

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich für eine echte Willkommenskultur für Geflüchtete ein. Dazu möchten wir zivilgesellschaftliche Initiativen fördern und seitens der Stadt unterstützt wissen.

• Willkommenspakete

Von Seiten der Stadt Bielefeld können Willkommens-Pakete, welche einen Stadtplan, Informationen zu Beratungsangeboten etc. und ggf. ein kleines Geschenk für die Kinder enthält, an die Geflüchteten ausgegeben werden. Darüber hinaus fordern wir für die Ankommenden in der Erstaufnahmeeinrichtung kostenlose Fahrscheine für den ÖPNV, damit sie sich frei in unserer Stadt bewegen kön-

nen. Asylsuchende bekommen 3,86€ Taschengeld pro Tag, davon sind Fahrkarten nicht finanzierbar.

- **Versorgung**

In der Erstaufnahmeeinrichtung gibt es außerhalb der Essenszeiten keine Versorgung der Geflüchteten; insbesondere in der Nacht Ankommende werden nicht verpflegt. Wir möchten, dass die Stadt sich bei der neuen Ausschreibung für die Erstaufnahmeeinrichtung dafür einsetzt, dass jederzeit zum Beispiel Tee, ein Wasserspender, frisches Obst oder ein Lunchpaket zur Verfügung stehen.

- **Winterkleidung**

Insbesondere bei der Ankunft im Winter ist darauf zu achten, für die Geflüchteten ausreichend angemessene Kleidung bereit zu halten.

- **Internetzugang**

Eine Internetverbindung ist elementar für Kommunikation, Information und Teilhabe, auch und gerade für geflüchtete Menschen. Daher fordern wir die umgehende Einrichtung von Internetzugängen in allen städtischen Wohnheimen, sowie in der Erstaufnahmeeinrichtung. Hierzu kann eine Kooperation mit Freifunkinitiativen geprüft werden.

- **Abschließbare Spinde**

In der Erstaufnahmeeinrichtung stehen keine abschließbaren Spinde für die Geflüchteten zur Verfügung, auch die Räume sind nicht abschließbar, so dass diese permanent auf ihre Habseligkeiten aufpassen müssen. Wir fordern daher, umgehend entsprechende Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

- **Sprachkurse**

Geflüchtete, die dauerhaft in Bielefeld bleiben, sollten unserer Auffassung nach intensiv mit Sprachkursen gefördert werden. Das würde gleichzeitig dazu führen, dass das Problem, dass es zu wenig Übersetzer für Alltagsangelegenheiten gibt, in Teilen behoben werden könnte.

- Instandhaltung der Einrichtungen

Bei allen Einrichtungen für Geflüchtete ist darauf zu achten, dass regelmäßig kleinere "kosmetische" Verschönerungen, wie zum Beispiel das Anstreichen des Treppenhauses oder die Instandhaltung der sanitären Anlagen, durchgeführt werden.

- Anwohnerkonzept

Wir fordern von der Stadt Bielefeld, dass sie sich um die Erstellung eines Konzeptes für die Einbindung und Information der Anwohner von Einrichtungen für Geflüchtete einsetzt.

Kommunale Drogen- und Suchtpolitik

- **Cannabis Social Clubs**

Wir unterstützen die Schaffung von Cannabis-Social-Clubs (CSC) in Bielefeld. Dabei handelt es sich um staatlich kontrollierte, geschlossene Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften. Mit dieser Entkriminalisierung kann endlich Jugend- und Verbraucherschutz gewährleistet werden. Dem organisierten Verbrechen wird so die Geschäftsgrundlage entzogen und der Verbraucher wird zum legalen Steuerzahler. Teile der Erlöse sollen direkt der Prävention- und Therapiearbeit zugeführt werden.

- **Städtischer Eigenbetrieb zum Anbau von Cannabis**

Die Piratenpartei Bielefeld fordert die Prüfung der Gründung eines Eigenbetriebes der Stadt Bielefeld, deren Aufgabe es ist, Cannabis in einem bundesweiten Modellprojekt zum Verkauf anzubauen.Hierfür eignen sich insbesondere belastete Brachflächen. Gartenbau kann gerade diese Flächen hervorragend nutzen, wie ein Blick in die Nachbarschaft über die Grenze in die Niederlande zeigen kann. Dort werden Tomaten, Gurken und Co. nicht nur im geschlossenen Gewächshaus gezogen, sondern auch ohne Erde im hydroponischen Anbau, einem Mix aus Wasser, Steinwolle und Nährstoffen. Das funktioniert bei Salat wie bei Cannabis.In modernen Glashäusern kann Dachwasser zur Bewässerung genutzt werden. Im geschlos-

senen Glashaus wird die Sonnenwärme mittels Wärmetauscher im Boden gespeichert. Bei Bedarf kann Wasser je nach Lagerung zum Heizen oder für die Kühlung im Sommer verwendet werden. Gut für die Umwelt, gut für die Pflanzen. Genug Käufer gibt es. Bielefeld liegt zentral in einem Ballungsraum mit über zwei Millionen Einwohnern. Potentielle Standorte in der Stadt sind vorhanden. Ein Teil der Einnahmen fließt in Aufklärung und Suchtprogramme, der Rest wird der Stadt zugeführt. Vergleichbare Projekte zum Beispiel in Uruguay oder Colorado zeigen, dass die Erlöse relevante Größen erreichen können.Die gängige Repressionspolitik ist lange gescheitert. Es wird Zeit, den freien und mündigen Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.

- **Drugchecks**

Die Piratenpartei Bielefeld fordert die Einführung von Drugchecks vor Bielefelder Clubs und Diskotheken.Drug-Checking ist die chemische Analyse von zumeist auf dem Schwarzmarkt gehandelten psychotropen Substanzen, um potentielle Konsumenten vor besonders gesundheitsschädlichen Präparaten warnen zu können und somit die Gefahren, die beim Konsum von Substanzen mit einer nicht bekannten Zusammensetzung entstehen können, zu vermindern und Drogenmündigkeit zu fördern.

- **Substitution**

Wir setzen uns für eine bessere Unterstützung bestehender Substitutionsprogramme für Schwerstabhängige (z.B. mit Methadon) durch die Stadt Bielefeld ein. Zudem machen wir uns stark für gesundheitlich verträglichere Möglichkeiten der Substitution, wie die Diamorphinvergabe. Alle Pilotversuche damit belegten, dass damit eine Resozialisierung sehr viel häufiger gelingt.

KAPITEL 6

Stadtentwicklung, Verkehr und Infrastruktur

Freies und kostenloses W-LAN

Die Piratenpartei Bielefeld fordert die Einführung eines freien W-LANs im öffentlichen Raum, welches den ungehinderten Zugang zum Internet ermöglicht. Ein Pilotprojekt soll auf dem Kesselbrink und auf dem Siegfriedplatz gestartet werden.

Stadtbahnausbau

Die Piratenpartei Bielefeld spricht sich grundsätzlich für den Ausbau der Stadtbahn aus. Die Letztentscheidung über Ausbau und Linienführung sollen die Bürgerinnen der Stadt Bielefeld in einem Ratsbegehren treffen.

Verkehr

Die Piratenpartei setzt sich für eine ausgewogene Verkehrspolitik ein und lehnt eine Überreglementierung ab. Verkehrspolitik ist wie kaum ein anderes Politikfeld die "Politik des öffentlichen Raumes". Verkehrspolitische Entscheidungen bestimmen nicht nur, auf welche Weise der öffentliche Raum genutzt werden kann, sondern auch, wie stark auf die Belange der verschiedenen Nutzergruppen Rücksicht genommen wird.

Um die individuellen Mobilitätsbedürfnisse erfüllen zu können, sind bei verkehrspolitischen Entscheidungen die Belange des öffentlichen Verkehrs besonders zu berücksichtigen. Busse, Bahnen und andere gemeinschaftlich genutzte Verkehrsmittel, wie zum Beispiel Carsharing-Angebote, ermöglichen auch solchen Bürgern eine hohe Mobilität, die sich kein eigenes motorisiertes Fahrzeug leisten können oder wollen. Gerade diese nutzen ergänzend zum öffentlichen Verkehr aber auch

günstige und besonders genügsame Verkehrsmittel wie Fahrräder und die Fortbewegung zu Fuß. Auch ihre Bedürfnisse sind deshalb ernst zu nehmen, insbesondere dürfen Fuß- und Fahrradverkehr und öffentlicher motorisierter Verkehr nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bei all dem müssen aber auch die Anforderungen des motorisierten individuellen Verkehrs angemessen berücksichtigt werden, da die hohe Nutzungsdichte von Autos derzeit noch eine gesellschaftliche Realität ist. Schließlich gibt es noch Bedürfnisse des Güterverkehrs, der ein wichtiges Standbein unserer gesamten Wirtschaft bildet und ebenfalls in hohem Maße auf funktionierende und seinen Anforderungen entsprechende Verkehrswege angewiesen ist. Die Piratenpartei setzt sich für einen öffentlichen Raum ein, der allen gehört und in dem Regelungen nur auf der Grundlage zwingender Notwendigkeiten, nicht aber überregulierend getroffen werden. Wir setzen auf den mündigen, selbstbestimmten Verkehrsteilnehmer und fordern deshalb ein Minimum an Regeln für Fußgänger, Rad- und Autoverkehr. Eine zu große Regelungsdichte vermindert die Akzeptanz der Verkehrsregeln insgesamt.

Die Piratenpartei setzt sich für eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Förderung des Fahrradverkehrs ein. Das Fahrrad stellt für viele Transportaufgaben gerade im städtischen Kontext das flexibelste und gleichzeitig ressourcenschonendste Verkehrsmittel überhaupt dar.

In Bezug auf die Anforderungen und Ansprüche seiner Nutzer ist der Fahrradverkehr wohl das am wenigsten einheitliche Verkehrssystem. Von Kindern auf Schul- oder Freizeitwegen über Mittelstreckenpendler auf dem Weg zur Arbeit bis hin zu Vielfahrern mit überregionalen Wegen sind alle Nutzungsformen vertreten. Die Geschwindigkeit von Radfahrern kann ähnlich der von Fußgängern sein, reicht aber auch vielfach bis fast an die durchschnittliche Geschwindigkeit eines Autos im Stadtverkehr heran. All diese Nutzer des Verkehrssystems “Fahrrad” stellen an die Regulierung ihres Verkehrsmittels unterschiedliche Anforderungen, die nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Die Piratenpartei setzt sich für eine möglichst flexible Regelung des Fahrradverkehrs ein.

Öffentlicher Personennahverkehr

Ein engmaschiges Netz von Verkehrslinien sowie eine häufige Bedienung der Haltestellen ist die Grundlage für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Die Piratenpartei setzt sich deshalb dafür ein, dass das Nahverkehrsnetz in Bielefeld und der Region konsequent fortentwickelt wird. Dabei sollte darauf hingearbeitet werden, die verschiedenen Verkehrsbetriebe der Region besser miteinander zu verknüpfen, um auch angrenzende Stadtteile verschiedener Städte sowie deren ländliches Umland direkt zu verbinden. Senkungen der Fahrpreise halten wir kurzfristig für geboten, um die Attraktivität des Nahverkehrs und damit auch die Fahrgastzahlen zu steigern. Langfristig will die Piratenpartei die Umsetzung des fahrscheinlosen ÖPNV erreichen.

Sozialticket

Die Piratenpartei Bielefeld sieht ein Sozialticket als Überbrückung bis zur Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV und unterstützt diese Maßnahme daher vorübergehend unter der Voraussetzung einer Kostensenkung auf ein Niveau unter 18€ pro Monat und der uneingeschränkten Verfügbarkeit an allen Fahrscheinautomaten und Verkaufsstellen.

Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Personennahverkehr

Wir fordern das Ende der Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr. Die Verkehrsbetriebe versuchen, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste durch den Einsatz von Überwachungskameras zu steigern. In einer Gefahrensituation können Kameras jedoch nicht eingreifen und Straftaten verhindern. Stattdessen wird durch Videoüberwachung tief in die Grundrechte der Bürger eingegriffen und es wird es immer leichter, Bewegungsprofile zu erstellen. In weitläufigen Bahnhöfen, wo eine Videoüberwachung für den Brand-/ und Katastrophenschutz unabdingbar ist, sollen jedoch Ausnahmen gelten. Um die tatsächliche Sicherheit zu verbessern sind zum Beispiel “physische Sicherheitskräfte” einsetzbar.

Stadtentwicklung

Oberstes Ziel der Stadtentwicklung soll es sein, jedem Einwohner der Stadt Bielefeld angemessenen und menschenwürdigen Wohn- und Lebensraum zu bieten.

Die Piratenpartei versteht den öffentlichen Raum als Freiraum für alle. Dieser muss erhalten und gestaltet werden. Das betrifft den Raum an sich, der auch langfristig Freiflächen in den oftmals dicht bebauten städtischen Quartieren bieten soll. Es betrifft aber auch das Zusammenleben in diesem Raum, das einerseits von gegenseitigem Miteinander und Rücksichtnahme geprägt sein muss, andererseits aber nicht zu diesem Zwecke überreglementiert werden darf.

Es muss gewährleistet sein, dass die oben beschriebenen Aufgaben des öffentlichen Raumes gesichert sind. Außerdem ist stets zu beachten, dass einerseits öffentlicher Raum nicht unter Wert an Privatinvestoren verkauft wird und andererseits keine neuen Verbindlichkeiten im Rahmen solcher Projekte entstehen. Damit sind unserer Ansicht nach wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige und an langfristig zukunftssicheren Werten orientierte Stadtentwicklung gegeben.

Barrierefreiheit

Straßen und Wege müssen als öffentlicher Raum allen Nutzern möglichst gut zur Verfügung stehen. Die Piratenpartei tritt deshalb dafür ein, alle Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit kontinuierlich fortzusetzen. Neben den Absenkungen von Bordsteinkanten und ausreichend breiten Wegführungen, sehen wir einen wichtigen Aspekt auch im Austausch von Kopfsteinpflaster gegen nutzungsfreundlichere Straßenbeläge wie ebene Pflasterungen oder Asphalt / Bitumendecken. Dies macht solche Straßen nicht nur für Rollstuhlfahrer nutzbar, es erhöht die Sicherheit auch massiv für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Bei solchen Maßnahmen sollten jedoch immer auch Belange des Denkmalschutzes angemessen Berücksichtigung finden.

Soziale Durchmischung

Wir fordern eine möglichst starke soziale Durchmischung aller Wohnquartiere, um allen Einwohnern zu ermöglichen, Menschen anderer Kulturen, anderer Herkunft, anderer sozialer Schicht und anderen Glaubens kennenzulernen und die Möglichkeit zu erhalten, Respekt und Toleranz für andere Menschen zu erlernen, von anderen Menschen zu lernen und die Möglichkeit zu erhalten, sich frei für seine eigene Lebensweise zu entscheiden. Wir fordern eine inkludierende Stadtplanung statt einer Verfestigung der Segregation. Die Bildung von sozialen Brenn-

punkten soll um jeden Preis verhindert werden. Soziale Brennpunkte führen zu einer Stigmatisierung und Diskriminierung ihrer Einwohner und verschlechtern damit die Zukunftschancen ihrer Einwohner.

Jugend

Die Sozialisation eines Menschen beginnt mit der Geburt und endet mit dem Tod. Wichtige Teile der Sozialisation finden jedoch im Kindes-, Jugend- und jungen Erwachsenenalter statt. Während dieser Zeit findet die Sozialisation vorwiegend im wohnungsnahen Umfeld statt (Spielplatz, Kita, Schule). Es ist daher besonders wichtig, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein lebenswertes Wohnumfeld mit förderlichen Peer-Groups zu bieten.

Neubaugebiete

Da sich die Zahl der Haushalte in Bielefeld voraussichtlich langfristig eher verringern wird, lehnen wir die Ausweisung neuer Baugebiete auf bisher nicht erschlossener Fläche ab. Stattdessen soll durch Neubau in den bisherigen Quartieren neuer Wohnraum geschaffen werden

Quartiersentwicklung

Die bisherigen Quartiere sollen durch eine Aufwertung ihrer Zentren verbessert werden. Neue soziale Einrichtungen sowie Sport-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sollen geschaffen werden, um eine stärkere Identifikation der Einwohner mit ihren Quartieren zu fördern.

Nachbarschaft

Das Zusammenleben in den Quartieren soll durch eine Förderung von Nachbarschaftsbegegnungszentren verbessert werden. Dazu fordern wir insbesondere eine stärkere Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

Innere Sicherheit

Wir erkennen an, dass die subjektiven Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Die Verbesserung der Einsehbarkeit von öffentlichen Flächen, wie z.B. Kinderspielplätzen, halten wir jedoch für kein geeignetes Mittel, um Kriminalität und andere soziale Probleme zu bekämpfen.

Bedarfsgerechtes Wohnen

Beim Bau und der Sanierung von Wohnraum soll auf die aktuellen und zukünftigen individuellen Bedürfnisse der Bewohner geachtet werden. Es soll ausreichend Wohnraum für Familien geschaffen werden. Da die Bevölkerung Bielefelds zunehmend älter wird, soll verstärkt auf Barrierefreiheit geachtet werden.

Sozialgerechte Bodennutzung

Es soll überprüft werden, ob das Münchener Modell der Sozialgerechten Bodennutzung in Bielefeld angewendet werden kann.

Verkehrsplanung

Wenn neue Wohnbaugebiete ausgewiesen werden, dann sollen diese vorzugsweise in der Nähe der bisherigen und künftigen Stadtbahn-Linien ausgewiesen werden, um eine stärkere Nutzung des ÖPNV kostengünstig zu ermöglichen.

Medizinische Fakultät

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich für die Schaffung einer Medizinischen Fakultät mit Schwerpunktsetzung auf Medizinische Soziologie und Sozialmedizin an der Universität Bielefeld ein. Zugleich wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich mit Planung und Realisierung zu beginnen.

Da die Piratenpartei Bielefeld sich der desolaten Haushaltslage der Stadt Bielefeld bewusst ist, fordert sie eine genaue Berechnung des Kostenanteils im Vorfeld der endgültigen Entscheidung für eine Einrichtung einer medizinische Fakultät, der für die Stadt Bielefeld entstehen würde, damit eine seriöse Abwägung der durch die Einrichtung möglicherweise notwendigen Kürzungen in anderen Bereichen (z.B. Soziales, Kultur, Sport, usw.) möglich ist. Diese Abwägung soll mittels eines Bürgerbegehrens durch die Einwohner der Stadt Bielefeld, zur verbindlichen Entscheidung auf direktdemokratischem Wege, durchgeführt werden.

Umwelt, Energie und Klimaschutz

Essbare Stadt

Kommunale Grünanlagen, die durch Städte und Gemeinden unterhalten werden, verwildern auf Grund der klammen finanziellen Lage. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Grünanlagen nach dem Prinzip des urbanen Gartenbaus bepflanzt werden. Dort werden lokale Gemüse-, Obst-, Kräuter- und Wildpflanzen auf den Flächen angebaut und der Bevölkerung zur Ernte freigegeben. Dadurch, dass diese Pflanzen nur einmal pro Jahr gepflanzt werden müssen, fällt eine mehrmalige Neubepflanzung weg und es werden Kosten gespart. Die Lebensqualität der Bürger wird sich dadurch ins Positive verändern und es wird gleichzeitig ein nachhaltiger Gartenbau betrieben. Die Stadt Andernach am Rhein führt dieses Prinzip bereits seit 3 Jahren durch und kann positive Erfolge vermelden

Natur- und Landschaftspflege

Wir fordern die Ausweitung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, sowie den Einsatz von Schutzgebietsverantwortlichen. Die Planung für Wohnbesiedlung, Straßenbau und Industriegebiete hat so zu erfolgen, dass vorhandene schutzbedürftige Flächen nicht zerschnitten werden und deren natürliche Einheit erhalten bleibt.

Unserer Auffassung nach sollte der Wohlstand unserer Kommune nicht nur finanziell definiert werden. Die Grundlagen für ökonomisches und ökologisches Handeln müssen beachtet werden, um langfristig Wohlstand zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, Unternehmen zu bevorzugen, die strenge Kriterien der Nachhaltigkeit beachten.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, die Umweltauflagen für die Unternehmen regelmäßiger und konsequenter zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Kontrollen müssen barrierefrei und maschinenlesbar veröffentlicht werden.

Ansiedlung von Wildtieren

Die Bielefelder Piratenpartei begrüßt die Rückkehr von Wildtieren in unsere Heimat. Tiere, die bis vor kurzem in unserer Heimat als ausgerottet galten, kehren in letzter Zeit immer mehr in unsere Wälder zurück, auch in OWL. Wir Begrüßen diese Zuwanderung und wollen dazu beitragen, unsere Heimat natürlicher zu gestalten, um die Ansiedelung von Wildtieren zu fördern.

Energieerzeugung und – verteilung

Den Einsatz von Atomkraftwerken lehnen wir ab.

Wir fordern den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und die Abkehr von fossilen Energiequellen. Soweit möglich, soll ein größtmöglicher Anteil des Ökostroms regional gewonnen und genutzt werden.

Die Piratenpartei Bielefeld lehnt jegliche Form des Fracking zur Gewinnung von fossilen Energieträgern ab.

Die Energiegewinnung der Zukunft liegt in der Dezentralisierung, hierfür sollen die Bürger verstärkt eingebunden werden. Wir sind für den Ausbau von dezentralen Versorgungsstrukturen, zusammen mit einer verbesserten Verbindung der Leitungsnetze, auch im grenznahen Bereich und Einrichtung entsprechender Speichertechnologien.

Städtische Immobilien

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass alle neuen Gebäude der Stadt Bielefeld und ihrer Gesellschaften als Nullenergie- oder gar Plusenergiegebäude konzipiert werden und die EU-Gebäuderichtlinie für das Jahr 2020 schon heute überzuerfüllen.

Interessante Technologien sind dabei Wärmerückgewinnung, Wärmepumpen, Solarthermie, Biomassenheizungen (z.B. Pellets oder Hackschnitzel) und Photovoltaik sowie und natürlich eine effiziente Gebäudedämmung. Beim Einsatz von Bio-

masse soll darauf geachtet werden, dass diese nachhaltig gewonnen wird. Wärmepumpen sollen eine möglichst hohe System-Jahresarbeitszahl (mindestens 3,5 nach dena-Effizienzkriterien) haben, damit sie auch im Winter mit einer vertretbaren Effizienz betrieben werden können.

Die Stadt Bielefeld wird dazu aufgefordert dem Vorbild Dänemarks zu folgen und den Einsatz von Öl- und Gasheizungen im Neubau kategorisch zu unterlassen. Dies ist, soweit möglich, auch bei der Sanierung von Altbauten zu beachten. Wo dies nicht möglich ist, muss mindestens der Einsatz von Heizwertgeräten, wie sie zum Beispiel die BGW noch massenhaft einsetzt, so schnell wie möglich beendet werden. Solche Anlagen sollen durch Brennwertgeräte ersetzt werden, die schon seit geraumer Zeit den Stand der Technik darstellen.

Die Piratenpartei Bielefeld ist sich bewusst, das es Vorbehalte gegen übermäßige Gebäudedämmung gibt, wie zum Beispiel die Angst vor Schimmelbildung. Daher setzen wir uns für einen gesunden Technologiemix ein, der nicht einseitig auf Dämmung setzt und die anderen Technologien ausreichend mitberücksichtigt. Ebenfalls sollen Aufklärungsangebote viele Probleme im Vorfeld vermeiden.

Kommunaler Fuhrpark

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, den kommunalen Fuhrpark konsequent auf umweltfreundliche Antriebsarten umzustellen. Außerdem soll geprüft werden, inwieweit der kommunale Fuhrpark in Teilen durch Fahrräder, Lastenräder oder Rikschas ersetzt oder ergänzt werden kann.

KAPITEL 8

Liebe und Glück

Liebe doch einfach so, wie Du bist

Ob zu zweit, zu dritt oder mit mehreren. Ob mit gleichen oder unterschiedlichen Geschlechtern. Es existieren bereits jetzt sehr viele unterschiedliche Modelle, in denen Menschen füreinander Sorge tragen. Und alle sind Familie. Und gehören gleichermaßen gefördert. Unsere Liebe und Sorge füreinander macht uns zur Familie, nicht ein Trauschein.

Geschlechter – und Familienpolitik

Wir Bielefelder Piraten stehen für eine zeitgemäße und gerechte Familienpolitik, die auf der freien Selbstbestimmung über das persönliche Leben beruht. Wir wollen, dass Politik der schon bestehenden Vielfalt gerecht wird. Die einseitige Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle muss überwunden werden. Für alle Formen der Partnerschaft – homosexuell, heterosexuell und Liebesbeziehungen zu mehr als einem Menschen – fordern wir eine eingetragene Partnerschaft und die rechtliche Gleichstellung mit der heutigen Ehe. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen besonderen Schutz und Unterstützung. Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates müssen Kindern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Queer in Bielefeld

Wir Bielefelder Piraten sehen es als Aufgabe der Kommunalpolitik an, ein Umfeld zu schaffen, in dem Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTTI) sowie Menschen, die sich als Queer verstehen, offen, selbstbewusst und gleichberechtigt leben können. Wir wollen, dass Queerpolitik

als Querschnittsaufgabe in der Kommunalpolitik mitgedacht wird. Im Dialog mit den bestehenden Selbsthilfe- und Beratungsstellen sollen Probleme und Bedürfnisse identifiziert werden. Hierdurch soll die Grundlage für unterstützende Maßnahmen geschaffen werden.

Die Beratungszentren, Selbsthilfegruppen, die schwul-lesbische Selbstorganisation und die schwul-lesbische Jugendarbeit mit der zugehörigen Beratungstätigkeit an Schulen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gleichstellung. Diese Arbeit wollen wir fördern und stärken. Ein besonderes Augenmerk möchten wir hierbei auf die Angebote für LSBTTI-Jugendliche legen. Neben der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung geht es uns vor allem um den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung.

Wir brauchen mehr qualifizierte psychosoziale Beratungsstellen, um die bei jugendlichen Queer erschreckend hohe Selbstmordrate zu bekämpfen, welche von einem großen gesellschaftlichen Druck herrührt.

Die Piratenpartei Bielefeld wird die Erstellung und Umsetzung eines Diversity-Konzeptes für Bielefeld vorantreiben. Unser Ziel ist es, die sozio-kulturelle Vielfalt aus Migrantinnen, Queer und Menschen mit Behinderung konstruktiv zu nutzen und deren soziale Teilhabe zu fördern. Das betrifft alle Ebenen der Stadtverwaltung, städtische Beteiligungen, wie auch gleichermaßen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unserer Stadt.

Glück

Die Piratenpartei Bielefeld wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt Bielefeld eine regelmäßige anonyme Befragung der Bürger durchführt, um das allgemeine und spezielle Wohlergehen, einen „Glücksindex“, der Einwohner Bielefelds zu ermitteln. Diese ermittelten Indikatoren sollen in turnusmäßigen Abständen wiederholt und bewertet werden und Grundlage für die Entscheidungen von Verwaltung und der Kommunalpolitik sein. Basis der Idee ist der Index “Brutto-National-Glück” des Staates Bhutan.

Kontakt
www.piraten-bielefeld.de

Wenn Du Fragen an die Piraten in Bielefeld und ihrer politischen Arbeit hast, kannst Du Dich gerne an folgende Piraten wenden:

Lars Büsing - Vorsitzender
Ralf Neumann - Stellvertretender Vorsitzender
Bernd Scholand - Beisitzer / Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0521 / 430 698-39
Email: vorstand [at] piraten-bielefeld [dot] de

V.i.S.d.P.: Lars Büsing, Piratenpartei Deutschland, Kreisverband Bielefeld, Postfach 102113, 33521 Bielefeld

PIRATEN WÄHLEN

Beleg 016

Kommunales Wahlprogramm 2014 der Wählergemeinschaft Bürgernähe

Mehr

Demokratie!

Jetzt!

Wer wir sind und was wir wollen …

E

Initiativen für Bielefeld !

BÜRGERNÄH

Unser Programm

für ein soziales, vielfältig buntes

Bielefeld

zur Kommunalwahl 2014

verabschiedet von der Mitgliederversammlung

am 4. März 2014

Find us on Facebook

@buergernaehe

www.buergernaehe.de

Wählergemeinschaft *BÜRGERNÄHE* e.V

Wertherstraße 30a, 33615 Bielefeld

Tel: 0521 33 27 36

info@buergernaehe.de

www.buergernaehe.de

Spendenkonto:

Sparkasse Bielefeld, BLZ: 480 501 61

Konto-Nr.: 610 254 66

Email: buergernaehe-rat@t-online.de

Inhalt

1 Wer wir sind und was wir wollen ... 2
2 Engagement für Demokratie ... 2
2.2 Kulturelles und soziales Engagement fördern! ... 3
2.3 Sicherheit ohne Ausgrenzung ... 3
3 Kommunale Finanzen ... 3
3.1 Städtischer Haushalt ... 4
4 Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ... 4
4.1 Der BürgerInnenhaushalt: transparente öffentliche Finanzen und Strukturen ... 4
4.2 Die Jugend beteiligen ... 5
5 Soziales und Bildung ... 5
5.1 Attraktive Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ... 6
5.2 Schulen in Bielefeld zukunftsfähig machen ... 6
5.3 „Eine Schule für alle“ ... 6
5.4 Ausbildung fördern ... 7
6 Energie ... 7
7 Mobilität ... 8
7.1 Vorrang für FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Bus und Bahn ... 9
7.2 Ökologischer, barrierefreier und stadtverträglicher ÖPNV ... 10
8 Stadtentwicklung – Leben und Arbeiten in der Stadt ... 11
8.1 Wohnraum muss bezahlbar bleiben! ... 11
8.2 Der Jahnplatz: ein attraktiver und effektiver Verkehrsknoten für alle! ... 12
8.3 Der Kesselbrink: Ein Traum wird wahr – ein Beispiel von gelungener Bürgerbeteiligung ... 13
8.4 Masterplanung fortführen! ... 13
8.5 Der Bahnhofsplatz als Verknüpfungspunkt für ÖPNV und SPNV ... 14
8.6 Perspektiven für den Containerbahnhof ... 14
9 Natur, Umwelt, Klima ... 15
9.1 Natur erhalten ... 15
9.2 Freiflächen schonen ... 15
9.3 Kein Bielefelder Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen! ... 16
10 Tierschutz ... 16
10.1 BÜRGERNÄHE unterstützt das Bündnis "Bielefeld Pelzfrei" ... 17
11 Historisches erhalten und entwickeln ... 18

1 Wer wir sind und was wir wollen

BÜRGERNÄHE ist eine unabhängige und überparteiliche WählerInnengemeinschaft in Bielefeld und ist seit 2004 im Bielefelder Stadtrat vertreten.
Im Mittelpunkt unseres politischen Handelns steht die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Bielefelder Kommunalpolitik. Das Handeln und Abstimmverhalten unserer politischen Vertreterinnen und Vertreter im Rat und den Stadtbezirken sollen transparent, die Motive erkennbar sein.
Unser Ziel ist ein lebens- und liebenswertes Bielefeld. Unsere Vision ist eine sozial und ökologisch orientierte Stadtgesellschaft, die wichtige Zukunftsprojekte, wie die Herausforderungen des demographischen Wandels, die Mobilitätswende, die ökologische Energieversorgung der Stadt sowie ein zukunftsfähiges und inklusives Bildungssystem gemeinsam angeht und umsetzt. Unsere Stadt soll für die Bürgerinnen und Bürger ebenso attraktiv sein wie für Wissenschaft und Wirtschaft.

2 Engagement für Demokratie

BÜRGERNÄHE unterstützt das „Bielefelder Bündnis gegen Rechts“. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, rechtsextremen Gruppierungen entschieden entgegenzutreten. Nazis dürfen keinen Raum bekommen, um rechtsextreme und fremdenfeindliche Parolen zu verbreiten. Darüber hinaus unterstützen wir aktiv die Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen rechte Tendenzen in unserer Stadt. Unsere Ablehnung richtet sich aber genauso gegen diejenigen, die im Namen ihrer Religion versuchen, unsere demokratischen Rechte für die Verbreitung von Intoleranz oder gar Hass zu missbrauchen.

Die islamischen Gemeinden in unserer Stadt werden immer wieder zu Zielscheiben rechtsradikaler Gruppierungen, genauso wie das ArbeiterInnen-Jugendzentrum Bielefeld AJZ. Diesen Einrichtungen sichern wir unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung zu.

Bielefelder Straßen tragen immer noch Namen von Personen, die Mitverantwortung für das politische System der Naziherrschaft trugen. Wir treten dafür ein, das Stadtarchiv zu beauftragen, eine Liste von solchen Straßen zu erstellen, um die Ehrung dieser Leute beenden zu können. Bei Umbenennungen von Straßen sollen die Anwohnerinnen und Anwohner beteiligt werden.

2.2 Kulturelles und soziales Engagement fördern!

Die vielfältigen kulturellen, sozialen und sportlichen Aktivitäten in Bielefeld machen unsere Stadt bunt und lebenswert. Sie werden erhalten durch Unterstützung und Engagement von uns allen, aber auch durch die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Bielefeld. Finanzielle Kahlschläge, die z.B. den Erhalt des Bunker Ulmenwalls gefährden, machen wir nicht mit. Die Stadt muss in Zukunft ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, damit die vielfältigen Angebote erhalten bleiben. Auch Sportvereine ermöglichen Integration und soziales Miteinander. Sie bieten allen Altersgruppen, vor allem der Jugend, die Möglichkeit, einer sinnvollen und gesunden Freizeitbeschäftigung nachzugehen und beugen nachweislich Süchten vor. Sie sind ein unverzichtbarer Ausgleich zum Sitzen in Schule, Büro, vor dem TV, dem PC und vor der Spielkonsole. Hier gilt aus Sicht von BÜRGERNÄHE: Keine Kürzungen sondern vollständiger Verbleib der Sportpauschale für den Vereinssport!

2.3 Sicherheit ohne Ausgrenzung

Jede Bielefelderin und jeder Bielefelder soll sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Statt Video-Überwachung problembelasteter Bereiche treten wir für eine intensivere Präsenz und Betreuung durch geschultes Personal ein. Vertreibung sogenannter Problemgruppen durch Ordnungskräfte aus dem öffentlichen Raum, wie zum Beispiel an der Bielefelder "Tüte", lehnen wir entschieden ab, da dieses Vorgehen die offensichtlichen Probleme nur verlagert und weitere "Ungegenden" erzeugt, in die ausgewichen wird. Statt simpler "Law-and-Order"- Politik fordern wir ausreichende Mittel für Attraktivitätsverbesserungen und intensivere Quartiersbetreuung, um durch mehr soziale Kontrolle den AnwohnerInnen das notwendige Sicherheitsgefühl zu vermitteln.

3 Kommunale Finanzen

Wir fordern für die Städte und Gemeinden von der Bundes- und Landesregierung eine ausreichende Finanzierung für dringende Sozialaufgaben und eine gerechtere Verteilung von Bildungschancen. Alle verantwortungsvollen KommunalpolitikerInnen, insbesondere die der etablierten Parteien, sind verpflichtet, sich über ihre politischen Netzwerke in der Landes- und Bundespolitik dafür einzusetzen.

3.1 Städtischer Haushalt

Klarheit, Wahrheit und Übersichtlichkeit sind für BÜRGERNÄHE die Grundsätze unseres städtischen Haushaltes. Die Finanzlage unserer Stadt muss in allgemein-verständlicher Form offengelegt werden. Das Gleiche gilt für die Beteiligungen der Stadt Bielefeld an allen Wirtschaftsunternehmen (Flughafen Paderborn, MVA Bielefeld, Stadtwerke Bielefeld, BGW u. a.).

In den Kommunen findet das alltägliche wirkliche Leben der Menschen statt.

Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt unserer sozialen Infrastruktur, wie z.B. städtische Beratungsstellen, Verbraucherberatung, Drogen- und Sozialberatung sowie einer wirksamen finanziellen Förderung freier Einrichtungen, wie den Jugendzentren, der Bürgerwache oder den Bunker Ulmenwall einsetzen. Kürzungen allein werden den finanziellen Notstand der Stadt nicht lösen.

Weiteren substanziellen Einsparungen bei den freien Wohlfahrtsverbänden werden wir entschieden entgegentreten.

Ebenso muss die Einnahmesituation auf kommunaler Ebene verbessert werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Gewerbesteuererhöhungen nicht tabuisiert werden.

Überflüssige und teure Planungen, wie für den unzeitgemäßen Neubau der Herforder Straße und der Grafenheider Straße müssen sofort eingestellt werden.

4 Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Wir fördern und unterstützen das Engagement von BürgerInnen-Initiativen. Wir setzen uns für mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an städtischen Planungen und Entscheidungen, insbesondere auch am städtischen Haushalt ein. Wir wollen den Bielefelder „BürgerInnenhaushalt“ einführen, in dem die Bürgerinnen und Bürger über die städtischen Ausgaben und Investitionen mitentscheiden können.

4.1 Der BürgerInnenhaushalt: transparente öffentliche Finanzen und Strukturen

Angesichts der leeren kommunalen Kassen ist der Haushaltsentwurf eine heikle politische Angelegenheit. Weil es dabei immer zu Interessenskonflikten kommt, will BÜRGERNÄHE den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zur Beteiligung an den Haushaltsplanungen einräumen.

Gemeinsam mit Politik und Verwaltung sollen die erforderlichen Schritte für einen „Bielefelder BürgerInnenhaushalt" entwickelt werden. Hauptziel ist es, über den Haushalt umfassend und verständlich zu informieren, die Bevölkerung für das komplexe Thema zu sensibilisieren, die Haushaltsberatungen durch gute Ideen, Erwartungen und Vorschläge aus der Bürgerschaft anzureichern und durch die Rückmeldung nach dem Entscheidungsprozess im Stadtrat Transparenz zu schaffen.

Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollen über alle größeren öffentlichen Investitionen mitentscheiden können, so wie es bereits in anderen Städten praktiziert wird. Dadurch wird das Interesse der Bevölkerung für haushaltsrelevante Fragen gesteigert und die Zufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner mit der Kommunalpolitik erhöht.

4.2 Die Jugend beteiligen

Durch die Einrichtung eines Jugendstadtrates wollen wir Jugendlichen mehr Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung in unserer Stadt eröffnen. Im Jugendstadtrat können Jugendliche praktisch die Handlungsmöglichkeiten in einer Demokratie erfahren und erproben. Im Gespräch unter Jugendlichen werden deren Wünsche, Vorstellungen, Forderungen und Probleme direkt erörtert und Lösungen auf kommunaler Ebene erarbeitet. Wir sehen in der Einrichtung eines Jugendstadtrates eine gute Möglichkeit dafür, dass die Anliegen der Jugendlichen besser gehört werden.

5 Soziales und Bildung

Wir setzen uns dafür ein, den Auswirkungen der „Agenda 2010" auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken. Wir wollen Beschäftigungsverhältnisse mit uneingeschränkten Rechten und voller sozialer Sicherung. Wir akzeptieren keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse.

Wir setzen uns ein für die Bereitstellung bedarfsorientierter Transferleistungen, insbesondere für Kinder, denn die Kinderarmut wächst auch in Bielefeld stetig. Aber auch die erwachsenen LeistungsbezieherInnen und gering Verdienenden müssen finanziell in der Lage sein, am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen, um Ausgrenzung und Isolierung vorzubeugen. Der Bielefeld-Pass ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir setzen uns ein für die Verbesserung der Lebenssituation von allein erziehenden Frauen und Männern sowie der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

5.1 Attraktive Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

BÜRGERNÄHE will Kindern und Jugendlichen sinnvolle und attraktive Freizeitbeschäftigungen in der Stadt und der freien Natur bieten. Öffentliche Spiel- und Sportstätten für Kinder und Jugendliche sollen bei Bedarf von Streetworkerinnen und Streetworkern betreut werden. Wichtig ist der Erhalt von Jugendzentren sowie deren Ausstattung mit angemessenen Finanzmitteln und ausreichendem Personal, damit sie erfolgreich arbeiten können.

BÜRGERNÄHE setzt sich für selbstverwaltete Jugendzentren ein, in denen Jugendliche Verantwortung übernehmen und Demokratie leben können, um somit dem Einfluss radikaler Gruppierungen entgegenzuwirken.

Wir sind entschieden für den Erhalt und die finanzielle Unterstützung von kostenlosen und kostengünstigen Freizeiteinrichtungen in Bielefeld. Der von BÜRGERNÄHE unterstützte BürgerInnenentscheid zum Erhalt des Freibades in Gadderbaum hat gezeigt, dass den BielefelderInnen diese Freizeitangebote am Herzen liegen und sie diese zu ihrer Erholung brauchen und erhalten wollen.

5.2 Schulen in Bielefeld zukunftsfähig machen

Wir setzen uns für Gemeinschafts- und Ganztagsschulen ein, die allen Kindern, gleich welcher sozialen und ethnischen Herkunft, alle Bildungswege offen halten und jedem Kind eine kostenlose warme Mahlzeit bieten.

5.3 „Eine Schule für alle“

BÜRGERNÄHE unterstützt die Bielefelder Initiative „Eine Schule für alle“ und die Initiative für eine Primus-Schule in Bielefeld.
In einer Primus-Schule lernen Kinder gemeinsam von der 1. bis zur 10. Klasse. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Kinder aus dieser Schulform im Rahmen ihrer Möglichkeiten den höchst möglichen Abschluss erreichen. In Finnland lernen alle Kinder vergleichbar zur Primus Schule und erreichen vordere Plätze bei Leistungsvergleichen.
Auch in der Laborschule an der Universität Bielefeld lernen Kinder seit fast 40 Jahren nach dieser Methode. Die Anmeldezahlen zeigen, dass diese Schulform von den Eltern gewünscht wird.
Durch das gemeinsame Lernen der Kinder von Klasse 1 bis 10, wird der Bruch im Lernprozess

nach der vierten Klasse durch ein frühzeitiges Aussortieren in verschiedene Schulformen vermieden. Der fächerübergreifende Unterricht sowie die Arbeit in Projekten bieten jedem Kind die Chance, im individuellen Tempo zu lernen, sich ganzheitlich mit einem Thema zu beschäftigen und das Gelernte als Erfahrung daraus mitzunehmen. Alle, auch besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, können ihr Potential voll ausschöpfen.
Wichtige pädagogische Elemente der Primus-Schule sind der gebundene Ganztag, der einen sinnvollen Wechsel zwischen Konzentrations- und Erholungsphasen bietet. Schon heute kommen Schulen bis Klasse 8 ohne Noten aus, denn Leistungen mit Noten zu bewerten kann aus unterschiedlichen Gründen für Lernende schädlich sein, Berichte über die individuelle Lernentwicklung und die Stärken herauszustellen sind dagegen lernförderlich. An einer Primus-Schule sind alle Abschlüsse der Sekundarstufe I möglich.
Durch das ganzheitliche Lernen werden fachliche, persönliche und soziale Kompetenzen gestärkt. Kein Kind verweigert sich, wenn eine respektvolle Lernumgebung herrscht und niemand beschämt wird.
Die Leitsätze der Primus-Schule sind Wertschätzung, Toleranz, Vielfalt, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft, der Erwerb nachhaltiger Kompetenzen und die Entwicklung der individuellen Lernbereitschaft. Sie **sollten für alle Schulen gelten!**

5.4 Ausbildung fördern

Wir setzen uns für eine Ausbildungsoffensive auf lokaler Ebene ein, um allen Jugendlichen eine Qualifizierungs- und Arbeitsplatzperspektive zu eröffnen. Hier sind vor allem die Stadtverwaltung sowie die städtischen Eigenbetriebe gefordert, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

6 Energie

BÜRGERNÄHE hat sich aktiv dafür eingesetzt, dass das Atomkraftwerk Grohnde abgeschaltet wird. Gemeinsam mit mehr als 11.000 TeilnehmerInnen haben wir mit unserem BürgerInnenbegehren ab Herbst 2010 auf einen entsprechenden Ratsbeschluss hingearbeitet. Erst nach der Katastrophe von Fukushima im März 2011 war der Stadtrat bereit, unsere Initiative zu übernehmen.

BÜRGERNÄHE ist Mitinitiator der Initiative „Bielefeld steigt aus“ (www.bielefeld-steigt-aus.de), die bis heute mit vielfältigen Aktionen und Informationen den sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie anstrebt. Die so entstandene öffentliche Diskussion hat dazu geführt, dass das

Stadtwerke-Energiekonzept erstmalig öffentlich diskutiert wurde. Wir setzen uns aktiv für die zügige Nutzung von Technologien für die dezentrale und erneuerbare Energiegewinnung ein und unterstützen regionale Energiegenossenschaften, wie z.B. die Energiegenossenschaft Herford (www.energiegenossenschaft-herford.de) in ihrer Arbeit.
BÜRGERNÄHE hat die Defizite in der Energie- und Versorgungsinfrastruktur in Bielefeld früh benannt. Wir haben durch unsere Nachfragen erreicht, dass die Stadtwerke ihr Fernwärmekonzept grundlegend überarbeitet haben. Wir fordern jetzt den zügigen Ausbau des Bielefelder Fernwärmenetzes, um weitere Altbau-Siedlungsbereiche, den gemeinnützigen Wohnungsbau und die Genossenschaftssiedlungen mit preiswerter und bezahlbarer Fernwärme versorgen zu können.

Unser Ziel ist es, Bielefeld vernetzt in OWL mit 100% erneuerbaren Energien zu versorgen und schnellstmöglich auf den Strom aus dem AKW Grohnde zu verzichten. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windgeneratoren auf dem Bielefelder Stadtgebiet ist für uns von besonderer Bedeutung.

Das Energiekonzept der Bielefelder Stadtwerke bedarf der ständigen Anpassung und Erweiterung mit BürgerInnenbeteiligung. Hier werden wir weiterhin konstruktiv aktiv bleiben.

Das Technische Rathaus wurde nur nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestenergiestandard gebaut. Wir möchten erreichen, dass städtische Gebäude zukünftig nach höchsten Energiestandards gebaut und modernisiert werden und ausschließlich erneuerbare Energien nutzen.

Geeignete Dachflächen der stadteigenen Gebäude sollen privaten Energieinitiativen oder Genossenschaften kostenfrei zur solaren Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

7 Mobilität

Wir arbeiten aktiv in Initiativen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt. BÜRGERNÄHE verfolgt daher das Ziel einer weitgehend lärm- und verkehrsberuhigten Bielefelder Innenstadt.
BÜRGERNÄHE fordert daher ein Verkehrskonzept, das den Bus- und Bahnverkehr, den Fuß- und Radverkehr barrierefrei und effektiv mit dem Autoverkehr verknüpft. Der Stadtbahn kommt dabei als leistungsfähiges und komfortables Verkehrsmittel eine besondere Bedeutung zu. Möglichst viele BielefelderInnen sollen bequem und barrierefrei mobil sein können, ohne sich zur Nutzung eines Autos gezwungen zu fühlen.

7.1 Vorrang für FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Bus und Bahn

Seit Eröffnung der Stadtbahn im Jahre 1991 haben sich die Nutzerzahlen des öffentlichen Verkehrs mehr als verdoppelt. Daran hat die Stadtbahn einen hohen Anteil, der Erfolg ist aber nur durch zahlreiche Verbesserungen wie

- die Einführung des Taktverkehrs auf fast allen Linien,
- die Einführung eines Verbundtarifes und damit die Einbeziehung der regionalen Eisenbahnstrecken in den Stadtverkehr und
- stetige Fahrplanverbesserungen

möglich gewesen. Diese Wege müssen konsequent weitergeführt werden, um eine stadtverträgliche, bequeme und kostengünstige Mobilität in Bielefeld zu gewährleisten. Deshalb wollen wir, statt einem neuen Abstellgleis für die Linie 4 im Bereich Dürkopp Tor 6, eine Taktverdichtung auf der Linie 2 bis Sieker.

Wir setzen uns ein für:

Die weitgehende Einführung von Tempo 30 km/h in der Bielefelder Innenstadt und allen Wohngebieten sowie ganztags Tempo 80 km/h auf dem innerstädtischen OWD, u.a. zur Lärmminderung. Der Straßenraum soll gefahrlos gemeinsam von KFZ-, Fuß- und Radverkehr sowie RollstuhlfahrerInnen genutzt werden können. Konflikte auf den kombinierten Fuß- und Radwegen, besonders in der Innenstadt, lassen sich verringern durch:

- auch für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen ausreichend breite Fuß- und leistungsfähige Radwege, die man gern und sicher nutzt,
- eine Erweiterung von Grünzügen als autofreie Verbindungen zwischen den Stadtteilen,
- den Ausbau von sicheren Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und Haltestellen sowie an wichtigen Stellen, wie an Einkaufszentren, um das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel zu fördern.

Wir wollen

- den Ausbau der Stadtbahn, wobei die Priorisierung sich danach richten soll, welche Strecken die größte Qualitätsverbesserung und die meisten Neukunden bringen. Ebenso muss die Planung transparent sein. Die Vorteile müssen für den BürgerInnen nachvollziehbar sein,
- die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 nach Jöllenbeck. Sie soll mit dem Ziel einer deutlichen Verkehrsentlastung der Jöllenbecker Str. und einer verbesserten Busanbindung für die betroffenen Stadtteile weiter geplant werden,
- einen Planungsstopp für neue Straßen wie die L712n, den Neubau der Herforder und der

Grafenheider Straße sowie der Ortsumgehung Ummeln. Der Bau von neuen Straßen ist abgeschlossen,

- die Förderung der Stadtteilzentren, um Einkaufsmöglichkeiten im näheren Wohnumfeld zu erhalten oder neu zu schaffen, um dadurch heute erzwungene Mobilität zu vermeiden. Gleichzeitig wird damit der soziale Isolation alter und behinderter MitbürgerInnen entgegen gewirkt, für die der tägliche Einkauf im Viertel eine wichtige soziale Kontaktmöglichkeit darstellt.

7.2 Ökologischer, barrierefreier und stadtverträglicher ÖPNV

Wir befürworten den geplanten Bau der Linie 5 Heepen – Sennestadt. Die weitere Planung muss transparent, die Vorteile müssen für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Sonst besteht die Gefahr, dass der ÖPNV-Ausbau in Misskredit gebracht wird. Der jetzige Planungsstand legt fest, dass die Linie 5 die nächste Baumaßnahme sein wird. Auch ist die Systemfrage (Niederflur) bereits geklärt. Wir wollen die sich heute bietenden Chancen, das Wohnumfeld in den Stadtteilen und in der Innenstadt (Jahnplatz) zu verbessern, nutzen. Insbesondere muss die weitere Planung sicherstellen, dass keine unzumutbaren Eingriffe in Wohngebiete stattfinden und keine neuen Umsteigezwänge für NutzerInnen entstehen. Eine Straßenbahn durch das Wohngebiet „Auf dem langen Kampe“ wird es mit uns nicht geben, weil uns u.a. die Lärmminderungsplanung verpflichtet, bisher noch ruhige Wohngebiete zu schützen!
Die Zugangsstellen des öffentlichen Verkehrs – Haltestellen, Bahnhöfe – müssen attraktiv gestaltet und barrierefrei sein und zum Benutzen der Busse und Bahnen einladen. BÜRGERNÄHE wird sich dafür einsetzen, dass insbesondere die Bielefelder Bahnhöfe, die sich teilweise in einem jämmerlichen Zustand befinden (z.B. Brackwede, Windelsbleiche), städtebaulich aufgewertet werden. Insbesondere am Bahnhof Brackwede besteht dringender Handlungsbedarf.

Der zunehmende Fernbusverkehr soll künftig wieder zum Hauptbahnhof geführt werden, so dass dort ein Verknüpfungspunkt zur Eisenbahn besteht. Nur am Hauptbahnhof ist die notwendige Infrastruktur mit ausreichender sozialer Kontrolle, sanitären Einrichtungen und Restaurantbetrieben 24 Stunden lang wirtschaftlich sicherzustellen.

Wir treten dafür ein, dass die Stadtbahn so schnell wie möglich mit 100% Ökostrom betrieben wird! Wir wollen mehr Fahrgäste für die Stadtbahn, aber ohne weiteren Atommüll zu produzieren.

Die Hauptverkehrsstraßen sollen lärmberuhigt und luftschadstoffärmer werden. Anliegende Wohnstraßen sollen zugunsten des Schutzes der AnwohnerInnen und der Verpflichtung zur Lärmminderung besonders geschützt werden.

Wir wollen durch eine sorgfältige Planung sicherstellen, dass die Bus- und Bahnverbindungen möglichst vielen Fahrgästen eine wohnungsnahe Haltestelle bieten.

8 Stadtentwicklung – Leben und Arbeiten in der Stadt

8.1 Wohnraum muss bezahlbar bleiben!

Auch in Bielefeld ist seit längerem der Trend erkennbar, dass Wohnraum in der Innenstadt immer teurer wird. Neben steigenden Kosten beschleunigen auch Spekulation und Investitionsdruck der Kapitaleigner dieses Problem. Prestigeprojekte, wie zum Beispiel der geplante Ankerkomplex, befördern soziale Segregation und dürfen deshalb keinen Vorrang vor sozialem Wohnungsbau genießen.

Unsere Stadt: sozial, vielfältig und bunt!

BÜRGERNÄHE will, dass die Stadt Bielefeld mit einer sozial gerechten Wohnungsbaupolitik dazu beiträgt, dass Menschen unterschiedlicher Schichten und Herkunft auch zukünftig gemeinsam in ihren Stadtvierteln leben können. Dazu gehört ein innerstädtischer sozialer Wohnungserhalt und -neubau genauso, wie eine sozial ausgewogene Nutzung stadteigener Immobilien. In einer zukunftsfähigen Stadt ist die Entwicklung von neuen Stadtvierteln gemeinsam mit allen dort bereits ansässigen Gruppierungen zu planen und zu realisieren.

BÜRGERNÄHE hat bei der Entscheidung über den Verkauf des Ankerkomplexes als einzige politische Gruppe sozial orientierte Positionen vorgetragen und wird dies auch weiterhin tun! Wir haben uns als einzige politische Partei im Stadtrat dafür eingesetzt, dass beim Verkauf von städtischen Immobilien, wie dem Ankerkomplex, statt teurer Lofts kostengünstige Wohnungen geschaffen werden, die auf die Bedürfnisse von Familien und älteren Menschen zugeschnitten sind.

Wir treten dafür ein, dass städtische Gebäude, z.B. die ehemalige Stadtbibliothek im Wilhelmstraßenquartier, und die durch den Abzug der britischen Streitkräfte frei werdenden Wohnungen und Bauflächen im Interesse einer sozialen Durchmischung zu Wohnraum ausgebaut bzw. saniert werden, der sich an den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen orientiert!

Wir sind für den Erhalt und die Pflege städtischer Grundstücke und Immobilien, um neue finanzielle Abhängigkeiten durch die kostspielige Anmietung von Gebäuden, wie z.B. das

Amerikahaus für die Stadtbibliothek und Räume für die Stadtverwaltung zu verhindern und die kommunale Planungs- und Nutzungshoheit zu erhalten. Einem Verkauf von städtischen Gebäuden wird Bürgernähe zukünftig nur in ganz besonderen Einzelfällen zustimmen. Städtische Gebäude sollen stattdessen für bezahlbaren Wohnraum für sozial schwache Bürgerinnen und Bürger energetisch saniert und modernisiert werden.

Mit der Unterstützung von Initiativen wie „Transition Town“ kann den Bewohnerinnen und Bewohnern die kleinräumige, gärtnerische Nutzung von städtischen Grundstücken angeboten werden (urbaner Gartenbau). Diese Nutzung gewinnt aufgrund des urbanen Bevölkerungswachstums, der Reduktion landwirtschaftlicher Anbauflächen als Folge des Klimawandels und durch die Flucht aus ländlichen Regionen in unsere Stadt, insbesondere auch für Beschäftigungslose und zur Armutsbekämpfung, zunehmend an Bedeutung.
Wir unterstützen die städtischen Planungen im Rahmen des Programms Stadtumbau West und fordern ausreichend Mittel, um die Konzepte vollständig und nachhaltig umsetzen zu können. Die Stadtteilzentren Sennestadt, Stieghorst und Baumheide bedürfen dringend gründlicher Wohnumfeldverbesserungen.

8.2 Der ‚Jahnplatz: ein attraktiver und effektiver Verkehrsknoten für alle!

Bei gleichberechtigter Nutzung des Jahnplatzes durch den Fuß-, Rad-, Autoverkehr und ÖPNV soll dieser Platz in der Mitte unserer Innenstadt als öffentlicher Raum eine neue Qualität bekommen. Der Jahnplatz soll für die BürgerInnen wieder als Platz nutzbar werden. Seine heute trennende Wirkung soll sich spürbar verringern.

Wir schließen uns der Erkenntnis von Experten an, dass die Verringerung des Autoverkehrs z.B. auf der Herforder Straße eine Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung des Wilhelmstraßenquartiers und die Anbindung des Kesselbrinks an die Innenstadt ist. Der Autoverkehr soll zukünftig mit Tempo 30 über den Jahnplatz fahren können. Das Parkplatzangebot der privaten Anbieter und der Stadt soll weiterhin nutzbar, notwendige Lieferverkehre möglich bleiben.

8.3 Der Kesselbrink: Ein Traum wird wahr – ein Beispiel von gelungener Bürgerbeteiligung

Bereits seit 2003 beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe von BÜRGERNÄHE mit der Neugestaltung des Kesselbrinks. In mehreren Abendveranstaltungen und Expertenrunden wurden in überparteilichen Arbeitsgruppen die vielen Anforderungen und Ideen ganz konkret zusammengetragen. Das Kesselbrink-Projekt ist der sichtbare Beweis für die richtige Politik von BÜRGERNÄHE. Es zeigt, wie wichtig und gewinnbringend eine intensive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei Fragen der Stadtentwicklung ist. Der hier zum Ausdruck gebrachte BürgerInnenwille war stark genug, um auch politische BedenkenträgerInnen zu überzeugen. BÜRGERNÄHE geht davon aus, dass sich nach Fertigstellung der umliegenden Verkehrsflächen der Kesselbrink als deutlicher Gewinn sowohl für die Gewerbetreibenden, als auch für das gesamte Quartier herauskristallisieren wird.

8.4 Masterplanung fortführen!

BÜRGERNÄHE forciert jetzt als einzige politische Initiative im Bielefelder Stadtrat die Fortführung des Masterplans für die Bielefelder Innenstadt. Wir finden es wichtig, die verschiedenen Lebensbereiche der Bewohnerinnen und Bewohner unter den Aspekten Wohnen, Arbeiten, Lernen, Einkaufen und Freizeit im öffentlich geführten Dialog gemeinsamen zu planen und zu entwickeln. Nur unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zusammen mit Experten und Interessengruppen kann ein zukunftsfähiges, an den Bedürfnissen von möglichst vielen BielefelderInnen orientiertes Stadtentwicklungskonzept gelingen. Auch wenn bei den etablierten Parteien immer noch die Bereitschaft fehlt, etwas von ihrer „Macht“ abzugeben und sich auf mehr BürgerInnenbeteiligung einzulassen: große Projekte wie der Kesselbrink zeigen, wie gewinnbringend gemeinsame Anstrengungen sein können.

Strategische Stadtentwicklung statt Flickschusterei

Wir können und sollten es uns nicht leisten, dass die Bielefelder Stadtentwicklung weiterhin fast ausschließlich durch Einzelprojekte von Architekten- und Investorengruppen bestimmt wird. Der „Warnschuss“ der Investoren MFI und ECE für gleich zwei neue Shopping Center in der Bielefelder Innenstadt darf nicht einfach ignoriert und vergessen werden! Die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wohnen, Arbeiten und mehr Lebensqualität bleiben eine große Herausforderung für die Konkurrenz- und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt!

Der Masterplan soll alle städtebaulichen Maßnahmen als Gesamtkonzept in eine strategische

Stadtentwicklung einbinden. Denn auch Investoren brauchen die in einem Masterplan erarbeiteten Perspektiven und Anreize, um in die Bielefelder Stadtentwicklung ohne große Hürden und Unsicherheiten investieren zu können.

8.5 Der Bahnhofsplatz als Verknüpfungspunkt für ÖPNV und SPNV

Unser Hauptbahnhof ist ein zentraler Knotenpunkt, an dem sich Fern- und Nahverkehrssysteme treffen. Die Umsteigesituation am Bielefelder Hauptbahnhof ist jedoch unbefriedigend: Zur Stadtbahn ist ein langer, ungeschützter Weg zurückzulegen, die Busse halten an vielen verschiedenen Haltestellen auf einem großen Platz, der zudem Taxistellplätze enthält und von der Bahnhofstraße durchschnitten wird.

Der neue Bahnhofsplatz soll

- einen sicheren, bequemen und wettergeschützten Zugang zur Stadtbahn und zu den Bussen sowie Taxistellplätze in ausreichender Zahl bieten.

Wir schlagen vor, die Bahnhofstraße direkt am Leinenmeisterhaus entlang zu führen und damit aus dem eigentlichen Platz herauszuhalten. Der Busparkplatz soll an einem geeigneten Ort in Bahnhofsnähe liegen. Die Bussteige sollen übersichtlich angeordnet werden. Eine Übersichtstafel soll über die Busabfahrten informieren. Dies ist in anderen Städten längst Standard. So entsteht genug Platz, um auch eine Fernbushaltestelle am Hauptbahnhof zu platzieren.

8.6 Perspektiven für den Containerbahnhof

Der Containerbahnhof Bielefeld wurde im Zuge der „MORA-C“- genannten Angebotsumstrukturierung des Güterverkehrs der DB aufgegeben. Seitdem befindet sich an der Wilhelm-Bertelsmann-Str. eine riesige Brache mit funktionsfähigem Gleisanschluss. Ein Versuch in den letzten Jahren, mit Hilfe von Speditionen den Güterverkehr wieder zu beleben, scheiterte an der fehlenden Kooperation der Bahn mit der Stadt Bielefeld.

Wir möchten dieses Gelände zukünftig als wohnortnahes Gewerbegebiet für Nutzer mit Interesse an einem Gleisanschluss entwickeln. Dies können Speditionen sein, aber auch Firmen, die einen Gleisanschluss benötigen. Es ist uns bewusst, dass eine Wiederbelebung des Containerbahnhofs nur in Zusammenhang mit einem Logistikkonzept für künftige Nutzer möglich ist. Regionale Eisenbahnverkehrsunternehmen sollen beteiligt werden.

9 Natur, Umwelt, Klima

Wir wollen unsere Bielefelder Naturräume bewahren. Unser Wald, zahlreiche Auen, Feuchtwiesen und Niederungen sind ökologisch wertvolle Biotope, die u. a. auch den immer wichtiger werdenden Hochwasserschutz übernehmen.

9.1 Natur erhalten

Die Johannisbachaue soll endlich unter Naturschutz gestellt werden. Sie gehört zu den wenigen noch verbliebenen größeren innerstädtischen Naturräumen. An ihrem mäandrierenden Lauf hat sich ein artenreiches Biotop entwickelt, für dessen Schutz wir uns weiterhin einsetzen werden. Im weiteren Verlauf der Aue finden wir weite Feuchtwiesen als natürliche Überflutungsflächen bei Hochwasser. Deren Nutzen hat sich gerade bei den letzten Starkregenereignissen deutlich gezeigt. Wir fordern daher, die Johannisbachaue als Ganzes und ohne bauliche Ausnahmen, beispielsweise durch den Neubau von Herforder oder Grafenheider Straße, unter Naturschutz zu stellen!

Im Zusammenhang mit dem Naturschutzgedanken sind wir gegen den Bau eines „Untersees“ in der Johannisbachaue. Denn hierdurch würde zwangsläufig durch kommerzielle Nutzungen der Charakter dieses einmaligen Naturraumes im Bielefelder Osten für immer verlorengehen.

Wir setzen uns auch dafür ein, den Strothbachwald in Sennestadt unter Schutz zu stellen. Denn es handelt sich hier um ein Gebiet, das neben seinem alten Mischwaldbestand mit Buchen und Eichen insbesondere eine seltene, schützenswerte Tierwelt beherbergt. Ein Abholzen würde zu einem unwiederbringlichen Verlust dieses Lebensraums führen, welcher auch nicht durch Anpflanzung von Ersatzflächen o. ä. kompensiert werden kann.

Die Baderbachaue in Heepen soll im Bestand erhalten bleiben. Der skandalösen Politik der Bezirksvertretung Heepen, Freiflächen der Aue entgegen den Empfehlungen des Umweltamtes sowie des Landschaftsbeirates als Bauland ausweisen zu lassen, stellen wir uns entschieden entgegen.

9.2 Freiflächen schonen

Wir treten dafür ein, wertvollen Ackerboden nicht weiter für Gewerbeflächen zu zerstören. Statt nachhaltige Kreislaufwirtschaft („Cradle to Cradle“) zu fördern, opfern die etablierten Bielefelder Parteien hektarweise Ackerflächen, u.a. für den Umzug von Autohäusern aus der Stadt auf die grüne Wiese.

Wir fordern die Erschließung der Bielefelder Gewerbebrachen gerade in der Innenstadt, um weiteren Flächenfraß zu vermeiden und die vorhandene Verkehrsinfrastruktur effizient zu nutzen. Wir befürworten deshalb auch ausdrücklich die Ziele des Landesentwicklungsplans 2013 der Landesregierung NRW.

Weiteren Baulandausweisungen für Wohnsiedlungen an den Stadträndern stehen wir kritisch gegenüber, um die Folgen von Zersiedelung, zunehmendem Verkehr, steigenden Kosten durch städtische Versorgungsinfrastruktur und weiten Schulwegen für die Kinder zu vermeiden.

9.3 Kein Bielefelder Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen!

BÜRGERNÄHE tritt dafür ein, dass Bielefelder Klärschlamm nicht länger auf landwirtschaftlichen Flächen in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt aufgebracht wird, sondern ortsnah in Bielefeld energetisch verwertet wird. Die Energieerzeugung aus Klärschlamm ist die deutlich umweltfreundlichere Verwertungsart. Zudem gibt es bereits Technologien, mit denen man Phosphat aus Klärschlamm oder Asche zurück gewinnen kann. Es ist völlig widersinnig, dass in Kläranlagen mit einem hohen Aufwand versucht wird, einige Schadstoffe aus dem Abwasser zu entfernen, jedoch anschließend über den Klärschlamm ein Gemisch von weithin unbekannten Schadstoffen und Keimen unnötigerweise wieder großflächig auf landwirtschaftliche Böden zu verteilen, auf denen Nahrungs- und Futtermittel produziert werden. Rund 16 Prozent der Abfälle in Kläranlagen sind mit multiresistenten Keimen belastet. Zu BSE-, Ehec-Zeiten und bei Tierseuchen hatte man als möglichen Kontaminierungsweg den Klärschlamm vermutet. Hierin befinden sich u.a. sowohl Schwermetalle wie Blei und Cadmium als auch PCB und Dioxine. Weiterhin jedoch auch Rückstände aus Medikamenten sowie diverse Hormone. Es ist ein Skandal, dass im Bielefelder Umweltausschuss alle Bielefelder Parteien, außer BÜRGERNÄHE, der Grünen Umweltdezernentin folgten und aus rein finanziellen Vorteilen (200.000€) auch zukünftig dem Export unseres „Giftcocktails“ in die Neuen Bundesländer zustimmten.

10 Tierschutz

BÜRGERNÄHE hat mit einer Initiative im Umweltausschuss der Stadt Bielefeld dafür gesorgt, dass anreisende Zirkusbetriebe erst nach einer Überprüfung vom Veterinäramt eine Standortgenehmigung erhalten. Leider hat die Mehrheit der Bielefelder Ratsparteien immer noch Befürchtungen, in einen gesetzlichen Konflikt mit dem Recht auf freie Berufsausübung zu geraten, wenn sie Zirkussen mit Wildtieren den Standort grundsätzlich versagen. Andere Städte sind

diesbezüglich schon viel weiter, beispielsweise Köln, wo seit geraumer Zeit keine exotischen Tiere mehr in Zirkussen zur Schau gestellt werden dürfen.

Wir nehmen den Tierschutz ernst und wollen zukünftig keine Standgenehmigungen für Zirkusse mit Wildtieren! Wir fordern daher die Bielefelder Parteien auf, sich zu dem im Grundgesetz verankerten Tierschutz zu bekennen, um weitere Tierquälerei auf unseren Veranstaltungsplätzen in Bielefeld zu verhindern! Wir fordern von der Stadt Bielefeld die Anwendung rechtssicherer Mittel gegen Ansprüche der fahrenden Zirkusbetriebe sowie eine Anpassung der örtlichen Benutzungsordnungen der städtischen Flächen.

Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass die ökologische Qualität unserer Gewässer so weit verbessert wird, dass Tiere dort artgerecht leben können. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass es biologisch umgekippte Morastflächen, wie z.B. in den Stauteichen im Bielefelder Osten, in Zukunft nicht mehr geben wird.

Weiter werden wir uns dafür einsetzen, dass bei einer evtl. Entsendung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger in ein zuständiges politisches Gremium ein Mitglied einer Tierschutzgruppe in die zuständigen Gremien gewählt wird.

10.1 BÜRGERNÄHE unterstützt das Bündnis "Bielefeld Pelzfrei"

BÜRGERNÄHE lehnt die weltweite Herstellung und Vermarktung von Pelzprodukten zu billigen Modeartikeln ab. Diese führt zu grausamen Tierquälereien, da eine artgerechte Haltung oder Nutztierwirtschaft die massenhafte Nachfrage an Tierfellen nicht decken kann.

Massive Proteste sowie umfassende Information und Aufklärung der Verbraucher haben immerhin dazu geführt, dass viele große Handelsketten ihre Verantwortung erkannt und diese Produkte bereits aus dem Handel genommen haben. Jetzt sehen wir in Bielefeld den inhabergeführten Einzelhandel in der Pflicht, ebenfalls Pelzprodukte und Modeartikel mit Pelzen aus ihrem Sortiment zu nehmen. Gerade für die Altstadtkaufleute wird es in Zukunft ein Qualitätsmerkmal sein, bewusst auf Pelz zu verzichten und ihre anspruchvolle Kundschaft darüber zu informieren.

Wir unterstützen daher die Initiative "Bielefeld-Pelzfrei", die auf Missstände hinweist und die Kundschaft vor Ort informiert. Wir rufen die Kaufmannschaft in Bielefeld auf, den Verkauf von Pelzprodukten in ihren Filialen einzustellen und sich dem Bündnis "Bielefeld Pelzfrei" anzuschließen!

11 Historisches erhalten und entwickeln

Unsere AG „Geschichte“ hat aktiv an der Aufwertung der Sparrenburg mitgearbeitet. Es wurden Konzepte entwickelt, um die Burg für Besucher attraktiver zu gestalten und somit den BürgerInnen ein anschaulicheres Bild dieser historischen Anlage zu vermitteln und es ihnen lebendig nahezubringen. Wir werden uns mit der AG „Geschichte“ auch weiterhin um historische Themen kümmern, um den BürgerInnen die heimische Geschichte näher zu bringen. Dazu gehört u.a. auch, dass sich BÜRGERNÄHE für die Einrichtung eines „Bielefelder Fahrradmuseums“ einsetzen wird.

Bielefeld, im März 2014

Wählergemeinschaft *BÜRGERNÄHE* e.V

Wertherstraße 30a, 33615 Bielefeld

Tel: 0521 33 27 36

info@buergernaehe.de

www.buergernaehe.de

Spendenkonto:

Sparkasse Bielefeld, BLZ: 480 501 61

Konto-Nr.: 610 254 66

Email: buergernaehe-rat@t-online.de

Initiativen für Bielefeld !

BÜRGERNÄHE

Beleg 017

Brief „Vorinformation“ an den Oberbürgermeister Peter Clausen

An Herrn

Bielefeld, den 29.08.2014

Oberbürgermeister Pit Clausen
Büro Oberbürgermeister
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Sehr geehrter Herr Clausen,

als Einzelvertreter der Piratenpartei und der Wählergemeinschaft Bürgernähe im Stadtrat planen wir, uns zu einer Ratsgruppe zusammenzuschließen. Wir bitten Sie daher um ein erläuterndes Gespräch, um Ihnen unsere Beweggründe darstellen zu können sowie erforderliche Formalien mit Ihnen abzustimmen. Für dieses Gespräch schlagen wir den Mittwoch , den 03.09.2014 am Vormittag vor, da wir am Mittag eine Presseeinladung für den Abend versenden möchten. Über Ihren Terminvorschlag freuen wir uns.

Einige erläuternde Erklärungen haben wir in der Anlage vorab zusammengefasst.

Für Rück- und Detailfragen stehen wir Ihnen, auch kurzfristig, jederzeit zur Verfügung. Wir freuen uns jetzt bereits auf die konstruktive Zusammenarbeit im Stadtrat und den Ausschüssen und bedanken uns im Voraus für eine Rückmeldung von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Gugat (Piratenpartei) Christian Heißenberg (Wählergemeinschaft Bürgernähe)

Anlage: Erläuternde Erklärungen zur Bildung der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN

<u>Anlage</u>

Erläuternde Erklärungen zur Bildung der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN:

Im Rahmen aktueller verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen, einmal vom Verwaltungsgericht Minden (Beschl. V. 17.06.2014, Az.: 2 L 457/14) und vom Oberverwaltungsgericht NRW (Beschl. V. 24.06.2014, Az.: 15 B 725/14) wurden gewisse Voraussetzungen für die Bildung von Ratsfraktionen und –gruppen erklärt. Insbesondere wird hier zwischen einem Zusammenschluss von Personen, die für ein- und dieselbe Partei oder Wählergruppe bei den Wahlen angetreten sind, und solchen Konstellationen, bei denen die Ratsmitglieder nicht auf der Grundlage von Wahlvorschlägen ein- und derselben Partei oder Wählergruppe gewählt worden sind, differenziert.

Sowohl das VG Minden als auch das OVG NRW nehmen an, dass positiv zu prüfen ist, ob eine Übereinstimmung zu möglichst gleichgerichtetem Wirken auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung vorliegt.

Im Rahmen der den Ratsmitgliedern, die sich darauf berufen, eine Fraktion gebildet zu haben, obliegende Beweislast reicht, laut der Urteile, die reine Bekundung der Absicht gleichgerichteten Wirkens ebenso wenig wie vereinzelte gemeinsame Aktionen aus. Vielmehr bedarf es des Nachweises praktischer Erfahrungen hinsichtlich des (politischen) Zusammenwirkens der betreffenden Mitglieder.

Dazu erklären wir folgendes:

Seit Februar 2012 gab es immer wieder eine Zusammenarbeit zwischen der Piratenpartei KV Bielefeld und der Wählergemeinschaft Bürgernähe, exemplarisch zählen wir hier eine kleine Auswahl auf:

- Von Februar bis Juli 2012 fanden verschiedene Treffen und Absprachen hinsichtlich der Thematiken „Masterplan Innenstadt“, „Entwicklung Wilhelmstrassenquartier“ und „Wochenmarkt während der Umbauphase auf dem Kesselbrink“ statt. Dazu zählen intensiver Mailverkehr ebenso wie Arbeitstreffen (exemplarisch ein gemeinsames Treffen am 27.02.2012 mit Prof. Dr. Führ) und auch darin mündende Anträge durch die Wählergemeinschaft Bürgernähe im Stadtrat (Hauptausschuss), so zum Beispiel am 01.03.2012, in dem eine bessere Bürgerbeteiligung gefordert wird. Die Piratenpartei flankierte das durch eine unterstützende Pressemitteilung am 05.03.2012.

- Am 11.12.2012 fand eine gemeinsame Weiterbildung durch einen Vortrag zum Thema „Neues kommunales Finanzmanagement“ statt, organisiert durch die Piratenpartei Bielefeld und die NRW-Landtagsfraktion der Piratenpartei.

- Im Jahre 2013 fanden viele Treffen und Absprachen mit dem Ziel, gleichgerichtetes politisches Handeln zu erzielen, zwischen den Mitgliedern und Arbeitsgruppen der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei Bielefeld statt. So gab es insbesondere im Bereich der Stadtentwicklung, speziell den Themen „Radverkehr“ und „Stadtbahnausbau“ (hier zum Beispiel ein Informationsabend mit MoBiel und dem verkehrspolitischen Sprecher der NRW-Fraktion der Piraten) einen regen

Austausch über inhaltliche Zielsetzungen, die auch programmatisch Niederschlag fanden.

- Die Wählergemeinschaft Bürgernähe hat (über die Fraktion „Die LINKE“) am 11.09.2013 eine gemeinsam abgesprochene und erstellte Anfrage zum Thema „Freies WLAN auf dem Kesselbrink“ in den Hauptausschuss eingebracht, da die Piratenpartei zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Rat vertreten war.

- Im Kommunalwahljahr 2014 wurde die Zusammenarbeit bei vielen Treffen und Kontakten intensiviert. So gab es zum Beispiel direkte Hilfe durch die Piratenpartei an die Bürgernähe im Bereich der Einrichtung und Nutzung von „Social Media Plattformen“. Es gab eine Zusammenarbeit zum Thema „L712N“ (sowohl auf kommunaler Ebene, als auch vernetzt mit der NRW-Landtagsfraktion der Piratenpartei). Bei einem Treffen der Spitzenkandidaten von beiden Parteien wurde konkret über die gemeinsamen gleichgerichteten politischen Optionen und Handlungen je nach Wahlausgang gesprochen; auch über einen gemeinsamen Oberbürgermeisterkandidaten stimmten wir uns ab, was von beiden Seiten grundsätzlich gewollt war, auch, wenn es leider aus quasi technischen Gründen nicht dazu kam. Nach der Kommunalwahl fanden bereits viele Treffen statt, welche unter anderem in einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Rats-TV“, welcher gemeinsam mit der FDP eingereicht wurde, mündeten. Am 24.08.2014 wurde eine gemeinsame Pressemitteilung zum Thema „Auflösung des Amtes für Integration“ herausgegeben. Weitere gemeinsame Anträge sind bereits in Vorbereitung.

.
Die Kommunalwahlprogramme der Wählergemeinschaft Bürgernähe und der Piratenpartei Bielefeld sind inhaltlich nahezu kongruent. Sie streben insbesondere mehr Transparenz in politischen Prozessen sowie mehr Bürgerbeteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen an. Die Kongruenz setzt sich in der verkehrs-, sozial- und umweltpolitischen Ausrichtung fort.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir hiermit nachgewiesen haben, dass wir seit rund zweieinhalb Jahren intensiv zusammenarbeiten und damit die Erfordernisse (insoweit sie überhaupt aus den o.g. Gerichtsurteilen verbindlich und eindeutig herauszulesen sind) zu der Bildung einer Ratsgruppe in vollem Umfang erfüllen.

Zu der obigen Aufzählung können wir detaillierteste Nachweise, z.B. mittels Protokollen, E-Mails, sowie Blog- und Kalendereinträgen und ähnlichem, führen. Unsere Parteiprogramme, zum Nachweis der grundsätzlichen politischen Ausrichtung, finden Sie auf den entsprechenden Homepages. Wir bitten ausdrücklich um einen kurzfristigen Hinweis Ihrerseits, wenn Sie spezielle Nachweise benötigen.

Beleg 018

Protokoll vom 03.07.2014

2014-07-03 - Protokoll vom Stammtisch Bielefeld

Wechseln zu: Navigation, Suche

Dies ist ein Protokoll und sollte nicht mehr verändert werden. Kleine Veränderungen wie Rechtschreibfehler, Layout-Anpassungen, etc. können natürlich weiterhin durchgeführt werden. Dieses Protokoll ist nicht maßgeblich, da es nicht unterschrieben ist. Hinweise auf Veränderung liefert die Versionsgeschichte.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Protokoll für die Bielefelder Mitgliederversammlung und für den Stammtisch
  - 1.1 Formales
  - 1.2 Mitgliederversammlung
    - 1.2.1 TOP 1 - Finanzantrag - Anwaltskosten
    - 1.2.2 TOP 2 - Entlastung des Vorstandes
    - 1.2.3 TOP 3 - Neuwahl Rechnungsprüfer
  - 1.3 Stammtisch
    - 1.3.1 Gäste Fragen, Piraten antworten
    - 1.3.2 Gemeinsamer Stammtisch mit der Bürgernähe
    - 1.3.3 CSD in Bielefeld
    - 1.3.4 Vorgehen bezüglich Rats-TV / parteiübergreifende Kommunikation

Protokoll für die Bielefelder Mitgliederversammlung und für den Stammtisch

DATUM: 03.07.2014 ab 20:00 Uhr in der Tangente, Mühlenstrasse 2, 33607 Bielefeld

Formales

- Beginn: ca 20:00
- Eröffnung MV: ca 20:00 Uhr
- Ende MV: 20:29
- Eröffnung Stammtisch: 20:30 Uhr
- Ende Stammtisch: ca 23:15 Uhr
- Versammlungsleitung: Christoph
- Protokollant: Balli
- Akkreditierungspirat: Lars
- Beschlussfähigkeit: ja
- Generelle Anwesenheit: 14 Piraten, Gäste von der Bürgernähe
- Anträge zur Mitgliederversammlung: Ja

Mitgliederversammlung

TOP 1 - Finanzantrag - Anwaltskosten

Finanzantrag Anwaltskosten

Antragsteller: Lars

Die Mitgliederversammlung möge beschließen: Der Vorstand wird zur Zahlung der aus dem Abmahnverfahren in der Sache R. Fermann entstandenen Kosten in Höhe von 380,80€ autorisiert.

Begründung: Wie bereits in früheren Versammlungen angekündigt, bitte ich um eine Freigabe des benötigten Budgets zur Begleichung der Anwaltskosten. Aufgrund der Höhe des Betrages ist ein Beschluss der Mitgliederversammlung erforderlich und erwünscht.

- Erläuterung durch Lars
- Diskussion
  - Für die Kosten ist ein Beschluss erforderlich
  - Nachfrage wegen Kosten: übliche Kosten wären > 800€
  - ergänzende Erläuterung (Lars): Zustellung geschah am Mi/Do vor Ostern, Schreiben wurde am Karfreitag geöffnet. Fristsetzung war bis Dienstag nach Ostern, 12 Uhr, daher war schnelle Reaktion erforderlich. Termin mit Anwalt wurde am Samstag für Dienstag vormittag angesetzt, es wurde direkt eine Schutzverfügung bei den Gerichten eingereicht, aus dieser Tätigkeit sind Kosten entstanden. Nachträglich wurde mit der LV-Rechtsabteilung gesprochen, eine Abgabe an diese wäre möglich gewesen, war bei den Handelnden allerdings nicht auf dem Schirm -> wird in Zukunft anders gehandhabt.
- Abstimmung
  - Antrag wurde einstimmig angenommen

TOP 2 - Entlastung des Vorstandes

- Vorgesehen:
  - Bericht der Rechnungsprüfer über den finanziellen Teil des Tätigkeitsberichtes des Vorstands bis zum 14.6.2014
  - Abstimmung der Mitgliederversammlung über die Entlastung des Vorstandes
- GO Antrag auf Vertagung auf den 7.8., da Rechnungsprüfung wg. Krankheit nicht abgeschlossen
  - Antrag auf Vertagung angenommen, Vorstand ist nicht entlaster

TOP 3 - Neuwahl Rechnungsprüfer

- Die Amtszeit der Rechnungsprüfer ist am Tage der Vorstandswahl abgelaufen - es hätten eigentlich zwei neue (oder alte) gewählt werden sollen.
- Diskussion über die Neuwahl des Rechnungsprüfer (Wann? Kandidaten?)

    - Vorschläge für Datum: 7.8.; 4.9., um frühzeitige einladen zu können (4 Wochen vorher)
- GO-Antrag auf Meinungsbild: Vertagung auf den 4.9.2014
    - Meinungsbild fällt positiv aus

Stammtisch

Gäste Fragen, Piraten antworten

- keine Fragen

Gemeinsamer Stammtisch mit der Bürgernähe

- Findet heute statt, da Gäste von der Bürgernähe anwesend

CSD in Bielefeld

- Termin-Hinweise von Balli: Hissen der Flagge - 10.7.2014; CSD am 19.7.2014
- Werbemittel müssen besorgt werden
    - Teil kommt aus anderen Städten (Flyer, Aufkleber, etc)
    - Spendensammlung für Materialien-Bestellung erfolgreich

Vorgehen bezüglich Rats-TV / parteiübergreifende Kommunikation

- Überparteiliches Vorgehen angestrebt
- Bericht von der letzten Ratssitzung
    - Audio wird schon aufgezeichnet (für Erleichterung Protokollierung)
    - rechtlich ist ein Wortprotokoll Pflicht, Steno ist erlaubt
- Vorstellung / Erläuterung des gemeinsamen Antrags zum Thema Rats-TV
- Ausführliche Diskussion
    - Einbindung von Kanal21 wegen Technik / KnowHow denkbar/sinnvoll?
    - Bericht über bisherige Abstimmung mit anderen Parteien
    - Thema Landes- und Bundesrecht?
    - maximale Anforderungsprofile, Beispiel Barrierefreiheit: Untertitel, Gebärdensprachendolmetscher
    - Prüfauftrag zur Machbarkeit/Kosten soll an die Verwaltung gestellt werden.
- Diskussion über Transparenz bei Verhandlungen mit anderen Parteien
    - Vertraulichkeit wird erwartet, nicht alle Gespräche können öffentlich gemacht werden
    - bei Piraten ist grundsätzlich alles öffentlich
    - Abwägung erforderlich
    - Befürchtung über sich einschleichende Intransparenz wurden angesprochen
    - AK Sitzungen sind öffentlich, werden aufgezeichnet
- Thema Zusammenarbeit AK <-> Ratsvertretern
- Meinungsbild: Gemeinsamer Antrag zu Rats-Streaming gewünscht?
    - Meinungsbild fällt deutlich positiv aus
- Vorschlag: Einladung an Bürgernähe zu Mumble-Sitzung

Kategorie: